DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 6900 HEIDELBERG 1
TELEFON 0 62 21 - 16 24 67

100 | 10. JAHRGANG Januar '93 | 5,00 DM

CONTRASTE: 100. AUSGABE

Gegenöffentlichkeit und Kommunikationsforum

Mit dem Namen »Wandelsblatt« hat begonnen, was bald danach wegen scheinbarer Konkurrenzängste in CONTRASTE umgetauft werden mußte und nun vor seiner Neukonzeption steht. Die Geschichte der einzigen bundesdeutschen Monatszeitung für Selbstverwaltung ist auch die Geschichte von Gegenöffentlichkeit zum Thema Selbstverwaltung, denn nirgendwo sonst sind regelmäßig Beiträge zu Alternativer Ökonomie, Frauengenossenschaften und selbstorganisierten Lebensgemeinschaften zu lesen. Eine Auseinandersetzung mit dem Thema Gegenöffentlichkeit aus verschiedenen Blickwinkeln, wozu auch LeserInnen mittels Umfrage eingeladen sind teilzunehmen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Peter Streiff, Redaktion Heidelberg. ● »Im Bereich linker Gegenöffentlichkeit stellt die Vernetzung durch Verbreitung von Schriften, Treffen und Treffpunkten die Dauer und organisatorische Stabilität der Bewegung her.« Soweit der Diskussions-Ansatz einer Veranstaltungsreihe zu Gegenöffentlichkeit und *Gebrauchswert* im November 1992 in Köln.

Was soll nun dieses Gerede von Gegenöffentlichkeit in dieser Zeitung, die zum »Dinosaurier« geworden sei, wie der Bericht in eigener Sache in der letzten Nummer glauben machen könnte und wo, bitte schön, soll da eine Bewegung in Sicht sein, höre ich KritikerInnen schon rufen. Bereits im einladenden Text zu oben erwähnter Veranstaltung wurde die Illusion, daß überhaupt Öffentlichkeit bestehe, mit einem Zitat von Rudi Dutschke (1980) gründlich zerstört: »Ich denke, daß Öffentlichkeit nicht existiert, denn zur Öffentlichkeit gehören bewußte Individuen mit kritischer Einsicht, die fähig wären, die Herrschenden zu kritisieren, sie unter Kontrolle zu nehmen und wirklich Öffentlichkeit herzustellen.«

Am kürzlichen Treffen einiger Stadtzeitungen haben einige MacherInnen Ihren Anspruch, Gegenöffentlichkeit zu sein oder zu machen, diskutiert. Nur: was sie sich anfangs unter Gegenöffentlichkeit vorstellten (links und unbequem) und wie sie diese erreichen wollten (schlicht: gegen die herrschende Öffentlichkeit, also die Monopolmedien, anzuschreiben) war zwar noch gemeinsamer Nenner, aber ebenso gemeinsam war die Erfahrung, letztendlich ein kleines und manchmal unbequemes Sandkörnchen im Getriebe der Gesellschaft zu sein.

In seinem pessimistisch endenden Beitrag zur Geschichte der Alternativpresse kommt Waldemar Schinsowski in dieser CONTRASTE zum Schluß, daß die westliche Gesellschaft alles diskutiere, aufsauge und in Bahnen lenke: »Nichts ist mehr erstaunlich, das ist das Drama!« Demnach fristet die taz ein Dasein als Dritt-Zeitung und hat ebenso den Anspruch, an der Macht der Medien teilhaben zu wollen, nicht einlösen können wie der ehemalige Pflasterstrand, dessen Nachfolgeblatt als Konkursmasse der kapitalistischen Logik anzusehen ist. Dennoch wurden zwar in erfrischenden Versuchen grade während der zusammenbrechenden DDR mediale Möglichkeiten aufgezeigt, die aber nicht vor den Mechanismen der modernen Wirtschaft verschont blieben.

Ist also das Ziel, Gegenöffentlichkeit zu verbreiten, nicht mehr der wesentliche Beweggrund wie noch Ende der siebziger Jahre, als in alternativen Medien vorwiegend unterdrückte Nachrichten direkt von Betroffenen und AktivistInnen zBsp. aus der Anti-AKW-Bewegung zu hören und zu lesen waren?

Ob »Krise der Linken«, wie sie Rolf Schwendter in seinen 33 Thesen beschreibt, ob sich die begonnene, gesellschaftliche Wertekrise weiter fortsetzt oder ob alles widerspenstige und kritische aufgesaugt und in Bahnen gelenkt wird: Es steht für mich fest, daß ohne eigene und unabhängige Medien, deren Inhalte selbstbestimmt sind, keine Bewegung und keine gesellschaftliche Alternative mit nicht systemkonformen Ideen lange existieren kann.

Wenn die fatale Tendenz zu Verharmlosung und Entpolitisierung in diesem Lande anhält, wie sie zum Beispiel nach dem Mord an Silvio in Berlin versucht wurde durchzuziehen, wäre dem Bild von rivalisierenden Jugendbanden noch heute nichts entgegengesetzt worden. Dank aufwendiger Pressearbeit und mit eigenen, unabhängigen Medien wie dem »telegraph« konnte in der Öffentlichkeit klargestellt werden, daß ein weiteres Opfer auf das Konto von mordenden Neo-Nazis geht.

Gerade auch die aktuellen Beispiele im ehemaligen Jugoslawien zeigen, wie Presse und Rundfunk wichtige Bestandteile der Kriegsmaschinerie sind. Wenn ich mir die Tatsache vor Augen führe, daß in Kroatien gar keine mehr und in Serbien lediglich in Belgrad einige kleine (zudem bald von Papiermangel bedrohte) Alternativmedien existieren, wird auf brutale Weise deutlich, wieso nun KroatInnen alle SerbInnen als erbitterte Feinde ansehen und umgekehrt – auch in Gegenden, wo sie früher friedlich Tür an Tür gewohnt hatten. Monopolmedien von Tudjman und Milosevic verbreiten ungehindert ihre nationalistische Propaganda.

Klar: Es gibt auch andere Gründe für Krieg und Feindseligkeiten, doch können nationalistische und rassistische Tendenzen auch hierzulande nicht früh genug aufgezeigt werden und stattdessen diesen rechten Geistern eigene, an vielfältigem und selbstorganisiertem Zusammenleben orientierte Vorstellungen und Erfahrungen entgegengesetzt werden.

Demnach stelle ich hier nicht die Frage, »ob« Gegenöffentlichkeit Ziel und Anspruch in der CONTRASTE sein sollen, sondern »wie« sie angestrebt und erreicht werden kann. CONTRASTE-MacherInnen bereiten für das kommende Frühjahr eine Zukunftswerkstatt vor, an der unsere zukünftige Konzeption diskutiert wird. Dazu sind wir auch auf die Meinung und Ideen von Euch LeserInnen angewiesen. Darum liegt dieser CONTRASTE ein Fragebogen bei, zu dessen Beantwortung wir mit einigen attraktiven Preisen nachhelfen wollen. ●

Schwerpunktthema von Seite 1 bis 11 sowie Seite 16

AUS DEM INHALT:

LESERiNNEN-UMFRAGE

Zum hundertsten Mal ist nun die »Zeitung für Selbstverwaltung und Ökologie« über die Druckwalzen gelaufen – Zeit zum Feiern aber auch Zeit, sich über die weitere Entwicklung und die zukünftige Konzeption der CONTRASTE Gedanken zu machen. Dies wollen die CONTRASTE-MacherInnen tun, dazu sollen oder können auch die »LeserInnen Stellung nehmen. Darum beachtet den beigelegten Fragebogen, wo wir unserer Neugier freien Lauf gelassen haben, aber wo Ihr auch ungehindert die Möglichkeit habt, endlich all die Lobeshymnen oder Verrisse loszuwerden, die Ihr Euch bisher nicht getraut habt abzuschicken.
Einlageblatt

GENOSSENSCHAFTEN

Über unterschiedliche Entwicklungen im Genossenschaftssektor in verschiedenen Ländern haben wir schon öfters berichtet. Diesmal werfen wir einen Blick nach Rumänien, einer der Länder, das Ende des letzten Jahrhunderts einer der zahlenmässig starken Gründungsmitglieder des Internationalen Genossenschaftsbundes war. Nach der Wende zum westlich dominierten System des Großkapitals müssen die rumänischen Handwerksgenossenschaften trotz leistungsfähiger Strukturen nun erst mal um gesetzliche Grundlagen kämpfen. Die Reorganisation des Verbandes der europäischen Produktivgenossenschaften ist Thema des zweiten Berichts. In der CECOP sind sowohl das NETZ wie auch der VdP verbindliche Mitglieder geworden,was die unterschiedliche Situation von West- und Ostdeutschland widerspiegelt. Beide wollen dazu beitragen, daß die Mittel des europäischen Sozialfonds (ESF) verstärkt dafür eingesetzt werden, damit Belegschaften gemeinsam ihre Firma übernemhen und somit ihre Arbeitsplätze selbst erhalten können.
Seite 13.

KOMMUNALES KINO

Die Auswahl zwischen Schießorgie und Schulmädchenreport war eng genug, daß sich die GründerInnen der »Arbeitsgemeinschaft Kommunales Kino e.V.« vor 20 Jahren in Freiburg zusammensetzten, um selber Filmgeschichte und Filmkunst zu präsentieren. »Im Anschluß an die Filme wird diskutiert« fehlte lange Zeit in keiner Ankündigung und teilweise heftige Debatten um Kunst und Politik ließ die Stadtoberen die Verbreitung sozialistischen Gedankenguts per kommunaler Leinwand befürchten. Verschiedene Film-Reihen, erfahrbare Filmgeschichte, ethnologische Filme und das alljährliche Videoforum sind Marksteine zu steigenden ZuschauerInnen-Zahlen und zu gesellschaftlicher Anerkennung. Ein Blick auf 20 Jahre kommunales Kino
auf Seite 13.

100. AUSGABE

ANTI-RASSISMUS:
Couragiert gelebter Widerstand
Erinnerungen eines Freundes an Silvio
Interview Jörn F. zum Mordanschlag — Seite 2
Vorläufige Zusammenfassung der Ereignisse
Faschistischer Jugendclub
Sozialarbeit mit rechten Jugendlichen?
ID.Anifa-Nachrichten — Seite 3
MEDIEN:
Die Geschichte der Alternativpresse
Waldemar Schindowski — Seite 4/5
Kongreß der Stadtzeitungen
Rezeptbücher statt Zeitungen — Seite 6
Welttreffen freier Radios — Seite 7
LINKE:
Die Krise der Linken
33 Thesen von Rolf Schwendter — Seiten 8/9
Geschichte der alternativen Bewegungen
Rolf Schwendter — Seite10
u.v.m.

P 8008 E

12

Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30

00 2621 001

ANTI-RASSISMUS

Nazis morden und der Staat vertuscht!

In der Nacht vom 20. zum 21. November 1992 wurde Silvio in Berlin von Nazis ermordet, zwei seiner Freunde schwer verletzt. Der Staat mit seinen Ordungshütern versuchte alles, Hand in Hand mit den großen Medien die Taten zu entpolitisieren. Dank mühseliger Kleinarbeit und dank dem, daß Silvio nicht allein war, gelang es, Gegenöffentlichkeit herzustellen und mindestens teilweise das Bild der Ereignisse der Wahrheit anzunähern.

Daniel Düsentrieb, Red. telegraph/Berlin ● Daß der bundesdeutsche Staat auf dem rechten Auge erblindet ist, ist nichts Neues. Daß das aber bis zur ganzseitigen Lähmung gehen kann, wurde gerade seit der brutalen Ermordung von Silvio Meier und den Toten von Mölln erschreckend deutlich.

Hand in Hand mit den großen Medien wurde versucht, diese Taten zu verharmlosen und einen politischen Hintergrund zu leugnen. Anfänglich versuchte man, den Mord an Silvio Meier zu einem Konflikt rivalisierender Jugendbanden zu stempeln, später ging man sogar soweit, die Opfer zu Angreifern und Tätern werden zu lassen und die Mörder zu Bedauernswerten, die sich in Notwehr befanden, umzudeuten. Diese Lüge war aber dann doch zu viel. Sie überdauerte keine 24 Stunden.

Im Fall Mölln wurde der Druck des Auslands so hoch, daß der Herr Generalbundesanwalt von Stahl höchst persönlich genötigt war, sehr pressewirksam, die Ermittlungen zu übernehmen. Und um den Druck von außen zu besänftigen, verbietet der Herr Innenminister noch schnell eine kleine faschistische Organisation, ebenfalls sehr pressewirksam und natürlich nach tagelanger Vorwarnung, damit die Kollegen von der NF genügend Zeit haben, sich auf das Verbot vorzubereiten. Dann ergreift man nach unermüdlicher Jagd die vermutlichen Mörder und Gras wächst über die Sache: Oh Verzeihung an das Ausland, kommt nicht wieder vor. Der Investitionsstandort Deutschland soll weiterhin attraktiv bleiben.

Daß die Morde an Silvio Meier und den Türkinnen von Mölln nicht zu vertuschen waren, lag einzig und allein an der Tatsache, daß dies von starkem politischen Gegendruck verhindert wurde. Bei Silvio Meier solidarisierte sich eine ganze politische Szene und die Freunde leisteten die tägliche Mühsal von Pressearbeit. Hinzu kamen noch einige politische Freunde aus der Zeit der DDR-Opposition, die heute zum Teil in respektierlichen politischen Positionen sitzen. Aber schon von Leuten aus dem Bündnis 90, die Silvio ebenfalls kannten, wie die ehemalige brandenburgische Ministerin Marianne Birthler, war nicht der leiseste Ton zu hören.

Ein derartig großer Bekannheitsgrad ist jedoch die Seltenheit und so gelingt es dem Staat immer wieder, faschistische Attacken und Morde zu vertuschen und zu entpolitisieren. Silvio Meier ist nicht das erste deutsche Mordopfer der Nazis, wie die Boulevardzeitungen behaupten. In letzter Zeit sind mindestens drei weitere faschistische Morde durch die Medien bekannt geworden. Ein weiterer Fall ist der Redaktion des »telegraph« aus dem Monat September bekannt.

In einer Freiluftdisco, in einem Ort bei Nauen in Brandenburg, zettelten die Nazi-Skinheads mit anderen Besuchern eine Schägerei an. Nach Augenzeugenberichten benutzte einer der Skinheads einen Feuerlöscher, mit dem er einen jungen Mann zu Boden schlug. Anschließend steckte er ihm den Schlauch des Löschers in den Mund und betätigte den Auslöser. Die Löscherfüllung zerfetzte dem jungen Mann die Lunge und er starb an den Folgen im Krankenhaus. Seine Mörder konnten entkommen.

Am 6. November wurde ein 51jähriger Mann am Kolpinsee bei Lehnin, Land Brandenburg, von drei Nazi-Skinheads auf bestialische Art und Weise erschlagen, anschließend mit Benzin übergossen, angezündet und in den Kolpiner See geworfen.

In der Nacht vom 7. zum 8. November wurden zwei Menschen tot an der S-Bahnstrecke nach Königs Wusterhausen bei Berlin aufgefunden. Die offizielle Version behauptet, daß es sich um S-Bahn-Surfer handelt. Die beiden Toten sind Ausländer.

Fortsetzung auf Seite 2

COURAGIERT GELEBTER WIDERSTAND

Erinnerungen eines langjährigen Freundes

Kennengelernt habe ich Silvio 1986 bei einer Geburtstagsparty im Friedrichshain. Mir fiel seine mitreißende Art zu lachen auf. Irgendwann saß ich dann neben ihm und machte Witze, um mich von seiner Heiterkeit anstecken zu lassen. Ich bemerkte dabei, daß er auch über sich selbst lachen konnte, was ihn mir umso sympathischer machte, zumal ich so etwas bei vielen anderen vermißte.

Einige Monate voher war er aus Quedlinburg nach Berlin gezogen, wohin er uns später manchmal mitnahm und seine »Hans-Dampf-in-allen-Gassen«-Erlebnisse glaubhaft vor der mittelalterlichen Kulisse erzählte.

Wir lebten damals fast alle in besetzten Wohnungen, in denen sich der größte Teil unseres gemeinsamen Lebens abspielte. Hier trafen wir uns, redeten über unsere Probleme, diskutierten, alberten und schmiedeten Pläne.

he, die eigene Position zu einem Thema zu behaupten.

Durch sein engagiertes Auftreten sah er sich oft der Kritik vorsichtigerer MitstreiterInnen ausgesetzt, so daß er sich dann zurückgesetzt fühlte und hart an sich arbeitete, um dranzubleiben und sich weiter einzubringen. Mit Bewunderung habe ich gesehen, wie er in seiner Entwicklung manchmal über sich selbst hinauswachsen konnte.

Wie wir alle half Silvio neuen Leuten bei der Suche nach Wohnung und Arbeit oder bei für uns ganz normalen Geschichten, wie den Wehrdienstverweigerungen. Auch er verweigerte den Wehrdienst total und arbeitete zeitweilig aktiv in der Berliner Initiative zur Einrichtung eines sozialen Friedensdienstes (SOFD) mit.

Er gehörte 1987 zu den Mitorganisatoren des Kirchentages von Unten und hatte in einer zweiköpfigen Gruppe das Ressort

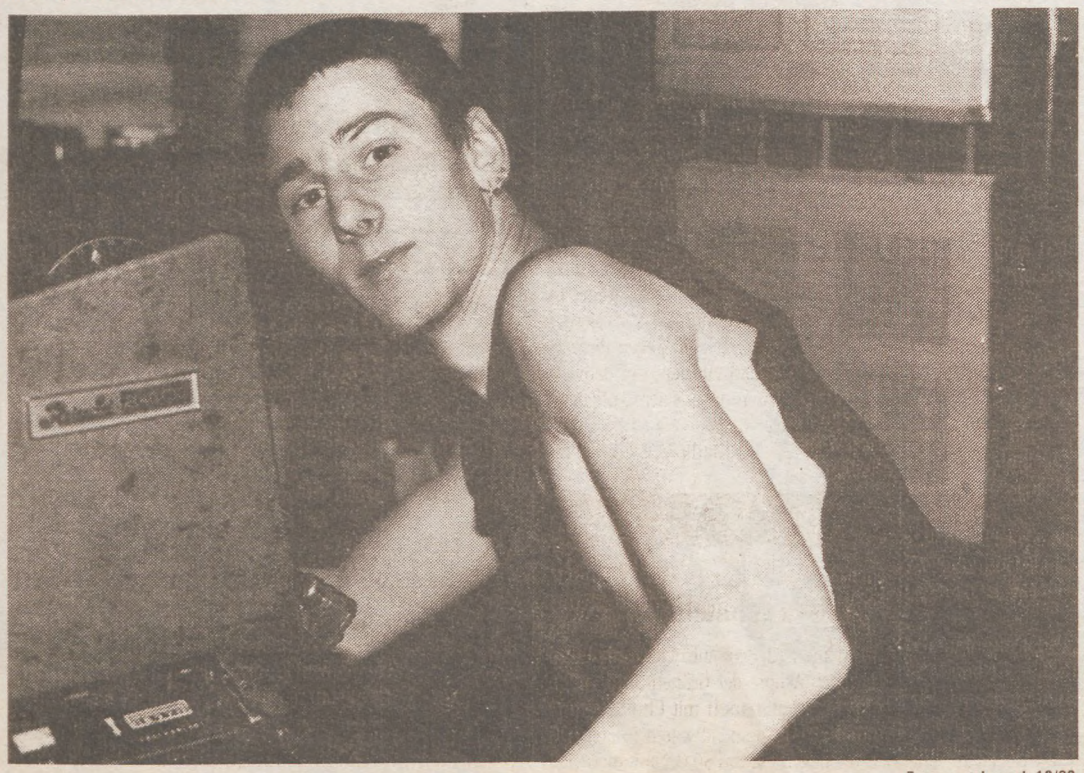


Foto aus telegraph 12/92

Silvio mußte immer irgendwie »unterwegs« sein und fand dabei schnell Kontakt zu anderen Menschen. Seine Wohnung wurde bald ein Anlaufpunkt für alle möglichen Leute, die dann immer jede Menge Neuigkeiten mitbrachten.

Er kam irgendwann zur seinerzeit in unseren Wohnungen »überwinternden« Berliner Offenen Arbeit, mit der viele aus der Friedrichshainer Szene in Verbindung standen. Für das Projekt eines Hauses der Offenen Arbeit, ein Ort, wo wir uns mit unserer Art zu leben, treffen konnten, außerhalb der staatlich instrumentalisierten Freizeitangebote der Jugendclubs, begann er sich zu engagieren.

Später dann beteiligte er sich maßgeblich an der Organisierung unserer »Nachtpott«-Abende im Pro-Fi-Keller der Erlöser-Gemeinde und an der Herausgabe des Info-Blättchens der Offenen Arbeit, dem »mOAning star«. Unsere Redaktionssitzungen fanden in seiner Wohnung statt.

Wenn Silvio von einer Idee überzeugt war, konnte er erstaunlich viel Zeit und Energie einsetzen und Leute dafür begeistern. Dabei war er sehr streitbar und es kostete mitunter Mühe, Finanzen übernommen. Die ganze Woche danach lagen wir auf dem Fußboden, um einige tausend Mark an Kleingeld in Papier zu rollen.

In dieser Zeit versuchte er auch Konzerte zu organisieren, wie das mit der »Firma« und »Element of Crime« am 17. Oktober 1987 in der Zionskirche, welches durch den Nazi-Überfall zur traurigen Berühmtheit wurde. Seine ungezwungene Art machte ihn da zu einem Organisationstalent. Auch half er den Köpenicker Punks bei der Vorbereitung ihrer genialen Frühlingsfeste.

Es gab eigentlich kaum eine Aktion in Berlin, bei der Silvio nicht dabei war. So beispielsweise bei der Mahnwache in der Zionskirche im November 1987 oder die Demonstration gegen den IWF-Gipfel, im September 1988 in Westberlin. Vorher veranstalteten wir zwei kleine Seminare in unseren Wohnungen, auf denen uns klar wurde, daß allein schon mit der Beherbergung einiger IWF-Bonzen in Ostberlin die DDR Mitverantwortung für die Ausbeutung der Dritten Welt trägt. Wir sammelten Zwanzig-Pfennig-Münzen, um damit die Telefonleitungen der Interhotels lahmzulegen. Vor dem Pergamonmuseum wurden dann einige der verdutzten IWF-Gipfelteilnehmer mit Kleingeld beworfen. Als sich der Demostrationszug in Richtung amerikanische Botschaft bewegte, wurde er von der Polizei »eingesammelt«. Wie die anderen konnte Silvio hinterher erzählen, daß sie die Vernehmer mit ihrer Argumentation lässig aufs Kreuz legten, indem sie ihre Aktion als eine Solidaritätsbekundung mit den vom Kapitalismus unterdrückten Völkern der Dritten Welt erklärten, was ja auch offizielle Staatspolitik war.

Silvio war auch bei der »Wanderung« zur Giftmüllverbrennungsanlage in Schöneiche dabei, bei einer der ersten grenzüberschreitenden vorbereiteten Aktion.

Als es um die Beteiligung an der staatlichen Januardemonstration 1988 anläßlich des Todes Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts ging, gehörte er zu denen, die bewußt fernblieben.

Auch sah er durch die massenweise Beteiligung von Ausreisewilligen unser Anliegen mißbraucht, nämlich, daß wir die Gesellschaft hier als Bewohner des Landes verändern wollten und nicht durch demonstratives Auftreten lediglich ein Ausreisebegehren zu manifestieren, wie es die »AusreiserInnen« als Gruppenphänomen immer taten. Außerdem lief an diesem Wochenende die jährliche DDR-weite Tagung der Offenen Arbeit in Hirschluch, die uns dann doch wichtiger war.

Etwas später veranstalteten wir ein Schmalfilmfestival in der Umwelt-Bibliothek, wo uns Silvio mit seiner lockeren Art des Kontaktaufnehmens dazu anspornte, die schwierigen Künstlerexistenzen für unser Projekt zu gewinnnen. Alles in allem war das für uns ein gelungenes Wochenende, obwohl es nicht zur Verleihung des Preises der »Goldenen Kellerassel« kam, nicht zuletzt deshalb, weil die offen ausgestellte »Goldene Kellerassel« am Ende verschwunden war.

An den Verhandlungen mit der Kirchenleitung um eigene Räume der Kirche von Unten beteiligte sich Silvio ab 1987. Als wir endlich Ende 1988 in der Elisabethgemeinde ein Zuhause fanden, renovierte auch er bis zur physischen Erschöpfung mit.

Bei fast allen unseren Veranstaltungen in der Kirche von Unten war Silvio dabei. So organisierte er als einer unserer Vertreter die fast flächendeckende Auszählung der WählerInnenstimmen im Mai 1989 in Berlin mit. Verständlicherweise war auch er darüber empört, daß Pfarrer Eppelmann entgegen den Absprachen vorzeitig die Beweise der Wahlmanipulation den Westmedien präsentierte und sich damit auf Kosten anderer öffentlich produzierte.

Als im September 1989 ein Parteiengründungsfieber ausbrach, stellten wir diesem Phänomen verulkend unser »Positionspapier zur Bildung einer transradikalen linken Förderative« entgegen, welches wir mit »Fröhliche Friedrichshainer FriedensFreunde« unterzeichneten und dann obendrein die allgemeine Kürzelungsmanie mit »Fr. Fr. Fr. Fr.« karikierten. Dieses Papierchen entstand in Silvios Wohnung. Ich kann mich gut daran erinnern, daß wir verbissen um jedes Wort feilschten, wie immer, wenn wir gemeinsam etwas zu Papier brachten. Am Ende präsentierten wir stolz unser neues Produkt, bei dem sich dann keiner zu kurz gekommen fühlte.

Wir bereiteten zuweilen wochenlang Jokes vor, um sie zu gegebener Zeit ein einziges Mal vom Stapel zu lassen. Theaterstücke oder provisorische Bandprojekte. Für mich war das eigentlich Silvio, eine seiner Möglichkeiten, mit den Dingen umzugehen. Wir konnten dabei stundenlang angestrengt über Tage und Wochen an solchen Geschichten arbeiten, ohne dabei den Faden zu verlieren. Silvios Art, witzig zu sein, konnte viele angespannte Situationen entkrampfen. Oft provozierte er uns da mit seiner typischen Anmache, auch wenn der Spaß dabei auf seine Kosten ging.

Am Abend des 7. Oktober 1989 lief er unvorsichtigerweise in die Arme einer Polizeikette und mußte aufgrund des öffentlichen Druckes wie die anderen Festgenommenen eine Woche später freigelassen werden. Mit einem Freund war er der Einzige, die den Sicherheitskräften gegenüber keine Aussagen machten.

Im Herbst 1989 hatten wir noch so etwas wie eine Utopie der »Vereinigten Linken«. Unser Fehler dabei war vielleicht, daß wir nicht den Ernst der Lage erkannten und diese Angelegenheit nach unserer Mentalität auf die lange Bank zu schieben gedachten. Als dann die einzelnen Gruppen wie nach einem Knall auseinanderflogen und wir FriedrichshainerInnen für uns einen schon immer gehegten Traum, das Zusammenleben in einem Haus verwirklichten, war es auch Silvio, der unsere Entscheidung mittrug und beeinflußte.

Natürlich mußten wir dabei die gesellschaftlichen Veränderungen schmerzlich zur Kenntnis nehmen, zumal wir uns als Hausbesetzer zunehmend in die Position einer Randgruppe gedrängt sahen, die nach bundesdeutschem Muster isoliert und kriminalisiert wurde. In dieser Situation entwickelte auch Silvio unseren Stand in der »Szene«, als ein Haus mit Leuten, die wegen ihrer Erfahrungen nicht jede für uns unbesonnen erscheinende Aktion mittragen können, die aber trotzdem dazugehören.

Seit dem Frühjahr 1990 kam es immer häufiger zu Angriffen Rechtsradikaler auf besetzte Häuser. Nicht nur aus Gründen des Selbstschutzes (und dem Schutz der Kinder, die bei uns leben) sondern auch mit dem Bewußtsein für gesellschaftliche Verantwortung, das wir über die Jahre entwickelt hatten, traten wir dem entgegen. Als sich die Rechten einem organisierten Widerstand seitens der Häuser gegenübersahen und sich dann feige auf die Schwächsten der Gesellschaft, die Nichtdeutschen, stürzten, gehörte Silvio zu denen, die das Problem nicht aus den Augen verloren.

Wir redeten über die Ursachen und Symptome von Abgrenzung, Überheblichkeit und sozialer Hoffnungslosigkeit, über die latenten Formen des Faschismus in der bürgerlichen Gesellschaft und auf welche Weise sie benutzt und gefördert werden. An einer nötigen Utopiediskussion wird sich Silvio nicht mehr beteiligen können. Silvio redete nicht nur, sondern handelte auch. Ich beneidete ihn um seine Art des couragiert gelebten Widerstandes, die ich mir nie getraut habe.

Es gehörte zu unseren Erfahrungen, daß erlebte schreckliche Dinge niemals öffentlich aufgeklärt und die wahrhaftig Schuldigen zur Verantwortung gezogen wurden und werden. Immer noch und immer wieder stehen wir ziemlich ohnmächtig den offiziellen Verlautbarungen der Mächtigen und ihrer Medien, den verschleppenden Polizeiermittlungen und den uninteressierten und falsch informierten BürgerInnen gegenüber, einer ganz miesen Ignoranz, auch wenn wir jetzt mit unserer Gegenöffentlichkeit teilweise Richtigstellungen erreichten. Um so schlimmer empfinden wir die Bestrebungen von Leuten, die Silvio als einen Märtyrer für ihre politischen Zwekke mißbrauchen, um sich damit Öffentlichkeit verschaffen zu wollen.

Viele, die uns und Silvio kennenlernten, haben sich irgendwie gemeldet, ohne große Worte. Es ist gut zu wissen, daß wir nicht allein sind.

Als man meinen Freund ermordete, bin ich auch gestorben. Weil ich noch lebe, lebt Silvio weiter. ●

Molti

Aus: telegraph 12/92

INTERVIEW

Jörn F. zum Mordanschlag auf sich und seine Freunde

telegraph: Jörn, Du hast bei dem Anschlag von Neonazis am 20. November das Glück gehabt, nicht getötet zu werden wie Silvio und nicht so schwer verletzt zu werden wie Ekke, der noch im Krankenhaus liegt. In der Presse war viel davon die Rede, daß Ihr angefangen hättet, indem Ihr die Nazis wegen eines Aufnähers »Ich bin stolz ein Deutscher zu sein« angerempelt habt. Die Polizei meint sogar, es habe sich nur um eine klitzekleine Deutschlandfahne gehandelt.

Jörn F.: Nein es drehte sich gar nicht um den Aufnäher. Wir sind zum U-Bahnhof hinunter gegangen, die Neonazis kamen von der U-Bahn. Im Zwischenstock sind wir ihnen begegnet. Wir liefen weit auseinander. Ekke, der uns voraus lief, wurde von einem der Nazis angerempelt und er hat sich den nächstbesten gegriffen und ihn ein bißchen durch die Gegend gezerrt. Das ist mehr oder weniger im Vorbeigehen passiert, denn wir wollten ja zur U-Bahn. Ich habe mich nicht eingemischt, weil es nicht sonderlich ernst war. Die Typen waren auch in der Defensive und fragten, um was es überhaupt geht.

Von den Zeitungen und der Polizei wurde immer wieder unterschlagen, daß Ihr nach diesem Zwischenfall zur U-Bahn gegangen seid und das Nachfolgende erst viel später passierte.

Wir haben auf dem Weg zur Frankfurter Allee schon darüber diskutiert, ob wir zuerst zur U-Bahn gehen oder gleich zu viert ein Taxi nehmen. Wir sind nach dem Zwischenfall im Zwischengeschoß zum Bahnhof heruntergelaufen und haben an der Anzeigetafel gesehen, daß die U-Bahn gerade abgefahren war. Es hat noch eine ganze Weile gedauert, bis wir uns darüber geeinigt hatten, daß wir nun doch ein Taxi nehmen und dann nach oben gegangen sind.

Wieso habt Ihr nicht anders reagiert? Wart Ihr geschockt, als die Euch mit Messern empfingen?

Wir haben nicht angenommen, daß die noch oben stehen. Ich habe auf der Treppe irgendwie gehört, daß oben einer fragte »gehen wir runter?«. Die hatten sich dort oben formiert. Bei zweien, die an der Wand standen, habe ich gesehen, daß sie ein Messer bereithielten. Der Rest ging sehr schnell. Gesehen habe ich eigentlich nur, was mit Ekke passierte. Zwei oder drei haben sich mit ihm gekampelt, während einer von hinten zugestochen hat.

Wie Silvio umgekommen ist, hast Du nicht gesehen?

Nein, das habe ich nicht gesehen. Ekke auch nicht, was Christine gesehen hat, weiß ich nicht. Das geschah nicht an einem Platz. Es ging hin und her, es geschah an verschiedenen Punkten. Ich selbst wurde an der Stirn verletzt, in die Seite gestochen und danach zusammengetreten. Silvio lag an der Treppe zum U-Bahnhof.

Es gibt die unterschiedlichsten Darstellungen darüber, wann die Polizei eingetroffen ist, von der Polizei selbst, die angibt, 12 Minuten später erschienen zu sein, bis zu den Aussagen, daß sie erst eine Stunde später ankam.

Ich hatte kein Zeitgefühl mehr. Ich hatte einen Schock und bin irgendwie herumgerannt. Es könnten schon 12 Minuten gewesen sein, eine Stunde erschien mir zu lang. Die ersten, die gekommen sind, waren meiner Erinnerung nach Wachschutzleute. Die standen zu zweit zehn oder zwanzig Meter entfernt und beschäftigten sich damit, ihren Hund zu beruhigen, statt Erste Hilfe zu leisten. Ich weiß gar nicht, wozu diese Leute da sind, außer zum Verprügeln von wehrlosen Betrunkenen. Dann kamen uniformierte Polizisten die Treppe runter, wahrscheinlich eine normale Wannenbesatzung. Die leisteten aber auch keine Erste Hilfe, jedenfalls kann ich mich nicht daran erinnern. Ich weiß noch, daß sie mit Notizblöcken herumgerannt sind und irgendwelche beknackten Fragen stellten. Ich bin dann ausgerastet, als sie den röchelnden Ekke fragen wollten. Irgendwann später erst kamen Feuerwehr und Ärzte. Erst durch die sind wir medizinisch versorgt worden.

Welchen Eindruck hattest Du im Krankenhaus vom Vorgehen der Polizei? Auffällig war ja für Beobachter von draußen, daß offiziell nichts verlautete, was die Opfer sagen, während die Täter zunächst verharmlost wurden. Dann, als sich der eine Täter stellte, wurde seine erste Aussage in die Öffentlichkeit gebracht und als glaubhaft dargestellt. Das machte schon einen sehr parteiischen Eindruck.

Die erste Vernehmung wurde mit mir zwei bis drei Stunden, nachdem ich zusammengeflickt worden war, gemacht. Ich war immer noch ziemlich fertig. Da wurde mir schon zum ersten Mal mit Beugehaft gedroht. Ich hatte den Eindruck, daß sie von Anfang an parteiisch waren.

Es ging ihnen darum, die Politik herauszuhalten?

Bei der dritten Vernehmung ging es ausschließlich darum. Vor allem wollten sie aus der Welt schaffen, daß es sich um Rechtsradikale handelt. Da haben sie alles dran gesetzt bis zu Lügen. Sie haben mir gegenüber behauptet, daß Ekke gesagt hätte, daß es keine Rechtsradikalen waren, was natürlich nicht stimmte. Dann haben sie versucht, die Zwischenzeit zwischen der Kampelei und der Messerstecherei aus der Welt zu schaffen, um zu konstruieren, daß die sich verteidigt hätten. Von meinen Aussagen sind keine Protokolle angefertigt worden, die Polizisten haben sich höchstens mal ein paar Stichpunkte gemacht. Ich habe beispielsweise das Messer genau beschrieben. Das ist einfach nicht zur Kenntnis genommen worden.

Gibt es irgendwelche Vermutungen über die Hintergründe?

Es hat eine Anzeige gegen randalierende Nazis gegeben und es gibt Vermutungen, daß die Täter identisch mit den Nazis sind, die vorher in unserem Viertel randalierten, »Heil Hitler« gebrüllt haben und in der Schreinerstraße mit irgendwelchen Bürgern zusammenstießen. Es wird angenommen, daß die Nazis dann zum Bahnhof Frankfurter Allee gegangen sind und mit der U-Bahn in die Samariterstraße zurückfuhren.

Was sind für Dich die Konsequenzen aus dem, was geschehen ist? Was kann man gegen derartige Überfälle und gegen die Neonazis tun?

Die Konsequenz für jeden sollte sein, noch mehr auf Nazis zu achten und sich noch mehr mit ihnen auseinanderzusetzen, jeder auf seine Weise. Auf jeden Fall sollte sich keiner einschüchtern lassen, weil sie das genau wollen. Treffen kann es jeden und überall. ●

(Das Gespräch führte W. Rüddenklau)

FORTSETZUNG VON SEITE 1

In einer Pressemitteilung der Kontakt- und Beratungsstelle für außereuropäische Flüchtlinge wird diese Polizeiversion bezweifelt. Es heißt in dem Bericht, daß die ermittelnden Behörden bewußt den Tathergang vertuschen, um ein rassistisches Tatmotiv leugnen zu können. Aus Antifa-Kreisen verlautet, daß die Toten in Königs Wusterhausen Opfer des Ku-Klux-Klans geworden sind, der dort eine starke Gruppierung besitzt.

Seit 1990 sind, außer den oben genannten Fällen, weitere 23 Morde mit rassistischen/faschistischen Hintergrund in der BRD bekannt geworden. Der größte Teil wurde vertuscht und entpolitisiert. Was hier betrieben wird, ist hochgradig kriminell, ist Manipulation der Öffentlichkeit, Vertuschung und Betrug. Hier laufen Interessen zusammen die über Leichen gehen. Und die eigentlichen Täter sind die Herrschenden in Bonn, die mit ihrer rassistischen Politik, ihrem Schüren von Feindschaft gegen alles, was anders ist, den Faschisten reihenweise Blankovollmachten überreichen. Mittlerweile macht sich immerhin auch in Bonn Unbehagen breit. Denn die rechten Geister, die gerufen wurden, um eine Asyldebatte vom Zaun brechen zu können, geraten außer Kontrolle. Sie wollen mehr und mehr, sind gierig und keineswegs berechenbar.

Die Menschen in der BRD bekommen Angst, denn nun gehts ans Eingemachte. Nun sind es nicht mehr nur die hier lebenden AusländerInnen die es treffen kann. Die wissen schon lange, was los ist im Staate Bundesrepublik. ●

ID.ANTIFA IN ROSTOCK

Sozialarbeit mit rechten Jugendlichen?

Der Nürnberger antifaschistische Computer-Infodienst ID.Antifa befand sich bei seinen Rostocker KollegInnen zu Besuch und berichtet gemeinsam mit ihnen über zwei sehr unterschiedliche Beispiele von Sozialarbeit mit Rechten in Rostock.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

VORSPIEL

Offener Brief des Arbeitskreises Antifa (aka) Rostock

Rassismus und Volksverhetzung unter dem Deckmantel von städtischer Jugend- und Sozialarbeit?

Der »Jugendtreff Nautilus« ein Projekt für rechtsradikale Jugendliche, ein Alternativprojekt für Jugendliche in Notsituationen oder nicht eher ein »Freizeit-Treff«, wo Volksverhetzung, Rassendiskriminierung und Sexismus auf der Tagesordnung stehen. Dort laufen täglich Bands vom Band z.B. »Störkraft«, »Kahlkopf«, »Endsieg«, »Stuka«, »Skrewdriver« oder »Endstufe«.

Am 12.12.1992 soll nun die Band »Endstufe« und die aus Rostock stammende Faschistenband »Edwins« im Jugendtreff spielen und den Rostocker Jugendlichen ihre rechtsradikalen Bekenntnise vortragen.

Die Band »Endstufe« tritt in ihren Texten und ihrer persönlichen Einstellung offen für Frauenfeindlichkeit, Ausländerfeindlichkeit und Rechtradikalismus ein – Rechtsrock mit Prügelversen. »Endtstufe« war meistens mit der britischen rechtsradikalen Band »Skrewdriver« auf Tournee. Faschistische Organisationen, wie zum Beispiel die »Deutsche Alternative«, die mit der »British National Party« und dem »Blood and Honour«-Fanzine in Verbindung stehen, welche wiederum Verbindungen zum Ku-Klux-Klan in den USA und dem terroristischen Flügel der Nazis in der BRD haben, organisieren und veranstalten solche Konzerte.

Die »Edwins«, eine nicht weniger bekannte rechtsradikale Band aus Rostock, wollen ebenfalls spielen. Mitglieder dieser Gruppe gehören in der hiesigen rechtsradikalen Szene zum harten Kern.

Wir erwarten und verlangen von der Stadt Rostock, daß sie eindeutig Stellung zu solchen Veranstaltungen bezieht und diese auch unterbindet. Gerade in Rostock sollten die Verantwortlichen aus ihrem Verhalten vor und während des Pogroms in Lichtenhagen gelernt haben.

Nie mehr Platz für Rassismus und Sexismus in Rostock und anderswo!!!

NACHSATZ

Diese Erklärung wurde an die Lokalpresse, den Innensenator, die Kultur- und Jugendsenatorin sowie die Fraktionen der Bürgerschaft weitergegeben. Das Konzert wurde verboten.

Wir führen die Ereignisse trotzdem an, um Meldungen aus der taz und von dpa richtigzustellen, nach denen der Club »Nautilus« ein linker Jugendclub sei. Dies ist zweifelsohne falsch. Gleichzeitig nehmen wir Bezug auf die Diskussion in der taz und anderen Zeitungen über Sozialarbeit mit rechten Jugendlichen.

In einem Interview mit der taz (Berlin-Ausgabe, Lokalteil) behauptet der Berliner Jugendsenator Thomas Krüger (SPD): ...»nur vorbehaltloser Kontakt mit ihnen (den rechten Jugendlichen) bringt Erfolge«. Im »Nautilus« führt dies soweit, daß der Leiter der Einrichtung Leute vom harten Kern der Nazi-Szene Rostocks vor der Presse abschirmt, da – wie er sagt – sie ihre Meinungen und Gedanken noch nicht richtig artikulieren können. Fazit: Ist es Ziel von Sozialarbeit, das Gedankengut von Neo-Nazis besser und seriöser an die Öffentlichkeit zu bringen und salonfähig zu machen?

Ein ganz anderer Ansatz ist da der Versuch von VietnamesInnen in Zusammenarbeit mit antifaschistischen Jugendlichen aus Rostock, in ihrem, bei dem Pogrom ausgebrannten Wohnhaus einen deutsch-vietnamesischen Jugendtreff aufzubauen. Statt Sozialarbeit von oben handelt es sich hierbei um das legitime Interesse der betroffenen Personen, eine Integration von AusländerInnen in Problemgebieten möglich zu machen.

Es geht eben nicht nur um vorbehaltlosen Kontakt, sondern auch um vorbehaltlose Kritik, Herr Krüger! Paß bloß auf! ●

THÜRINGEN

Antirassistische Aktionskonferenz

Ein positives Zeichen: statt Abgrenzung stand das gemeinsame Interesse im Vordergrund, zusammen auf die bedrohlichen Entwicklungen des Neofaschismus in unserem Land zu reagieren und antifaschistische Strategien zu entwickeln. In einem breiten Bündnis von GewerkschafterInnen bis Autonomen Gruppen diskutierte man in 9 Arbeitsgruppen zu folgenden Themen:

- Neofaschismus/Neokonservatismus;
- Befragung von Zeitzeugen des Hitlerfaschismus;
- Stalin gleich Hitler?
- Rot gleich Braun?;
- Neofaschismus aktuell;
- Geschichte und Ziele des Neofaschismus in der BRD/DDR;
- Rassismus und Faschismus im Alltag – Was tun gegen Rassismus und Faschismus?;
- Zur Situation der AsylbewerberInnen und VertragsarbeitnehmerInnen in den Neuen Bundesländern;
- Gegenstrategie: Autonomer Antifaschismus.

Die Wortbeiträge bzw. Papiere und die gemeinsame Erklärung der Antirassistischen Aktionskonferenz werden noch zusammengestellt und sind über die Gewerkschaften ab sofort zu beziehen.

Die Demonstration im Anschluß an diese Veranstaltung eignete sich denkbar günstig, die vorher diskutierte Theorie, praxisnah – ja erlebbar – werden zu lassen. Die Polizei gewohnt aufdringlich (»Ist doch nur zu Euer'm Schutz, ha, ha!«) und zahlreich, ließ es sich nicht nehmen, die Provokationen rechtsradikaler Jugendlicher (»Ausländer raus!«) auf dem Erfurter Anger mit SEK-Einsatz (SEK = Sondereinsatzkommando) abzusichern. Wahrscheinlich, so unsere Annahme, erfolgten gegen diese gewaltgefährdeten Jugendlichen keine Festnahmen, um deren soziales Abgleiten zu vereiteln. Ein Maßnahme aus dem Antigewaltprogramm der Bundesregierung, wer weiß?

Aus: FREIBRIEF November '92, Radio F.R.E.I., Erfurt

PASSAU/STRAUBING:

Nazi-»Weihnachtsfeier« vereitelt!

Rund 300 Menschen folgten am 5.12. dem Aufruf eines Bündnisses der Passauer Antifaschistischen Aktion, der Grünen und Jusos zur Demo gegen den geplanten Naziaufmarsch mit Christian Worch vom Nationalen Block. Bereits am Vorabend waren jedoch 2.000 Menschen auf einer Gegenkundgebung von 50 Organisationen unter Federführung des Passauer OB zusammengekommen. Dieses Bündnis der »anständigen Deutschen« umfasste bezeichnenderweise sogar die Reps...

Auf jeden Fall war der Nazi-Aufmarsch diesmal tatsächlich verboten und ca. 30 anreisende Nazis wurden von örtlichen Kontaktleuten nach Straubing umdirigiert. Die dort stattfindende »Weihnachtsfeier« in einer Gaststätte war unter strengen Auflagen genehmigt. Trotzdem kassierte die Polizei ca. die Hälfte der anreisenden Faschos – unter ihnen auch Worch – wegen Verstoß gg. Waffengesetz, Nazi-Propagandamaterial oder ausstehenden Haftstrafen...

In der Region tätige Antifa-Schutzwachen für Flüchtlingslager wurden von Polizeikräften des Feldes verwiesen, da »die Polizei sonst im Ernstfall nicht zwischen Angreifern und VerteidigerInnen der Lager unterscheiden könne«. Auch ca. 50 Antifa, die direkt in Straubing aufkreuzten, wurden von BGS-Kräften gehindert, sich der Nazi-Veranstaltung zu nähern.

Anzeige

VERBAND

netz

Zusammenschluß selbstverwalteter und ökologisch orientierter Betriebe und Projekte

Informationen anfordern bei:

netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation
Huckarder Straße 12
4600 Dortmund 1
Tel. 0231/16 24 76
Fax 0231/16 27 98

MAILBOX: NEUER INFODIENST

Zum Informationsprojekt ID.Antifa

Im Vorfeld der Wunsiedel-Demo '92 entstand im Nürnberger Mailboxnetz das Informationsprojekt »ID.Antifa«. Gleich zahlreichen anderen ähnlichen Informationsknoten in anderen Städten versucht auch ID.Antifa aktuelle Information im Vorfeld antifaschistischer Demonstrationen und Aktionen zu liefern. Unter optimaler Ausnutzung der dezentralen Vernetzungsstruktur von CL soll der braune Mist allerortens nach oben gekehrt werden:

- Wo sind Naziüberfälle und -aufmärsche zu erwarten?
- Wie kann der aktive Widerstand dagegen koordiniert werden?
- Welche Erfahrungen werden dabei gemacht?

Diese und ähnliche andere Fragen sollen von einem KorrespondentInnennetz vor Ort so aktuell wie möglich geklärt werden...

Auszugsweise veröffentlichen wir auf dieser Seite ID.Antifa-Nachrichten aus Rostock, Thüringen und Passau. Kontaktanschrift:
ID.Antifa · c/o KOMM
Königstr. 93 · W-8500 Nürnberg 10

FASCHISTISCHER JUGENDCLUB

Ist der »Judith-Auer-Club« ein Nazi-Nest?

Spätestens seit der Mordattacke gegen Silvio und seine FreundInnen ist der Ostberliner »Judith-Auer-Club« jedem bekannt. Er wurde zu DDR-Zeiten nach einer jüdischen Antifaschistin benannt, die im Dritten Reich von den Nazis ermordet wurde. Der Club ist aber keineswegs ein Hort antifaschistischen Gedankenguts, sondern makabrerweise ein Nazi-Nest. Zwei Brandanschläge bereiteten in diesen Tagen dem Treiben ein jähes Ende.

Im »telegraph« wurde bereits im Oktober von den braunen Aktivitäten im Auerclub berichtet. Sämtlichen Klubleitern und Sozialarbeitern in Lichtenberg war das Problem seit langem geläufig. Seit September gab es die einhellige Bitte an die Antifa, still zu halten. Man sei am Thema dran und betreibe eine Lösung des Problems. Aber in der Nacht als Silvio und seine Freunde niedergestochen wurden, waren volle zwei Monate tatenlosen Zusehens vergangen. Die faschistischen Mörder gehörten zur Kundschaft des Auerclubs.

Statt nun zügig Veränderungen vorzunehmen, wird versucht, das Bild des Nazi-Nestes zu vertuschen. In der berliner Morgenpost vom 26.11. erschien ein Artikel unter dem Titel: »Auer-Club ist kein Hort für die rechte Szene«. Darin wurde vesucht, das Bild eines völlig normalen Jugend-Klubs vorzugaukeln. So sind laut einer Klub-Mitarbeiterin die Mörder nicht bekannt. Der Jugendstadtrat Wolfgang Powierski (SPD) kam zu Wort: »Der Auerclub ist nicht der rechten Szene zuzuordnen. Hier trifft sich die Jugend aus dem Kiez (...). Daß organisierte Neonazis zu den Club-Gästen gehört haben, dort sogar Mitglieder angeworben haben sollen, sei ihm nicht bekannt.«

Schon im Vorfeld der Ereignisse haben mehrmals Antifas Stippvisiten im Auerclub abgehalten. Sie wissen ganz andere Dinge zu berichten:

Die magische Zeit ist stets der Freitagabend. Der Club ist jedesmal voll. Der größte Teil der Gäste macht dort keinen Hehl aus seiner Gesinnung: T-shirts mit Hakenkreuzen, SS-Runen, White-Power-Symbolen, Reichsadlern, Ku-Klux-Klan-Motiven, immer wiederkehrendes skandieren von rassistischen, antisemitischen, offen faschistischen Parolen. Offizielle Begrüßungsform ist der zum deutschen Gruß erhobene rechte Arm und ein kräftiges »Sieg Heil!«. Bevorzugt gespielte Musik kommt aus dem reichhaltigen Angebot diverser Neonazibands. Dazwischen, vom Diskjockey immer besonders angekündigt, ein musikalisches Häppchen aus der Zeit vor 1945 in Form von NS-Propaganda-Liedern und Durchhalte-Landser-Gegröhle. Und mitten drin die Führer: Schweigert, Priem usw..

Die SozialarbeiterInnen tagen immer noch. Man überlegt, ob man eventuell Klubverbote für einige Personen aussprechen sollte. Doch bis jetzt kann sich keiner dazu durchringen. Aber es ist ja noch eine Weile Zeit, bis der Club wieder hergerichtet ist. Sozialarbeit in Deutschland – nie war sie so wertvoll wie heute. ●

Jolli Jumper
Aus: telegraph 12/92

VORLÄUFIGE ZUSAMMENFASSUNG

Nicht mit uns...

In der Nacht vom 20. zum 21.11.92 gegen 0.00 Uhr wurde unser Freund Silvio durch zwei gezielte Stich ins Herz von Faschisten ermordet. Zwei weitere Freunde wurden durch Messerstiche schwer verletzt, einer davon lebensgefährlich. Eine Freundin wurde mit dem Messer bedroht.

Kurz nach dem Angriff kamen zwei Wachschutzleute dazu, sahen drei Menschen in ihrem Blut liegen, leisteten aber keine erste Hilfe. Sie standen nur herum und gingen dann wieder. Als uniformierte Polizei kam, nach ca. 12 bis 15 Minuten, leistete auch sie keine erste Hilfe. Zivilpolizisten kamen dann mit gezogenen Pistolen auf unsere Freunde zu und versuchten die Schwerverletzten zu vernehmen. Kurz danach kamen die Notärzte. Unsere nicht verletzte Freundin durfte nicht mit ins Krankenhaus fahren. Sie wurde zum Tathergang und zu den Tätern befragt. Ebenso eine unbeteiligte Tatzeugin.

Lagebericht der Polizei vom 21.11.92, 6 Uhr: »Aus bisher noch unbekannten Gründen stachen Angehörige der einen Gruppe auf die der anderen ein.« D.h. zu dem Zeitpunkt ging die Polizei noch davon aus, daß mehr als ein Angreifer mit einem Messer zugestochen hatte. Diese Darstellung der Polzei geht offensichtlich auf die Angaben der Freundin zurück, die von Anfang an von zwei bewaffneten Tätern sprach. Ihre Angabe, die Angreifer seien Rechtsradikale, wurde verschwiegen, um den politischen Hintergrund zu vertuschen. Auch die Personenbeschreibungen der zwei Angreifer, die mit Messern bewaffnet waren, wurde zu diesem Zeitpunkt nicht veröffentlicht.

Als Folge der Darstellung durch die Polizei berichteten die Medien von einer »Messerstecherei zwischen rivalisierenden Jugendbanden«.

Während wir am Sonntag die erste Presseerklärung schrieben, um die falsche Berichterstattung der Medien richtig zu stellen, waren zwei Beamte der 4. Mordkommission bei unseren Freunden im Krankenhaus. Dem einen erzählten sie, der andere hätte ausgesagt, daß es sich bei den Tätern nicht um Rechte handle. Dann forderten sie massiv von ihm, eine Erklärung auf Tonband zu sprechen, worin er den politischen Hintergrund des Mordes leugnen und sich von möglicher Gewalt auf dem Trauermarsch am Sonntag distanzieren solle. Ansonsten wäre er daran mitschuldig. Mit dieser Aufnahme wollten sie die Demonstration beschallen.

Auf dem Trauermarsch am Sonntagnachmittag wurde unsere Presseerklärung verteilt. Schon am Sonntagabend gab es daraufhin bei uns einige Anfragen der Medien zu den jetzt offensichtlichen Widersprüchen. Am Montag, dem 23.11. war die Berichterstattung schon realistischer, auch der politische Hintergrund fand Erwähnung. Selbst M. Vogt, Leiter der 4. Mordkommission, berichtete am Montag gegenüber der Presse von einem Zeugen, der einen Täter rufen hörte: »Euch linken Schweinen haben wir es jetzt gegeben«. Am Montagabend stellte sich ein Tatverdächtiger der Polizei. Dienstagvormittag kündigte die Polizei eine Pressekonferenz für den Nachmittag an.

Was da präsentiert wurde, war der blanke Hohn. Die Art der Wiedergabe der absurden Schutzbehauptungen des Tatverdächtigen durch Vogt verlieh ihnen den Anschein der Realität. Im Nachhinein muß gesagt werden, daß Vogt die öffentliche Meinung manipuliert hat.

Die Überfallenen wurden zu Angreifern. Aus brutaler rechtsradikaler Gewalt wurde die Notwehr eines unpolitischen Hooligans. Vogt behauptete sogar, der Obduktionsbericht stimme mit den Aussagen des Tatverdächtigen überein. Der Tatverdächtige gab an, Silvio das Messer abgenommen zu haben und ihn damit in die Brust gestochen zu haben. Gegenüber Silvios Eltern und deren Anwältin erklärte Vogt aber, Silvio sei durch zwei Stiche ins Herz getötet worden und habe außerdem einen Stich im Rücken und einen im Oberschenkel.

Wenn dieser Tatverdächtige in Silvios Brust stach, woher kamen dann die anderen Stichverletzungen? Vogt verschwieg, daß ihm durch Zeugeaussagen schon längst bekannt war, daß mindestens zwei Täter mit Messern zustachen.

Am Mittwochvormittag sahen wir uns erneut gezwungen, auf die provozierten Falschmeldungen der Medien zu reagieren. Noch während wir damit beschäftigt waren, mußte die Polizei zwei wesentliche Behauptungen des Tatverdächtigen dementieren. Die Tatwaffe stammte nicht von Silvio. Die Kopfverletzung durch eine Schreckschußpistole fügte sich der Tatverdächtige selbst bei.

Inzwischen wurde ein zweiter Tatverdächtiger verhaftet, der zugab, ebenfalls mit einem Messer zugestochen zu haben. Spätestens zu diesem Zeitpunkt erweist sich die Pressekonferenz der Polizei als unnötige Meinungsmache.

Diese geht aber weiter: Denn obwohl der zweite Tatverdächtige aussagt, ein rechter Hool zu sein, klammert sich die Polizei weiter daran, keinen politischen Hintergrund erkennen zu können. Auch daß beide Tatverdächtige mit dem bekannten Treff von Rechstradikalen, dem Judith-Auer-Club, in Verbindung standen, ändert nichts an der Meinung der ermittelnden Beamten.

Es verwundert schon gar nicht mehr, wenn die inzwischen der Polizei bekannten weiteren Tatverdächtigen lediglich als Zeugen gelten. Nach übereinstimmenden Aussagen der Opfer waren aber alle männlichen Personen der Tätergruppe an dem Angriff aktiv beteiligt.

Laut Vogt sei die Aufklärung des wahren Tathergangs sehr schwierig. Gegenüber einer Anwältin der Opfer behauptete er, es gäbe leider nur tatbeteiligte Zeugen. Eine unbeteiligte Augenzeugin ist der Polizei von Anfang an bekannt und sie ist in derselben Nacht vernommen worden. Aus welchem Grund leugnet Vogt die Existenz dieser unbeteiligten Tatzeugin?

Die Informationspolitik der verantwortlichen Ermittlungsbehörde ist ein weiteres Beispiel für die Verharmlosung und Verleugnung faschistischer Gewalt in diesem Staat.

Freundinnen und Freunde von Silvio

DIE GESCHICHTE DER ALTERNATIVPRESSE: 100. AUSGABE

»Nichts ist mehr erstaunlich, daß ist das Drama«

Nicht in den großen Tageszeitungen und Wochenmagazinen wurden die Stimmungen »vor Ort« der letzten zwanzig Jahre aufgesammelt, sondern in den vielen kleinen Blättern und Infodiensten schwappte Leben und hatten die verschiedenen sozialen Bewegungen ihr Forum. 1.500 erscheinende Alternativzeitungen in den deutschsprachigen Ländern mit 9 Millionen Gesamtauflage sind reale Gegenöffentlichkeit, nur wurde dessen Verständnis im Verlaufe der Zeit unterschiedlich begriffen. Die Beispiele »telegraph« (Berlin) und das Fernsehprogramm »Kanal X« (Leipzig) führten vor Augen, welche medialen Möglichkeiten in den letzten Atemzügen der DDR bestanden haben.
Ein kurzer Streifzug durch die neuere Geschichte der Alternativpresse, notiert von einem langjährigen Mitarbeiter des ID-Archivs, das bekannt ist u.a. durch sein umfangreiches »Verzeichnis der alternativMedien«.

Waldemar Schindowski, Redaktion Amsterdam ● Kratzend geht die Feder über das Papier, ratternd fliegen die raschen Finger übers Klavier, maschinell, digital, gleichgültig. Der seit fünf Jahrhunderten dauernde Siegeszug der Druckpresse in Europa hat den Kontinent unter einer dicken Lage Papier verschüttet: Ausgehend von der Stadt Mainz mit Gutenberg bis weit in den Orbit, wo von Satelliten aus kodifizierte Buchstaben von Land zu Land zurückprallen, von Kontinent zu Kontinent. Es ist symbolisch, daß die Stadt Mainz jedes zweite Jahr für eine Veranstaltung Gastgeber ist, die sich mit dem Namen »Mainzer Minipresse« schmückt. Der Name verweist nach dem Gegenüber, der »Maxipresse«. An jeder Ecke, in jedem Wartezimmer werden sie uns angeboten. Eine Unzahl von Zeitschriften und Zeitungen, welche uns ihre jeweilige Wichtigkeit des Inhaltes suggerieren. Wir betrachten ohne zu sehen – lesen ohne zu begreifen. Was bleibt, ist ein schales Gefühl – Nachrichten ohne einen Bezug zu uns. Katastrophenmeldungen, die nur ihren Sinn in der Auflagensteigerung haben. Wie vieles im Leben, kommt auch die Meldung ohne eine Erotik des Geschichtenerzählens daher.

Samenkörner von sozialen Bewegungen

Diesen Medien-Alltag betrachtend, wobei ganze Waldparzellen rausgerissen und dem/der LeserIn in die Hand gedrückt werden, ist das Bild der Alternativpresse das einer schwammigartigen Vegetation, bevölkert von Heinzelmännchen, die mit Tigeldruckpresse vergangene Gedanken vervielfältigen. Sie sind Begleitung in einem Prozeß, welcher gesellschaftliche Turbulenzen und Risse anzeigt. Ein Barometer des Spagats zwischen Utopie und Realität, findet seinen Ausdruck in der Alternativpresse. Nicht in den sogenannten großen Medien, den Tageszeitungen und Wochenmagazinen, wurden die Stimmungen »vor Ort« der letzten zwanzig Jahre aufgesammelt und ein Forum gegeben, sondern in den vielen kleinen Blättern und Infodiensten schwappte Leben, Samenkörner keimender und immer wieder sterbender sozialer Bewegungen. Dabei ist der Tod von Medien, das Einstellen von Zeitungen ein Spiegel der Situation, welches von der ehemaligen Giessener Stadtzeitung »Elephantenklo« in ihrem Abschiedsbrief treffend mit dem Satz charakterisiert wurde: »Wo die Kraft am Ende ist, ist Erlösung Gnade.« Nicht die Traurigkeit, die immer wieder einkehrende Beschimpfung der LeserInnen oder anderer böser Kräfte des Universums (der Staat; die hohen Vertriebs- oder Druckkosten) ist oft der Grund, sondern eine »Schönheit« des Kapitalismus tritt zu Tage: Der Markt – hier als steigende oder sinkende Auflage, welche die einzige Möglichkeit ist, wo AbonnentInnen Einfluß auf die Existenz der jeweiligen Zeitschrift nehmen können.

Kritik an den Herrschenden

Der Begriff Alternativmedien allein besagt heute etwas über den Versuch aus, sich inhaltlich von den anderen, den sogenannten Massenmedien, abzugrenzen. Er will von seiner Grundidee aus zerstören, Gewohnheiten des Benutzens von Medien umpolen – Öffentlichkeit als experimenteller Raum. »Ich denke, daß Öffentlichkeit nicht existiert, denn zur Öffentlichkeit gehören bewußte Individuen mit kritischer Einsicht, die fähig wären, die Herrschenden zu kritisieren, sie unter Kontrolle zu nehmen und wirklich Öffentlichkeit herzustellen.« (1)

Der Schritt, über die Kritik der Herrschenden hinaus, Einfluß mit Medien zu nehmen, ein Teil von öffentlicher Kontrolle zu sein und als Gegenspieler der bürgerlichen Medien zu fungieren, war und ist eine Überlastung der alternativen Medien. Das fehlen vom Anknüpfen an linke Medientraditionen außerhalb des traditionellen Parteienspektrums (KPD, SPD etc.) führte einerseits zu unbelastetem Experimentieren von Medien, wie in keinem anderen westeuropäischen Land. Andererseits ist dies auch ein Mangel, welches zu freischwebender Produktion ohne historischen Background führt.

Frankfurter »Pflasterstrand«, November 1981

Hinzu kommt, daß die Größe und scheinbare Macht der Medien in der Gesellschaft – genannt sei hier nur der Springer-Konzern – eine Ausstrahlung besitzt, welche oft dazu führt, kopiert zu werden, statt dem etwas neues entgegen zu setzen. Gerade anhand der Diskussion, welche Ende der sechziger Jahre anlässlich der »Anti-Springer-Kampagne« geführt wurde, zeigt sich exemplarisch dieser Vorgang. Es geistert seit dieser Zeit immer wieder die Vorstellung einer »Anti-Bild-Zeitung« im Raum, um damit teilzuhaben an der öffentlichen Macht der Medien. Alle Versuche in dieser Richtung sind bisher gescheitert. Bei den missionierenden K-Gruppen (»Dem Volke dienen«) ebenso, wie bei der undogmatischen Linken der siebziger Jahre (»Die Nachricht kommt vom Volk und kehrt zu ihr zurück«, Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten). Magazine wie »Konkret« sind mit ihrem Konzept als Gegenpol zu dem »Stern« anfangs der achtziger Jahre gescheitert. Und die beiden Gründungen von Tageszeitungen, die als historische Legitimation ihrerseits die »Anti-Springer-Kampagne« anführen, sind entweder gleich gescheitert (»Die Neue«, Tageszeitung aus dem traditionellen Umfeld der Linken und Gewerkschaften) oder fristen wie die TAZ eine Existenz als Dritt-Zeitung und spielen im öffentlichen Raum als »Kinder-FAZ« Stichwortgeberin bei der sonntäglichen ARD-Diskussionsrunde.

9 Milionen Auflage

Trotzdem, oder gerade deshalb, gibt es über 1.500 erscheinende Alternativzeitungen in den deutschsprachigen Ländern mit einer Gesamtauflage von 9 Millionen Exemplaren. Das Spektrum ist wie ein Regenbogen: Von Verbandszeitschriften über Stadtmagazine bis hin zu Initiativenzeitungen. Es gibt fließende Übergänge der Auflage von Hunderttausenden bis zu Einhundert; Verlage mit Empfangs-dame«, Sekretariat und Verwaltungschefs, auf der einen Seite und Kleinverleger, die alle Funktionen in einer Person verbinden, auf der anderen. Die Farbskala des Medien-Regenbogens beginnt bei Verbandszeitschriften, etwa der von »Greenpeace« (Auflage 900.000), die von ihrer Organisationsstruktur sich kaum von einem multinationalen Konzern unterscheidet und mit allen Attributen moderner Betriebsführung ausgestattet ist: Weltweit Niederlassungen mit Zentrale in Amsterdam, geschäftstüchtige Manager, professionelle, spektakuläre Aktionen.

Stadtmagazine im Trend

Die bekannteste Form von Zeitschriften aus der Ursuppe der Alternativzeitungs-Bewegung, findet man heute in jeder größeren Stadt am Zeitungskiosk: die Stadtmagazine. Dabei handelt es sich in der Regel um Blätter, die aus einer Mixtur von Kultur und regionalen Nachrichten zusammengestellt sind. Die Eigentumsverhältnisse dieser Zeitschriften sind eine Geschichte für sich. Anfänglich meist im Kollektiv mit viel ehrenamtlicher Arbeit und dem Wunsch, der örtlichen Monopolpresse inhaltlich etwas entgegenzusetzen, gegründet, entwickelten sich im Laufe der Jahre Strukturen wie in einem gewöhnlichen Betrieb. Aufgrund oft beschworener ökonomischer Notwendigkeiten, finanzieller Möglichkeiten von Einzelnen, oder auch ganz einfach mit Durchsetzungsfähigkeit, kippten die Macht- und Besitzverhältnisse zu Gunsten von Einzelpersonen um. Hinzu kam bei vielen MedienmacherInnen, dem ideologischen Mainstream der achtziger Jahre folgend, sich von der Vorstellung nach grundlegender gesellschaftlicher Veränderung zu verabschieden und sich auch beruflich mit Lederschlips, Aktenköfferchen und Notebook in der Gesellschaft einzugliedern. Der Rest der ehemaligen KollektivistInnen gab sich entweder mit seinem neuen Angestelltenstatus zufrieden oder ging. Neue MitarbeiterInnen können nur noch die veränderte Situation anerkennen und werden mit einem scheinbar »lockeren« Betriebsklima entschädigt, wobei die Bezahlung und soziale Absicherung oft frühkapitalistischen Verhältnissen gleicht. Einem meist aufstrebenden, gutverdienenden Lese-Publikum wird durch die Stadtmagazine suggeriert, teilzunehmen an den neusten Trends von Mode und Kultur. Ein Hauch von New York, Madrid oder London in der schwäbischen oder fränkischen »Metropole«.

Keine »Hippie-Idylle«

Die neuen EigentümerInnen haben ein nicht zu unterschätzendes Betriebskapital. Da sie wie ihre LeserInnen aus der Szene kommen, wissen sie die Wünsche, Neigungen und Interessen in ihrer Zeitschrift gewinnbringend umzusetzen. »Zitty«, ein Stadtmagazin aus Berlin mit einer Auflage von etwa 100.000 Exemplaren, hat in der Stadt eine größere Verbreitung als das überregionale Nachrichtenmagazin »Der Spiegel«. Der in den letzten Jahren zu beobachtende Konkurrenzkampf zwischen den Alternativzeitungen, das Interesse der etablierten Verlage am Publikum der Alternativszene, lassen keine »Hippie-Idylle« aufkommen. Bei einigen Stadtmagazinen kann das Titelbild, bei Bezahlen einer endsprechenden Summe, als Werbung genutzt werden. Allein der Wunsch, zur Liga der professionellen und damit profitträchtigen Medien zu gehören – es zeigt sich am Beispiel des Frankfurter »Pflasterstrand« – reicht nicht aus. Die Karriere der Zeitschrift durchlief alle Stationen des auf und ab westdeutscher Alternativmedien. Erst Szeneblatt und dann der größenwahnsinnige Versucht, orientiert an amerikanischen Vorbildern, das Schreiben neu zu erfinden. Die journalistische und finanzielle Puste wurde diesem Anspruch jedoch nicht gerecht. Endprodukt des unaufhaltsamen Abstiegs des Frankfurter »Metropolenmagazin« waren Dummheiten, die als Zeigeist verkaufte wurden, und ein Blatt für den exklusiven Kreis von Kulturbürokratie und Leuten mit

Agit 883, Gegenöffentlichkeit April und (unten) August 1969

dem »Ich-gehör-auch-dazu«-Gefühl. Das inhaltlich und grafisch spannende, quere der Gründerjahre war weg und was blieb, war ein Magazin: wie viele halt. Dadurch war auch der Grund entfallen, weiterhin dieses Blatt zu lesen und somit ist der »Pflasterstrand« als unnütz und überflüssig der marktwirtschaftlichen Logik, als Konkursmasse, geendet.

Gegenöffentlichkeit mit Kommunikationsformen

Die »klassische« Zeitung der Gegenöffentlichkeit ist jedoch meist von verlegerischen Expasionsgelüsten unberührt.

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG...

100. AUSGABE

Das Steigern der Auflage wird allein schon auf Grund der wenigen LeserInnenschaft enge Grenzen gesetzt (z.B. bei Literatur- und Punk-Zeitschriften). Es ist aber nicht allein nur der Medienmarkt, welcher die Eckpfeiler der Möglichkeiten setzt. Oft besteht auch gar nicht ein Interesse, sich einer größeren Öffentlichkeit zu stellen. Es reicht, wenn Freunde, ein kleiner Kreis, eine abgeschottete Szene das Produkt in den Händen hält. Zeitschriften nicht als Agitationsprojekt sondern als Erkennungszeichen und Kommunikationsforum. Durch die heutigen technischen Möglichkeiten des Kopierens ist der Schritt der Umsetzung vom individuellen Gedanken zur medialen Verbreitung ohne größeren finanziellen und technischen Aufwand für viele möglich. Jede/r ist ProduzentIn und jede/r ist LeserIN. Ein alter Traum der Medientheorie wird Realität und wiederholt sich tausendfach an Kopierer und Personalcomputer. Das gleiche findet auch mit den anderen Medien statt, wie z.B. bei der Kassette, welche als Vermittler von Literatur und Musik – von den Medienkonzernen unkontrolliert – subversiv genutzt wird. Nicht das Eigentum an Produktionsmitteln, wie etwa eine aufwendige Druckerei, ist heute notwendig, sondern die Kraft, seine Gedanken auf Papier umzusetzen, aufzufallen im Wust von Medien. Die Triebkraft der MacherInnen ist für Außenstehende oft nicht zu verstehen. »So senden sie in bewunderswürdiger Unentwegtheit ihre periodischen Morsezeichen hinaus in die Welt, verkünden trotzig, daß sie noch immer ungebrochen in ihrem erzwungenen Exil der Dinge harren, der moralischen Korruption aufrecht widerstehen und keine niederträchtigen Kompromisse mit der Herrschaft einzugehen gewillt sind.« (2)

Agit 883, März 1970

150 Frauenzeitungen und 180 Dritte-Welt-Zeitschriften

Im Gegensatz zu den herkömmlichen Zeitschriftenverlagen haben sich in der Vergangenheit die Alternativzeitungen auf ein Netz von HelferInnen und SymphatisantInnen stützen können. Der Vertrieb der Zeitschriften ist ohne die Vielzahl von Cafes, Buchläden und anderen öffentlichen Plätzen der Alternativbewegung nicht denkbar. Selbstverwaltete Druckereien und Satzbetriebe ermöglichen erst die Vielfalt und den Umfang der Medienszene. Besonders bei Zeitschriften, welche im Gegensatz zur öffentlich-kontrollierten Meinung stehen und wo Zen-

telegraph-Titel Dezember 1992 (Ostberlin)

surmaßnahmen des Staates greifen wollen, sind die Türen traditioneller Druckbetriebe und Vertriebe verschlossen. Ausdruck der sich entwickelten Infrastruktur der letzten zwanzig Jahre sind drei Schwerpunkte innerhalb der deutschsprachigen alternativen Medienlandschaft: Frauen-, Ökologie- und Dritte-Welt-Zeitschriften.

Das Spektrum reicht bei ökologischen Fachzeitschriften von Blättern, die sich mit dem Thema Gesundheit am Arbeitsplatz beschäftigen, bis hin zu Zeitschriften, deren Schwerpunktthema die Verhinderung der Abholzung des tropischen Regenwaldes ist. Die kontinuierliche Arbeit der Frauenbewegung, feministische Theorie gekoppelt mit den unterschiedlichsten Frauen-Projekten (Buchläden, Frauenzentren, Selbsthilfeeinrichtungen, Frauen-Hotels etc.) sind die Grundlage für über 150 agierende Frauenzeitungen. Feministischer Öffentlichkeit ist das Kunststück gelungen, mit ihrer hohen Anzahl von Titeln, ihrer Verbreitung und der inhaltlichen Kontinuität einer der bestimmenden Themen in der alternativen Medienszene zu sein.

Der höchste Anteil von Titeln verzeichnen die Dritte-Welt-Zeitschriften (etwa 180). Keine Region, kaum ein noch so weit entferntes Land (von Europa aus gesehen!) ist vom journalistischen Interesse ausgenommen und oft in einer sehr konkreten Solidaritätsarbeit eingebettet. Zumindest in der alternativen Öffentlichkeit ist die Aufmerksamkeit für die Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas mit einem langen Atem ausgestattet.

Exkurs: Betrachten der Ost-Medien vom Westen aus

»Der Zusammenbruch des Realsozialismus seit 1989 muß auch als Medienereignis begriffen werden. Massenmedien sind wie der psychische Apparat strukturell konservativ; denn sie leben davon, die Realität von heute in den Mustern von gestern zu interpretieren. Stereotyp wurden die Oppositionellen schon im Oktober 1989 in der DDR nach der »Wiedervereinigung« gefragt, weil offensichtlich bei den westdeutschen JournalistInnen die nationale Wahrnehmung der Ereignisse die gesellschaftliche völlig in den Hintergrund drängte. Die Massenmedien lieferten den Interpretationsrahmen, der nur noch mit schwarz-rot-goldenen Fahnen ausgefüllt werden mußte.« (3)

Mit dem Zusammenbruch der DDR war auch die Zeit der illegalen oder unter dem kirchlichen Dach erscheinenden Infoblätter (z.B. Umweltblätter und Grenzfall, beide Berlin) vorbei. Unter den Augen der Staatssicherheit, die MacherInnen des öfteren mit Hausdurchsuchungen belästigte, der Gnade und Ungnade von Pastoren und Kirchenleitungen abhängig – das waren die mit den tropfenden Kerzen –, hatte sich eine Subkultur gebildet, wo Widerstand zwar nicht die eigene Existenz, sondern eher Erfindungsreichtum forderte. Innovation war gefragt, um mit spärlichen Mitteln eine Zeitung herzustellen. Woher kommt das Papier, die Druckfarbe, die Matrizen und Heftklammern? (4)

In der Rückschau erscheint die Heftigkeit, mit der diese minimalsten Formen von Gegenöffentlichkeit verfolgt und unterdrückt wurden, wie in einer komischen Tragödie. Während das Empfangen von westlichen TV-Sendern in der DDR zugestanden werden mußte, wurden primitive Vervielfältigungsapparate beschlagnahmt; Jugendliche, die es wagten, den Song eines verbotenen Sängers zu kopieren, verhaftet (W. Biermann); aufwendige Polizeimaßnahmen gegen das Tragen von Ansteckern (»Schwerter zu Pflugscharen«). Ein Grund für das Verhalten der realsozialistischen Obrigkeit ist damit zu erklären, daß die Medien der Opposition an die eigene Vergangenheit erinnerten. Das Flugblatt, die Broschüre, das Buch, die Zeitschrift waren die wichtigsten Medien der an die Macht getretenen kommunistischen Parteien gewesen. Ein »autonomer«, nicht kontrollierter Sektor in der Gesellschaft war suspekt, Angriff auf den Avantgardeanspruch einer als sich »objektiv« einzig möglich gesehenen Alternative in der Weltgeschichte.

Einige Gruppen versuchen nun, unter den neuen gesamtdeutschen Bedingungen an die Tradition der DDR-Opposition anzuknüpfen. Der monatlich erscheinende Berliner »Telegraph« ist das Nachfolgeprojekt der »Umweltblätter«. Überwiegend noch mit der alten Redaktion identisch, wird der Versuch unternommen, sich in der rasanten politischen und sozialen Veränderung publizistisch zurecht zufinden. Die Inhalte der Zeitschrift versprühen einerseits das Festhalten an einer eigenen DDR-Identitität, anderseits werden neue Erfahrungen gemacht. Bizarre Aktionen, wie das Attentat auf den Treuhand-Vorsitzenden stehen quer zum bisherigen Verständnis von Opposition. Die Geschwindigkeit der Erfahrungen wird nicht mehr von einem selbst bestimmt, sondern von außerhalb: wirtschaftliche Umstrukturierung, und ideologische Kolonialisierung der Köpfe. Eine neue Regierung, die man nicht wollte, Auflösung von sozialen Strukturen, eine westdeutsche Linke und Alternativbewegung, mit der man in der Vergangenheit kaum was zu tun hatte und ihr unterstellt, sie würde arrogant und »besserwessi« auftreten. Unter solchen Bedingungen eine Zeitschrift herauszugeben ist wahrscheinlich was spannendes, wo man wächst oder versagt. Es ist vielleicht beides und vom Westen aus betrachtet, sind dies Morsezeichen einer untergehenden Welt, die in der eigenen nicht übersetzbar ist.

Mediale Möglichkeiten: Zeitschriften, Radio-, TV-Programm

Neue Zeitschriften sind zwischen Rostock (sic!) und Dresden entstanden (Stadtmagazine: Kreutzer, Leipzig; SAX, Dresden). Inhaltlich und in der Aufmachung unterscheiden sich diese Zeitschriften kaum von anderen Blättern dieser Spezie aus Westdeutschland. In nur zwei Jahren ist in der ehemaligen DDR mit cirka 70 Titeln eine alternative Medienszene entstanden, welche von Radio über Zeitschriften bis hin zur Ausstrahlung von eigenem TV-Programm (Kanal X, Leipzig) reichte. Gerade der Kanal X läßt erahnen, welche medialen Möglichkeiten in den letzten Atemzügen der DDR bestanden haben.(5) Die alte Ordnung war zwar noch nicht weg, aber so stark verunsichert, daß der Begriff »Freiraum« nicht nur eine leere Hülse blieb. Die neue Ordung – die Westregierung mit ihrer Bürokratie – noch nicht da. Das Bedürfnis, endlich das zu tun, was man vermeintlich schon immer wollte, und dabei im Überschwung seine eigenen Kräfte überschätzte, führte zu einem Dilettantismus, welcher die alten Zwänge abstreifte und wo die neuen Korsette des Westens außer Kraft blieben. Freilich

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

sind die meisten MedienmacherInnen im neuen Ostdeutschland nicht von den Mechanismen des alltäglichen Kapitalismus verschont worden. Die Möglichkeit, mit einen Flugblatt oder montäglichen Demonstrationen (»Wir sind das Volk«) die politischen Eliten Bonns aufzuschrecken, sind gering. Die westlichen Gesellschaften diskutieren alles, saugen es auf, lenken es in Bahnen: Die Kritik an der Atomenergie wird zum Ausstiegsszenarium; die Kollektive zu Genossenschaften; die Kritik am Patriarchat zum Frauenhaus. Wer sich verweigert, wird ausgespuckt und fristet eine Existenz als spirituelle Landkommune oder Stadtguerilla. »Nichts ist mehr erstaunlich, das ist das Drama.« (6)●

Anmerkungen:
(1) Rudi Dutschke, »Mein langer Marsch«. Reinbeck: Rowohlt-Verlag, 1980
(2) Jörg Auberg, »Texte und Kadaver«, in: Verzeichnis der alternativ-Medien, Berlin: Edition ID-Archiv, 1991
(3) Detlev Claussen, »Die gebrochene Kontinuität«, in: Perspektiven, Nr. 14 Herbst 1992, Frankfurt/Main
(4) siehe auch zur Geschichte der DDR-Opposition: Wolfgang Rüddenklau, »Störenfried. DDR-Opposition 1986-1989. Mit Texten aus den Umweltblättern.« Berlin: BasisDruck/Edition ID-Archiv
(5) siehe auch CONTRASTE-Artikel von 1990
(6) Raoul Vaneigem, »Handbuch der Lebenskunst für die junge Generation.« Hamburg: Edition Nautilus, 1980

Anzeige

Die Macht von Armee und Todesschwadronen brechen!

Als am 16. Januar diesen Jahres in Mexico die Befreiungsbewegung FMLN und die salvadorianische Regierung ein Friedensabkommen schlossen, waren die Erwartungen und Hoffnungen der salvadorianischen Bevölkerung groß. Tatsache ist, daß die Umsetzung der Abkommen Bedingungen für den Aufbau einer anderen Gesellschaft in El Salvador ermöglichen wird. Aber ebenso steht fest, daß die Umsetzung durch die Regierung immer wieder verzögert und von reaktionären Sektoren und den Militärs offen sabotiert wird. Todesschwadronen können in salvadorianischen Zeitungen in großformatigen Anzeigen Hetzkampagnen lostreten und Morddrohungen gegen Personal von ONUSAL (UNO-Einrichtung zur Überwachung der Durchführung der Abkommen), Journalisten und die FMLN-Führung aussprechen.

Es ist keine Frage, daß der Waffenstillstand für die gesamte politische Opposition bessere Bedingungen geschaffen hat, um für die Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen zu kämpfen. Volksorganisationen reorganisieren sich oder treten zum ersten Mal an die Öffentlichkeit. Ebenso ist die FMLN landesweit politisch präsent, Versammlungslokale werden eingerichtet und die beiden Radios der FMLN senden legal aus der Hauptstadt. Die Jugendorganisation Farabundo Martí beteiligt sich an der Basisarbeit in den Armenvierteln und die Gewerkschaften organisieren Proteste gegen die Unterbezahlung bei gleichzeitiger Einführung einer Mehrwertsteuer.

Doch nach wie vor herrscht ein Klima der Angst: vor den Militärs, vor Anschlägen der Todesschwadronen und davor, daß der Friedensprozeß doch noch umgedreht werden könnte. Denn alle Ansätze zur Erfüllung der Vereinbarungen kamen und kommen nur auf Druck von seiten der politischen Opposition in El Salvador und auf internationaler Ebene zustande. Nichts läuft glatt ab, es gibt kein Detail, das der rechten ARENA-Regierung nicht abgerungen werden mußte. Mehr noch: berührt die Umsetzung der Abkommen Institutionen, auf die sich die Oligarchie im Krieg gegen die Bevölkerung gestützt hat: das Militär, den Geheimdienst, die sogenannten Sicherheitskräfte, d. h. die Gruppierungen, aus denen sich die Todesschwadronen rekrutieren, bricht der Terror wieder auf.

Die verschiedenen ONUSAL-Büros erhielten bis Oktober 1170 Anzeigen wegen Mordversuchen und Todesdrohungen. Seit Anfang August eskaliert der „schmutzige Krieg": mehrere Mitglieder von Kooperativen, Gewerkschaften sowie Mitglieder der FMLN wurden ermordet und der Zivilkläger im Jesuitenprozeß durch einen Bombenanschlag querschnittsgelähmt.

Wie sabotiert die Regierung die Durchführung der Verträge? Z. B. wurde am 15. August als erstes der fünf berüchtigten Eliteeinheiten das Elitebataillon Bracamonte offiziell aufgelöst, Mitte September folgte das Bataillon Bellosa. Im Oktober wird aus El Salvador berichtet, daß die beiden angeblich demobilisierten Eliteeinheiten in ihrer Mehrheit in Uniformen der Policía Nacional steckten und in starker Präsenz auf den Straßen mehrerer Städte patrouillierten. Der Geheimdienst DNI, der längst in den letzten Zügen liegen sollte, wurde kurzerhand in den Generalstab integriert. Gleichzeitig wurde mit dem Aufbau einer neuen Zivilpolizei, in die entsprechend den Friedensverträgen auch ein Kontingent von Ex-Kombattanten der FMLN integriert werden sollen, verspätet und auch nur halbherzig begonnen: Geld gibt es dafür nur bis Dezember.

Kein Zweifel, die Gegenseite will die Demobilisierung der FMLN gratis. Dreimal wurde der Zeitplan zur Umsetzung der Abkommen durch die UNO neu festgelegt, zuletzt durch Verlängerung der Waffenstillstandsphase bis zum 15. 12. 92. Jede Veränderung hängt vom Kräfteverhältnis ab – brechen wir die Macht von Armee und Todesschwadronen! Der Kampf um gerechte soziale Verhältnisse, um Entmilitarisierung und Demokratie in El Salvador wird auch nach dem 15. Dezember weitergehen.

Unterstützt die FMLN: in ihrer politischen Basisarbeit, beim Aufbau neuer Medien und einer Kommunikationsstruktur, bei der Schaffung von Büros, bei der Organisierung der Wahlkampagne.

Konto: BfG Heidelberg, Kto-Nr. 1088 787 700 (BLZ 672 101 11)
Informationsstelle El Salvador e.V., Heerstr. 205, 5300 Bonn 1
Tel. 0228/69 45 62; Fax: 63 12 26

SALVADOR Solidarität bleibt unsere Waffe

BUNDESWEITER KONGRESS DER ALTERNATIVEN PRESSE

100. AUSGABE

Links und unbequem

Ende November war es soweit: Ein weiteres Mal trafen sich VertreterInnen der alternativen Presse zu einem bundesweiten Kongreß in Marburg. Das Spektrum reichte von der Provinz-Friedenszeitung bis zur Metropolenzeitung. Etliche der siebzehn vertretenen Blätter entstanden anläßlich des Versuchs, die Pressezensur während des Golfkriegs zu durchbrechen. Viele schon länger bestehende Redaktionen waren nicht vertreten, weil zum einen dieses Treffen diesen nicht früh genug bekannt wurde und es andererseits so aussah, daß das Spektrum auf Stadtzeitungen begrenzt sei.

AG REPRESSION

Eine Arbeitsgruppe befaßte sich mit dem Thema »Repression gegen Zeitungsprojekte«. Da die wenigsten der anwesenden Redaktionen Erfahrungen zum Thema hatten, wurde beschlossen, sich bis zum nächsten Treffen schlau zu machen. Die »göttinger drucksache« hat es übernommen, Zeitungsprojekte anzuschreiben, damit auf schon zusammen getragenes Material zurückgegriffen werden kann. Bitte sendet Infos und Materialien an folgende Anschrift:
göttinger drucksache
Geiststr. 1 · W-3400 Göttingen

Die Neugier war groß, als sich zwei Redaktionsmitglieder der »HaLa« (Harzer Landbotin) auf den Weg nach Marburg machten, um endlich einmal die MitstreiterInnen aus anderen Städten und Regionen der BRD kennenzulernen und Erfahrungen auszutauschen. Die Marburger Stadtzeitung »Marburg Virus« hatte schon lange zuvor zu diesem Treffen eingeladen und die Veranstaltung hervorragend organisiert. Von Freitagabend bis Sonntagmittag standen für die ca. 40 TeilnehmerInnen die selbstgewählte Arbeit und Zielsetzung sowie das jeweilige Produkt in der Diskussion.

Um es vorweg zu nehmen: Die »HaLa« gehörte zu den Kleineren in der Szene und zudem zu den wenigen, die versuchen, in der Provinz ein derartiges Projekt durchzuziehen. Die generelle Zielsetzung sowie die anfallenden Probleme sind jedoch durchgehend bei allen beteiligten Redaktionen in etwa die gleichen.

GEGENÖFFENTLICHKEIT

Kein Wort wurde in den Arbeitsgruppen und im abschließenden Plenum so häufig strapaziert wie das der »Gegenöffentlichkeit«. Der allgemeine Tenor »Wir schreiben das, was die bürgerliche Presse nicht bringt oder verschleiert«, war durchgängig zu vernehmen. Da waren sich alle Mitglieder der unterschiedlichen Redaktionen einig. Die »HaLa« hat allerdings mit dem Begriff »Gegenöffentlichkeit« einige Schwierigkeiten, weil wir meinen, daß, wenn wir »Gegenöffentlichkeit« sein wollen, es ja auch eine »Öffentlichkeit« geben muß. Logischerweise wohl die bürgerliche Presse. Diese ist jedoch – und das ist kein Geheimnis – eine mehr oder weniger zensierte Öffentlichkeit, also in Wahrheit doch keine richtige Öffentlichkeit. Folgerichtig müßten wir uns mit gleicher Berechtigung als »Öffentlichkeit« bezeichnen und die anderen als »Meinungspresse«, »Tendenzblätter« und »Die, die es mit der Wahrheit nicht so ernstnehmen« usw. – schlicht: »Gegen Öffentlichkeit«.

Einig waren sich alle Beteiligten über die Notwendigkeit alternativer Öffentlichkeit. Immerhin erreicht die Auflage der von den anwesenden publizierten Zeitschriften 25.000, wobei längst nicht alle in der BRD existierenden Redaktionen vertreten waren.

UNTERSCHIEDE UND GEMEINSAMKEITEN

In der inhaltlichen Thematik unterscheiden sich die vielen Stadt- und Landzeitungen eigentlich nicht sonderlich. Umwelt, soziale Konflikte, AusländerInnen, Asyl, Faschismus, Menschenrechte, Frauen, Kultur und Veranstaltungen; das sind Themen, die mehr oder weniger bei allen vertreten sind. Lediglich in der Umsetzung gibt es Unterschiede.

Das fängt schon bei der Aufmachung an. Die »HaLa« war mit ihrem DIN A5-Stil (paßt in jede Damen-Handtasche) fast die Ausnahme. Die meisten anderen erscheinen im DIN A4 oder DIN A4-Übergröße, manche im Zeitungsformat. Manche legen sehr viel Wert auf die äußere Erscheinung, manche begnügen sich mit etwas aufgemotztem Flugblattdesign. Manche gibt's umsonst, ander kosten was und manche verlangen schon ganz schön Knete (bis 4 Mark). Dafür gibt's dann auch eine Menge Farbe und viele Fotos.

Die Erscheinungsweise ist überwiegend monatlich, einige erscheinen mehrmonatlich und ganz wenige (die mit dem Sparlayout) versuchen es auch zweiwöchentlich.

Alle benutzen Computer, wobei der Nutzungsgrad von reiner Texterfassung und Ausdruck mit DTP sowie anschließendem Schneiden und Kleben bis hin zu vollständigem Layout mit DTP-Programmen geht. Häufig werden Uni-Interne Infrastrukturen genutzt. Der allgemeine Trend weg von der Uni ist jedoch unverkennbar.

Worin sich etliche Stadtzeitungen von der »HaLa« unterscheiden, ist, daß sie oft Schwerpunktthemen bearbeiten. Diese werden schon weit im Voraus vergeben. Oft schreiben auf dem jeweiligen Gebiet aktive Gruppen und Initiativen – sozusagen in Auftragsarbeit – diese Artikel. Die Redaktionen behalten sich die redaktionelle Bearbeitung vor. Dies nicht immer ohne Konflikte, wie man sich leicht vorstellen kann.

Alle haben Probleme mit dem Vertrieb. Manche machen noch Kneipen- und Handverkauf, aber tendenziell haben alle die Nase voll vom Streß, der damit verbunden ist. An einen Vertrieb mit Grossisten haben viele schon gedacht. Technische Probleme sowie die leidige Finanzierungsfrage (die Grossis wollen 50%) haben jedoch bei keiner der anwesenden Zeitschriften in dieser Hinsicht zu einer Lösung geführt.

DER INTERNE KONSENS

Alle sind sich auf einer Ebene einig. Es gilt, in einigen Themen ein engagiertes Gegengewicht zur etablierten Presse darzustellen. Dazu gehört der Umweltschutz, der Schutz der Menschenrechte, das energische Eintreten gegen Faschismus und Rassenhass, die Verurteilung von staatlichen Repressionen gegen linke und kritische Positionen und gegen die Abgrenzung von Minderheiten sowie das weitverbreitete Verschweigen und die allseits übliche Hofberichterstattung.

Mithin könnte der Verdacht aufkommen, daß alternative Presse in der BRD doch als tatsächlich demokratisch gelten könnte. Daß dem beileibe nicht so ist, zeigt nicht nur der gezielte Prozeß gegen die »HaLa«, der beinahe im finanziellem Desaster geendet hätte. Von ähnlichen Angriffen auf die demokratischen Grundrechte konnten auch andere alternative Zeitschriften berichten, wenn auch die Goslarer Kripo bei weitem den Vogel abgeschossen haben dürfte.

TEILNEHMENDE REDAKTIONEN

LUST Schriften (Bonn)
Ein Loch in der Zensur (Aachen)
Hamburger Frauenzeitung
Null-Nummer (Bonn)
Kopfsprung (Hannover)
Harzer Landbotin (Clausthal-Zellerfeld)
Dichtung und Wahrheit (DiWa, Mainz)
Subbotnik in I.A. (Halle)
Terz (Düsseldorf)
STADTRATTE (München)
Stattzeitung für die Ortenau
Stattzeitung (Wiesloch)
Marburg Virus
Initiativen-Zeitung (Mannheim/Ludwigshafen)
neue hanauer zeitung
Offenbacher Blätter
Göttinger Drucksache

Die Rote Hilfe 4/92

Schwerpunktthema: Gesetzespaket zur „Organisierten Kriminalität"; weitere Themen: Prozesse gegen Christian Klar, Erich Honecker, Claus Croissant, Knud & Ralf; Ausnahmezustand in Italien; Hoechst-Betriebsrat gefeuert, Buchbesprechungen

Die Rote Hilfe-Zeitung gibt es für 2,- DM in vielen Buch- und Infoläden oder gegen 3,- DM in Briefmarken bei u.a. Adresse. Das Abonnement kostet 15,- DM für 4 Ausgaben. Für Mitglieder ist der Bezug der Zeitung im Beitrag inbegriffen.

Rote Hilfe e.V.
Postfach 6444
23 Kiel 14

LEBENSMÜDE – LEBENSFROH

Rezeptbücher statt Zeitungen

Reden ist Silber
und Schreiben ist Gold
beides ist Scheiße
und das ist gewollt ...
bei einigem Nachdenken fiel mir bestimmt noch ein schlechterer Reim ein.

Götz Paschen, Redaktion Bremen ● Mit 16 tönte ich immer großkotzig »Ich lese keine Zeitung. Ich mache die Politik, die drinsteht.« Damit meinte ich Aktionen gegen Mc Donald's, FCKW-Produktion, die geplante Giftmüllverbrennungsanlage und dergleichen. Heute weiß ich, daß es unfein ist, sich so vorlaut zu verhalten. Wegen der Stellenanzeigen hatte ich die letzten Tage einige Zeitungen zu Hause und habe sie versehentlich größtenteils gelesen. Um es kurz zu sagen: Ich werde es nicht wieder tun. Es taugt zu nichts. Die tägliche »taz« – obwohl sie so dünn ist, kostet einen bereits soviel Zeit, daß man vor lauter Buchstaben und Nachdenken von der Außenwelt isoliert würde, gäbe es nicht das Mittagessen, den Druck der Blase oder liebe Mitmenschen, die einen aus der Bleiwüste retten.

Lese ich den Spiegel mit seinen erschlagenden 350 Seiten, möchte ich hernach vor lauter Apokalypse am liebsten einen Beichtvater aufsuchen, bevor das jüngste Gericht über mich hereinbricht.

Eine Zeitung frißt Zeit

Hier also mein erster Vorwurf: Eine Zeitung kostet Zeit – und wiegt diesen Verlust an versäumtem Leben (fast) nie auf. Wie sähe diese Republik aus, wenn zum Beispiel alle »taz«-LeserInnen täglich anstatt ihre Zeitung zu lesen, sich um eine humanere Umwelt bemühen würden. Lesen bindet lebendiges Potential, schläfert ein, informiert und tötet ab. Lebendige Erfahrungen wiegen mehr als gelesene Gedanken. Schlecht selbst gedacht ist besser als gut nachvollzogen. Ein Gespräch durchaus lebendiger und fruchtbarer, wenn es ehrlich ist, als der stumme Dialog mit dem elegantesten Redakteur der deutschen Presselandschaft. Wenn Zeitung lesen wirklich nicht mehr sein soll als eine Freizeitbeschäftigung, wie Karnickel züchten und Tischtennis spielen, ist dagegen nichts einzuwenden. Wenn sie politisch Sinn machen soll, muß sie deutlich mehr sein als eine Zeitung – muß mehr drinstehen als nur Berichterstattung und Kommentar.

.. und fördert Mutlosigkeit

Mein zweiter Vorwurf richtet sich gegen Themenwahl und Art der Berichterstattung. Wenn ich mir nun schon die Zeit nehme, Zeitung zu lesen, muß ich mir durch die Zeitung ja nicht zugleich das Leben nehmen. Das tut sie aber meist: Um zu wissen, daß Rechtsextremismus, politische und wirtschaftliche Korruption, Umweltzerstörung, Kindesmißhandlung und ähnlich schlimme Dinge existieren, dafür brauche ich keine Zeitung. Das kann ich mit offenen Augen in meiner direkten Umgebung sehen und erfahren. Welchen Sinn hat eine differenzierte Berichterstattung über diese allgegenwärtige Zerstörung von Leben in jeglicher Form? Wo schreibt mal endlich eines dieser Arschlöcher über seine Analyse hinaus, welcher Ausweg sinnvoll zu beschreiten wäre und worin Möglichkeiten für die LeserInnen bestünden, als einzelne positive Akzente zu setzen und verantwortungsvoller zu leben? Nichts dergleichen, überall nur die Einheitssoße – ob liberal, rechts oder links – wie beschissen die Welt doch nun mal ist. Ich verschließe meine Augen sicherlich nicht vor Wahrheiten. Aber um meine Frustration zu komplettieren, muß ich mich doch nicht täglich eine halbe bis zwei Stunden hinter einem Haufen Papier vergraben. Welchen Sinn sollte das haben?

Das Leben als Nudelauflauf

Ich behaupte einfach, daß das Leben in erster Linie dazu da ist, Spaß daran zu haben und vergleiche es mit einem Nudelauflauf. Wenn ich täglich Bücher über mißratene Mahlzeiten, angebrannten Milchreis und faulige Gemüsegratins lesen würde, hätte das bestimmt keinen erquicklichen Einfluß auf meine eigenen Kochkünste. Ich würde meinen Nudelauflauf, wenn er mißlingt, als normal betrachten und mich damit abfinden. Wieso aber lesen alle, wenn sie lecker kochen wollen in Rezeptbüchern? Weil drinsteht, wie man's besser macht. Gut kochen und Spaß haben dran.

... muß man genießen!

Zeitung machen, schreiben wie's besser sein kann. Rezepte austauschen, Tips geben. Sich fragen, warum der Hefeteig im Kollektiv nicht aufgegangen ist und wieder ein Chef den Braten dreht und alle anderen in die Röhre gucken. Zufällig habe ich heute auch Andreas Küstermanns Salecina-Artikel (CONTRASTE Bunte Seiten 01/92) gelesen. Darin geht es um Utopien, Projektbeispiele, Ansätze, die Hoffnung machen, Zeitung, die Mut macht. So etwas sollte in einer Zeitung stehen, daß wir durch das Lesen angeregt werden, gemeinsam unsere Umgebung lebenswerter, unser Leben sinnerfüllter zu gestalten. Und das ist für mich der einzige Anlaß zu schreiben. Nicht nur sagen, was Scheiße ist, sondern schreiben, wo es hingehen könnte, Mut machen. Wir sollten einander das Leben versüßen und nicht die Suppe versalzen. Und das heißt für mich, alles liegenlassen, was faul, zäh, vitaminlos ist und den Salat wenden, den Auflauf anrichten, sich über Mißratenes konstruktiv Gedanken machen und gute Rezepte weitergeben:

Man nehme am Morgen kein schlechtes Blatt vor den Mund sondern sorge für einen freien Blick auf die Geliebte gegenüber, sage ihr etwas richtig Nettes, stecke die Tageszeitung in den Ofen und ... ●

Anzeige

Stichwort
ANTI WWG DOKU
WWG
München Juli '92

Inhalt	bundesweite Mobilisierung + ♀♀♀-Mobilisierung gegen den WWG
	Demonstration 4.7.
	internat. Gegenkongreß 3.-5.7.
	Aktionstage 6.-8.7.
Schwerpunkte	Redebeiträge
	Kongreß High-Lights
	Nachbetrachtung und Ausblick
und	viele Fotos (auf ca. 120 Seiten)

Die Dokumentation erscheint **Mitte Januar** und ist zu erhalten bei:

Stadtratte, Pf. 22 11 14, 8 München 22
Kto. 906195482, BLZ 70150000, Stadtspk. München

Einzelpreise
6 DM - ab 20 St. (+ 9 DM Porto)
7 DM - ab 10 St. (+ 6 DM Porto)
8 DM (+ 1.20DM Porto)

GEFAHR FÜR JOURNALISTiNNEN

Die großen Berufsverbände der Internationalen Presse haben im September 1992 die Türkei als das »gefährlichste Land für JournalistInnen« bezeichnet.

Die alarmierende Aussage hat etwas damit zu tun, daß innerhalb von wenigen Monaten dieses Jahres zehn PressevertreterInnen unterschiedlicher Organe ermordet worden sind. Zumeist in Kurdistan.

Auch in der Bundesrepublik kursieren inzwischen Todeslisten und Drohungen, die sich gegen hier arbeitende Presseleute kurdischer oder türkischer Herkunft richten.

Eine Initiative von »medico international« hat sich zum Ziel gesetzt, hochbedrohte JournalistInnen und Redaktionen vorbeugend durch »Partnerschaften« zu schützen. AutorInnen, SchriftstellerInnen, KünstlerInnen und MusikerInnen sind aufgefordert, entsprechende Erklärungen abzugeben und zu veröffentlichen.

Weitere Infos erteilt die »Initiative Schutz für JournalistInnen in Türkei-Kurdistan, c/o medico international, Obermainanlage 7, W-6000 Frankfurt/Main, Tel. (0 69) 24 43 80.

OAXTEPEC, MEXIKO: 5. KONGRESS DER AMARC

100. AUSGABE

Welttreffen freier Radios

»Die Zeit ist gekommen um die Stimme zu erheben und gehört zu werden. Niemand wird jemals wieder für uns sprechen. Wir sind in unserem Land und hier sind unsere Rechte, denn die Sonne unserer Geschichte hat immer geschienen und wird weiter scheinen für viele Jahrhunderte.« (Auszug aus der Resolution der australischen Aborigines, der Indios und der nordamerikanischen indigenen Völker).

Dörthe Krohn, ID-Zentrum für alternative Medien/Frankfurt ● Der 5. Kongreß der AMARC (Weltvereinigung der Community-Radios, das sind die gemeinnützigen Lokalradios), der dieses Jahr mit etwa 400 TeilnehmerInnen in Mexiko stattfand, reagierte auf das Columbus-Jahr mit besonderem Gehör für die Stimmen der indigenen Völker. Darüberhinaus wurde ein internationales Netz von Frauen-Radio-Initiativen gegründet und Themen wie Finanzierung freier Radios, Sendetechnik, Ausbildung, sowie Hörerinnen und Hörerstruktur behandelt. Mit Eugenie Aw (Senegal/Canada) wurde von den AMARC-Mitgliedern für die nächste zwei Jahre eine schwarzafrikanische Präsidentin gewählt.

Die nichtkommerziellen, lokalen und vom Staat unabhängigen Radios der indigenen Völker sind ein Beitrag zur Wiederbelebung und Verbreitung der indianischen Kultur und Sprachen. Das Radio des CAAMA, des zentralaustralischen Medienverbundes der Aborigines, sendet beispielsweise in sieben Aboriginal-Sprachen. Vom westaustralischen Pendant ist bekannt, daß auch Nicht-Aborigines gerne zuhören.

Im Gastgeberland Mexiko sind Radios etabliert wie »Die Stimme der Mayas« oder »Die Stimme der Azteken«, die in Spanisch oder Aztekisch senden. »Ehre die Großmütter« (Mir gefällt dieser Hinweis sehr!) ist eine Dokumentation von Gesprächen mit Dakota- und Lakota-Frauen über ihr Wissen von Riten und Zeremonien, ihr marterielles und spirituelles Leben. Die Produktion der Reihe wurde von verschiedenen Organisationen in Minnesota unterstützt. Die Kassetten können kostenlos von den Radios bezogen werden.

Das Aktionskomitee »Netzwerke der indigenen Völker« sowie die Plenumssitzungen der Welt-Radio-Organisationen wurden immer wieder von vereinenden und energiegebenden Zeremonien unterbrochen. Ein Vertreter der indigenen Völker erhielt einen Sitz im Vorstand, der sich aus RepräsentantInnen aller Erdteile zusammensetzt.

Zum ersten Mal wurde auf dem AMARC-Kongreß ein Frauenkomitee gewählt und ein internationales Netz von Frauen-Radio-Initiativen gegründet. Die Frauen starteten am dritten Tag mit einem gemeinsamen Mittagessen aus traditioneller Küche des Gastgeberlandes Mexiko. Im folgenden sollen einige Beispiele Einblick geben in die vielfältige, weltweite Frauen-Medienwelt.

Bush Radio,

ein Projekt des IDASA (Institut for democratic Alternative of South Africa) Kapstadt:

In Südafrika stehen die schwarzen Frauen auf der untersten Stufe der Hierarchie. Auch weiße Frauen sind ihre Unterdrückerinnen. Da bevorzugt Jungen in die Schule geschickt werden, ist die Analphabetinnenrate der schwarzen Frauen besonders hoch. Radio Bush soll die schwarze Bevölkerung in den ländlichen Gebieten um Kapstadt erreichen. Das Radio wird unterstützt von Gesundheitsorganisationen, Schulen für Erwachsenenbildung, Gewerkschaften, Kinderhilfe sowie Organisationen für mißhandelte Frauen und ehemalige Gefangene. Bisher wird Radio Bush die Lizenz verweigert. Wenn selbst der Anwalt nichts ausrichtet, soll das Radio als Piratenradio starten. Auch das technische Gerät muß noch beschafft werden.

Meine Interviewpartnerin, eine weiße Journalistin, sagt, daß auch die Weißen Opfer des südafrikanischen Systems seien. Sie seien Opfer ihrer Ignoranz, während die schwarze Bevölkerung Opfer der Gewalt sei. Sie ist dankbar, daß die Mehrzahl der Schwarzen mit den Weißen mitfühlt und nicht an Vergeltung denkt. Nur deshalb habe Südafrika eine Chance.

Die Stammesfehden zwischen den schwarzen Völkern werden durch Medienmanipulation geschürt. Die einzelnen Stämme haben lokale Radiostationen, die in der jeweiligen Stammessprache senden. Die Radios unterliegen staatlicher Kontrolle, auch wenn sie ansonsten gestalterische Freiheit genießen. Es sind Kurzwellensender, die leicht gestört werden können. Untersuchungen ergaben, daß 80% ihrer HörerInnen das für bare Münze nehmen, was ihr Lokalradio ihnen mitteilt. Staatliche Informationen wandern direkt durch den Äther, möglicherweise zu dem einen Lokalradio diese, zu dem anderen jene Botschaft. Da das eine Radio häufig die Sprache des anderen nicht versteht, findet wenig Austausch zwischen den Stämmen statt. Zwei kommerzielle Radios, »Capital Radio« und »Transsky«, senden über Mittelwelle aus »unabhängigen Homelands«.

Eine vielfältige Radiokultur also, die Sender der weißen Minderheit mitgedacht. Aber gleichzeitig eine seperatistische Kultur, die nicht unbedingt den Dialog fördert, sondern in der Zeit des Umbruchs auch Mißverständnisse und Mißgunst nähren kann. Seit die Abschaffung der Apartheid angelaufen ist, fordern Frauen in vielen Organisationen gleichberechtigte Beteiligung auf allen Ebenen der Macht. Die Diskrepanz zwischen den Bedürfnissen und Anliegen schwarzer und weißer Frauen bleibt aber unübersehbar. Die Frauen von Radio Bush möchten mit ihren Frauensendungen den Dialog fördern und allen Frauen einen Sendeplatz einräumen, die sich an dem Dialog beteiligen möchten.

Frauen-Medien-Zirkel, Philippinen:

Eine Gruppe von Künstlerinnen und medienerfahrenen Frauen startete ein Radioprogramm, das schon zu Zeiten des Diktators Marcos sehr populär war. Frauenbiographien und Frauengruppen wurden in den Sendungen präsentiert. Nach dem Regierungswechsel etablierte sich ein Fernsehprogramm gleicher Art. Die Gruppe hatte nämlich festgestellt, daß viele gebildete Frauen sich nicht selbst darstellen können.

Die Frauen vom Medien-Zirkel bieten Rhetorikkurse an und schulen Frauen für die Kamera. Frauenvorbilder sollen auch den philippinischen Mädchen die Möglichkeit vor Augen führen, Pilotin zu werden oder einen Betrieb zu leiten. Philipinninen sprechen in den Medien über ihre ökonomische Situation, Pornographie in den Medien, Gesundheitsfürsorge und Familienplanung.

Jährlich sterben 3.000 bis 4.000 von 100.000 Frauen bei der Geburt ihrer Kinder. Durchschnittlich haben Frauen 9 bis 12 Kinder und häufig arbeiten die Töchter im Ausland, um die Familie zu finanzieren. Oft sind sie geistig verstört, wenn sie nach Hause zurückkehren. Die Zahl der geistig erkrankten Frauen nimmt ständig zu, erklärt meine Gesprächspartnerin. Diese Frauen zu betreuen und auf ihre Schicksale in den Medien hinzuweisen, gewinne mehr und mehr an Bedeutung.

Radio FIRE

(Feminist International Radio Endeavour), Costa Rica:

Im Mai 1991 ging Radio FIRE aus »Radio for Peace International« hervor. Es wird aus einer Universität in Santa Ana ausgestrahlt. Die Uni ist Patenkind der UNO. Es wird also von internationalem Boden gesendet, weshalb fast jede nationale Bestimmung für Kurzwellensender umgangen werden kann. In der FIRE-Zentrale sitzen vier Frauen, die die eingesandten Produktionen von frauen aus der ganzen Welt thematisch ordnen und auswerten. Die Themen sind meist lokalen Ursprungs, werden aber weltweit gesendet. Das feministische Radio kann auch in Deutschland auf 7,375 MHz im 41m-Band in Spanisch und Englisch gehört werden. 30.000 Frauen hören täglich Radio FIRE, z.B. in Tansania, in Japan, in Venezuela und 70 weiteren Ländern. Ziel ist es, den Frauen den Zugang zum Radio zu verschaffen, denen dies bisher verwehrt war. Besonders die Frauen der sogenannten Dritten Welt sollen beteiligt werden.

Eine Frau hat ein solarbetriebenes Radiogerät entwickelt, das in großen Mengen hergestellt werden soll. Der Kurzwellenempfänger kann dann zu günstigem Preis an viele Frauen abgegeben werden.

Eine »Radio for Peace International«-Station für Europa ist im Gespräch. Auch Radio FIRE könnte dann von den Europäerinnen besser empfangen werden.

Neue Weltordnung mit allen Stimmen

Die Frauen der Welt-Radio-Gemeinschaft sahen im Austausch von Programmen und in der Ausbidung ein sinnvolles internationales Tätigkeitsfeld. Während eine Frau zur Präsidentin von AMARC gewählt wurde, konnte die 50%-Quote für Frauen im Vorstand nicht durchgesetzt werden. Die Frauen sind aber durch eine eigene Beauftragte im Vorstand vertreten. Es bleibt abzuwarten, wie sie und das Frauenkomitee das Budget, wenn es auch nur 30.000 US-Dollar für Frauenangelegenheiten sind, nutzen werden. Entscheidend scheinen jedoch die vielen Kontakte zu sein, die die Frauen in den Tagen geknüpft haben und die sie zu einem internationalen Erfahrungs- und Informationsaustausch befähigen.

Partizipation, also die Beteiligung von Einzelpersonen oder Gruppen an der Produktion von Sendungen, ist kein frauenspezifisches Anliegen, sondern war ein Thema des gesamten Kongresses. Viele Radios bieten Kurse an, in denen gelernt werden kann, was für die eigene Sendung wissenswert ist.

Radio AMARC wurde von den TeilnehmerInnen gestaltet und ganztägig ausgestrahlt. Praktisch ging es auch in der Arbeitsgruppe zu, in der der neueste Stand der Sendetechnik (von der Kurbel bis zum digitalen Radio) vorgeführt wurde.

Gut besucht war die Arbeitsgruppe, die sich mit der Finanzierung der Radios beschäftigte. Neben den üblichen Geldbeschaffungsverfahren wie Spenden, Stiftungsgelder und manchmal ein bißchen ausgesuchte Werbung erzählte Jeff vom australischen »Cakestore« (Verkauf von Selbstgebackenem), Lars erklärte das von norwegischen Lokalradios erprobte Bingo-Spiel, Richard berichtete von Konzerten und Parties, die sein Radio in Martinique veranstaltet hat und Joachim bestätigte, daß auch die MitarbeiterInnen der lokalen Radios in Burkina Faso von Haus zu Haus gehen, um Geld zu sammeln.

Da das Freiburger »Radio Dreyeckland« eine Rarität in der deutschen Radiolandschaft zu sein scheint, wird die Bedeutung der freien Radios erst im internationalen Überblick deutlicher: in afrikanischen und südamerikanischen Ländern beispielsweise, wo es eine Fülle von freien Radios gibt. Zwischen Staatsregie und Kommerz im Äther haben sich die Radios ihren Weg gebahnt, als Opposition oder als Alternative, als VertreterInnen einer ethnisch selbstbewußten, aber nicht seperatistischen Welt und als Sprecherinnen für Frauen. Die »neue Weltordnung der Kommunikation und des Informationsaustauschs« – hier scheint sie zu wachsen mit »allen Stimmen« (Kongreßmotto). AMARC 6 soll übrigens in Afrika stattfinden. Auf 1994 freuen sich die TeilnehmerInnen so sehr wie ich mich, bisher eine Print-Journalistin, auf meine nächste Radiosendung. ●

Aus WECHSELWIRKUNG Nr. 57, Oktober 1992

Weltweiter Erfahrungsaustausch auf dem Weltkongreß freier Radios in Oaxtepec, Mexiko.

Aber auch die Praxis kam nicht zu kurz: Während des Kongresses wurde Radio AMARC von den TeilnehmerInnen gestaltet und ganztägig ausgestrahlt.

LIBERTÄR 1993

Bilder anarchistischer Lebenskultur aus zwei Jahrhunderten (anarchistischer Wandkalender »Libertär 1993«)

Viva l'Anarchia

In einem einführenden Text fragt Horst Stowasser: »Gibt es ein Leben vor der Revolution?« Es gibt es, und muß es geben. Denn wenn im Kampf für eine bessere Welt die eigenen Wünsche aufgegeben werden, »machen (am Ende) kaputte Menschen eine kaputte Revolution, die nichts anderes als eine Mischung aus Jesuitentum und Bolschewismus mit anarchistischem Etikett werden kann.« Ob ausdrücklich anarchistisch oder nicht-subversive Aktionen, Projekte und Lebenszusammenhänge hat es schon immer gegeben. Denn schon immer gab es Menschen, die nicht bereit waren, ihre Träume von einem »besseren Leben« zu begraben oder auf später, nach der Revolution, zu verschieben. Der Kalender zeigt Ausschnitte aus der Vielfalt gesellschaftlicher Gegenkulturen. Es wird für jeden Monat ein Beispiel gelebter Utopie präsentiert, vom Ende des letzten Jahrhunderts bis heute. Die Träume, an deren Verwirklichung die RevolutionärInnen und LebensreformerInnen damals bauten, unterschieden sich kaum von unseren. So gab es in vielen Ländern z.B. Kollektive, Landkommunen, erste Ökoprojekte und freie Schulen. Mit der StudentInnenbewegung lebten diese Ideen wieder auf, und setzten sich unter anderem um im Living Theatre, in der HausbesetzerInnenbewegung und im Punk. Zu den Fotos gibt es jeweils kurze, prägnante Informationen.

Die Bilder vom »besseren Leben« stammen aus dem anarchistischen Dokumentationszentrum »Das AnArchiv«, das Teil eines großen libertären Kleinstadtprojekts in Neustadt an der Weinstraße ist, welches aus dem Projekt-A-Zusammenhang entstanden ist. Die Erlöse aus dem Verkauf des Kalenders dienen dem Aufbau des Archivs.

Elisabeth Voß

Bestellung gegen 27,– DM (bar, Briefmarken oder Scheck) bei: Das AnArchiv, Hauptstr. 118, W-6730 Neustadt/Wstr.
☎ (0 63 21) 3 53 71 oder 3 30 81 (Fax: 79 02)
WiederverkäuferInnen erhalten 30% Rabatt!

AUFRUF ZUR FRAUENAKTION

Massenvergewaltigung in Bosnien:

Frauen müssen reagieren !!

Wir sind schockiert über die fast unvorstellbaren Greueltaten an Frauen und Mädchen im Krieg im ehemaligen Jugoslawien. Mit Internierungslagern in Bosnien-Herzegowina zum Zweck der Vergewaltigung und Entwürdigung ist eine Zuspitzung der Gewalt erreicht, die wir nicht schweigend hinnehmen können und wollen.

Da es offiziellen Stellen bisher nicht gelungen ist, soviel Druck auszuüben, daß diese Situation sich nicht ändert, haben wir uns entschlossen, alle Frauen dazu aufzufordern, aktiv zu werden. Wir beabsichtigen uns einzumischen, indem wir mit möglichst vielen Frauen und Weltöffentlichkeit (Presse, Rundfunk, Fernsehen) versuchen wollen, zu einem der Lager zu fahren. Durch unsere Präsenz wollen wir versuchen, Druck auszuüben, daß diese Lager geöffnet und aufgelöst werden.

Wir sind Frauen aus den verschiedensten Bereichen, die nun zusammenarbeiten. Mit diesem Aufruf möchten wir Euch bitten, uns zu unterstützen. Dies kann in verschiedener Form geschehen. Zunächst muß unser Vorhaben möglichst breit bekannt werden, wofür wir alle möglichen Arten der Öffentlichkeit ausschöpfen müssen (von Adressen über Telefone / Faxe bis zu Presse-Kontakten). Dann sollte sich jede Frau überlegen, ob es für sie denkbar / machbar ist, für ca. eine Woche Mitte Januar nach Bosnien, sprich im Winter in ein Kriegsgebiet zu fahren. Gegebenenfalls sollten sich Frauen städte- bzw. regionenweise zusammenschließen und sich über uns zu koordinieren. Und – natürlich – kostet eine solche Aktion auch Geld.

Dieser Plan kann aber nur gelingen, wenn sich viele Frauen beteiligen! Außerdem eilt die Zeit! Deshalb sind wir auf möglichst schnelle Reaktionen angewiesen! ●

Kontaktadresse:
Gabi Voß · Gaisbergstr. 12
W-6900 Heidelberg · ☎ (0 62 21) 16 62 95
Fax (0 62 21) 16 44 89
außerdem:
Meta Baumgartner · ☎ (0 62 21) 86 14 49
Brigitte Holzhauer · ☎ (0 62 21) 48 09 88
Spendenkonto: »Frauen gegen Frauenlager«
Kto-Nr.: 4095588 (Teuber / Voß)
BLZ 672 500 20 (Bezirkssparkasse Heidelberg)

ANMERKUNGEN ZU EINER TAGUNG DER AG SPAK

100. AUSGABE

Zur Krise der Linken

Redaktion Südwest ● Rassismus, Sexismus oder Patriarchat waren kein Thema bei der Einladung zum Wochenende, sondern eher die klassischen »Uralтthemen« um die blauen Bände. Also fragte Mensch sich schon vorher, wessen Krise hier bewältigt werden sollte. Gekommen sind sie trotzdem, die Linken, von der Heide bis zum Bayrischen Wald. Einen etwas sinnlicheren Einstieg hätte ich mir gewünscht und nicht gleich zum Auftakt das Marathon einer Kader-Sitzung. Nachfolgend die Thesen von Rolf Schwendter, die als Arbeitsgrundlage dienten.

1 Die Krise der Linken ist aus der unbestreitbaren historischen Situation erwachsen, daß die Linken verloren haben. Nein, nicht 1989 oder 1990, nein, ganz im Gegenteil: irgendwann zwischen 1969 und 1972. Vielleicht war es auch etwas später, aber nicht um vieles. Schon die Tatsache, daß 1975 niemand den Sieg in Vietnam feierte (obwohl Vietnam ein Jahrzehnt lang eines der wenigen einigenden Bänder zwischen den verschiedenen Strömungen der Linken gewesen war), hätte auffallen müssen.

2 Im historischen Gesamtkontext (und ich spreche hier, selbstredend, ausnahmslos von der Linken der Metropolen) war es die kommodeste Niederlage, die die Weltgeschichte je gesehen hat. Vielleicht ist wieder einmal die Farce der Tragödie gefolgt: Während nach der Niederlage der Pariser Commune Zehntausende an die Wand gestellt worden sind, während die Niederlagenserie zwischen 1923 (Italien) und, sagen wir, 1940 (Frankreich) insgesamt Millionen Emigration, Gefangenschaft, Konzentrationslager und den Tod eingebracht hat, haben angenehmerweise – sonst säßen wir wahrscheinlich nicht hier und könnten diese Diskussion gar nicht mehr führen – massenhafte Folgen dieser Tragweite nicht stattgefunden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

3 Keineswegs möchte ich mißverstanden werden: jede/r Tote, der/die in diesen Auseinandersetzungen zu beklagen war, von Benno Ohnesorg bis Günther Saré, ist ein/e Tote/r zuviel, Hunderten Personen ist ihr Leben aufgrund längerer Gefängnisaufenthalte, oft aufgrund kleinlicher Rachegefühle, beschädigt worden. Auch dieses Mal hat es tausende Emigrationen gegeben – von den Berufsverboten erst gar nicht zu sprechen. Dennoch – im Gesamtkontext der Gewaltförmigkeit der bestehenden hegemonialen Weltgesellschaft macht dies nicht wesentlich mehr aus, als die Opfer des Automobilverkehrs in einem europäischen Monat oder die entsprechenden Hungertoten in Somalia.

4 Naheliegt, daß diese Diskussion mit Sicherheit dort anders geführt werden müßte, wo in der Tat die Situation seit den Tagen der Commune sich nicht wesentlich verändert hat. Dies beginnt schon in der Türkei und in Nord-Irland und setzt sich, wie den Berichten von amnesty international zu entnehmen ist, in weit über 100 Staaten fort. Warum es etwa eine Krise der chilenischen Linken gibt, wird nicht eigens begründet werden müssen. Indes führen wir diese Diskussion in der »Läufertsmühle« und nicht in Santiago.

5 Gemeinsam ist weltweit nur der Umstand, daß Niederlagen immer Krisen nach sich ziehen (was bekanntlich schon bei parlamentarischen Wahlniederlagen beginnt). Niederlage und Krise haben nun in Zentraleuropa eine eigenartige Formbestimmung angenommen: die soziale Kontrolle durch Spott. Als Angehöriger einer älteren Generation (wenn Jahreszahlen jenseits ihrer Medienwirksamkeit überhaupt einen Sinn machen sollten, würde ich mich als »Sechsundfünfziger« bezeichnen: der russische Einmarsch in Ungarn politisierte mich mehr (und eher) als alle weiteren historischen Ereignisse, der österreichische Brecht-Boykott inbegriffen) habe ich keinen Anlaß, mich durch die »Achtundsechziger«-Metapher besonders getroffen zu fühlen; zumal, wenn schon, die Ermordung Benno Ohnesorgs am 2. Juli 1967 als Ausgangspunkt der deutschen Linken als größere soziale Bewegung zu gelten hätte. Nichtsdestoweniger ist der Spott über die »Achtundsechziger« die permanente Begleitmusik zur Niederlage der Linken, welcher ihre Krise früher oder später folgt. Chlodwig Poths lange andauernde Comic-Serie »mein progressiver Alltag«, die bereits in den frühen Siebzigerjahren erschien, war die Avantgarde dieses Spotts. Die Wahlpropaganda der Hamburger SPD (eine Parteiformation, von welcher wirklich nicht viel mehr zu erwarten war als die polizeiliche Einkesselung politischer Gegner) »Linke Achtundsechziger, wenn ihr grün wählt, werdet ihr schwarz bekommen« markiert einen schon späten Punkt dieser Entwicklung. (Und Matthias Horx, der sich von Jahr zu Jahr enger an das Ancien Regime heranschreibt, vielleicht schon eine Art Umschlagpunkt – fragt sich nur, in wieviel Jahr(zehnt)en...).

6 Antonio Gramscis Hegemonie-Theorie folgend, hat diese soziale Kontrolle durch Spott als Folge einer Niederlage durchaus ihren Stellenwert. Schon in einem alten Lied aus dem deutschen Bauernkrieg ist von den Enkeln die Rede, die es wohl »besser ausfechten« würden. In der Realpolitik der vergangenen beiden Jahrzehnte waren es wohl eher die Söhne (und, zunehmend, die Töchter): die Revolten nahmen die Form von 25 - 35-Jahres-Rhythmen an. Zwar haben die revoltierenden Ansätze der jeweils nächsten Generation so gut wie nie den Erwartungen der Väter-Generation entsprochen (die 1967 ff schon gar nicht, wie z.B. den revoltebegleitenden Ausführungen von Jürgen Habermas zu entnehmen ist). Also pflege ich auch zur Vorsicht zu mahnen, wenn meine PR-Group außerstande ist, in neueren StudentInnenstreiks, oder auch in den Aktionen von Schülerinnen und Schülern gegen den Golfkrieg Keimformen der nächsten Protest-Generation zu entdecken.

7 Dennoch: Die ostentative Nichtbefassung großer Teil der zeitgenössischen Jugend (mit welchen Momenten der Linken auch immer) gibt hegemonietheoretisch zu denken – verbunden etwa mit aufbauenden Sprüchen vom Typus »Könnt Ihr denn nicht endlich lernen, aufzugeben?« Der Verdacht könnte entstehen, daß, erstmalig nach langer Zeit, vielleicht gar keine Enkel und Enkelinnen, die es bisher ausfechten konnten, auf der Matte stehen könnten.

8 Die Anpassungsprozesse der heute 35 - 55-Jährigen schrecken mich hingegen nicht besonders. Diese waren vorauszusehen. Wer mag, kann in der »Theorie der Subkultur« (geschrieben 1970, erschienen 1971) nachlesen, wie sehr Beruf und Familie als Integrationsfaktor wirken werden. Insofern war es mir eher erstaunlich, daß die Horxe die historische Bühne erst relativ spät betraten. Also schreckt es mich auch wenig, daß sich die SPÖ von »Sozialistischer...« in »Sozialdemokratische Partei Österreichs« umbenennt (seit 1945 war sie ohnehin nichts anderes), oder daß die mehr oder weniger berufstätigen Familieneltern im Sozialistischen Büro diskutieren, ob die »links« noch »Sozialistische Zeitung« heißen darf (sicher wäre »Barbarische Zeitung« eine echte Alternative, wie den auch schließlich »Barbarisches Büro« nicht schlecht klänge). Daß ich kaum Personen unter 25 wahrnehme, die sich für »die Linke« interessieren (was, selbstredend, auch an meiner Wahrnehmung liegen kann), schreckt mich eher. Links-Sein ist absolut nicht »in« (obwohl ich mit »megaout« vorsichtig wäre), denn wer will schon gerne verspottet werden?

9 Acht Thesen lang bin ich bisher von einer Auffassung ausgegangen, welche Andersdenkenden als bloße Unterstellung ansehen könnten: die frühe und folgenreiche Niederlage der Linken. Also muß ich nun einige Thesen folgen lassen, die diese Auffassung anschaulich werden lassen, wenn es schon in der Kürze der Zeit und der Enge des Platzes nicht möglich ist, eine Begründung nachzuliefern, welche den Namen verdient.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

10 Linke sind bekannt dafür, ich habe wiederholt darauf hingewiesen, einander nicht besonders zu mögen. Dies ist nun nicht vollständig voluntaristisch (obgleich es voluntaristischer Züge nicht entbehrt), sondern hat auch einen strukturellen Grund, welcher in der »Geschichte der Zukunft« liegt: Während Rechte in letzter Instanz wenig anderes wünschen als die verklärte Fortschreibung des schlechten Bestehenden, gibt es aus linker Sicht ein ganzes Bündel an Perspektiven der Veränderung – von welchen selbstredend eine jede Gruppierung dazu neigt, eine bestimmte Teilmenge zu ergreifen.

11 Dieser Aspekt ist keineswegs zu unterschätzen: In Deutschland hat es zwischen 1967 und 1992 relativ kontinuierlich an die jeweils ca. 50 unterschiedlichen linken Strömungen gegeben. (Was selbstredend nichts über deren Umfang und Bedeutung aussagt: Ersterer kann von knappen hundert bis einigen hunderttausenden reichen. Eine Abnahme des jeweiligen Umfangs ist wohl festzustellen, nicht aber eine Abnahme der Zahl der Strömungen). Im Klartext: Es gibt sie noch. Daß 40 bis 45 von diesen nichts von diesem Papier (und von der Tagung, die es mit vorbereitet) je erfahren werden, ändert daran nichts – im Gegenteil: es hilft darzustellen, was ich meine. (Bequeme 35 – 40 – wenn nicht mehr – würden ohnehin nur einen Wutanfall bekommen). Zur Beruhigung: Auch ich weiß von vielen dieser 50 nicht wesentlich mehr als den Namen. (In anderen Staaten ist's nicht wesentlich anders).

12 Die Pointe, die nun folgt, ist, wie dies im jüdischen Witz hieße, leicht berechenbar: Innerhalb des linken Gesamtkontextes (beileibe nicht in Bezug auf die bestehenden Gesamtgesellschaften) partizipierte ein guter Teil dieser Strömungen irgendwann an der Hegemonie – wobei Komplikationen dadurch eintreten könnten, daß sich dies (und damit auch die Wahrnehmung) regional und auch institutionell durchaus unterschiedlich darstellen könnten. Schematisch dargestellt (und ich verzichte hier auf flächendeckende Ausführungen), waren dies 1967 – 69 das »antiautoritäre Lager«, 1969 – 72/73 der sozialdemokratische Reformismus, 1972 – 76 die K-Gruppen (egal, ob nun Moskau- oder China-orientiert), 1975 – 80 das Sozialistische Büro sowie die Spontis, 1980 – 83 die Initiativen sowie die aus ihnen gespeisten sozialen Bewegungen, 1983 – 87/88 der grüne Reformismus, als Kontrastprogramm begleitet von einer autonomistischen Unterströmung und schließlich 1989/90 die sich formierenden Gruppen des Runden Tischs (z.B. das spätere Bündnis 90, aber auch die Vereinigte Linke). Der 18. März 1990 hat hier wohl eine Art Einschnitt gesetzt – seither ist er von jener »Krise der Linken« zu hören, die seit 1969 besteht. (Schon bei These 11) wollte ich anmerken – und dies gilt hier erst recht: sehr leicht ist es möglich, auf eine kleinere Zahl von Gruppierungen zu kommen, wofern man/frau sich entscheidet, einen Teil desselben mit »Das sind ja keine Linken!« abzutun. Ich gestatte mir, dies nicht für eine Lösung, sondern für einen Teil des skizzierten Problems zu halten.)

13 Logisch: Die Niederlagen waren immer die der anderen. Die eigene Stunde war bloß noch nicht gekommen. Wer die »antiautoritäre Phase« durchaus »zerschlagen wollte«, hielt diesen Untergang Ende '69 nicht für eine gravierende Niederlage, sondern für eine Überlebensbedingung der eigenen Strategie. Vergleichbares gilt für alle anderen »Phasen«, insbesondere für die derjenigen, die selbst in diesem Kontext überhaupt noch nicht drangekommen waren ergänzt durch die Tatsache, daß auch bei diesen ca. 50 ein reges Kommen und Gehen vorherrscht (um es schon einmal nicht zu einem »Stirb' und werde« zu mystifizieren).

14 Daß indes die Niederlage der je anderen die Überlebensbedingungen für die eigenen Strategien waren, hat halt niemandem etwas genützt. Der sozialdemokratische Reformismus (oft verurteilt, dennoch ein Ausgangspunkt für viele Projekte) endete im Starrkrampf Helmut Schmidts (und noch etlicher anderer). Die Sackgasse der K-Gruppen kam am charmantesten in jenem Sponti-Slogan zum Ausdruck, in dem, zur Solidarität gegen eine Verbotsdrohung gebeten, nur noch »Wir lassen uns nicht nehmen, was wir ohnehin nicht brauchen« formuliert werden konnte. Das Sozialistische Büro scheiterte in dem Moment, in dem es zum guten Schluß doch noch eine Partei werden wollte. Aus Platzmangel will ich mir 10 weitere (teils recht lustige, wenn auch vor einem traurigen Hintergrund sich abspielende) Kurzbeschreibungen verkneifen. Nur eine nicht. Um dem nächsten Mißverständnis zu entgehen: Hier will ich nicht den Besseroesti spielen, denn meine eigene strategische Variante (sie ist am Schluß von »Theorie der Subkultur«, sowie insbesondere in der Broschüre »Entwurf für eine Gruppe 2000« (1974), durchaus deutlich abgedeckt) erwies sich als in nichts authentischer als in der Vielzahl der anderen Entwürfe. Zwar überzeugt mich meine eigene theoretische Erklärung nach wie vor – will ich indes nicht das Theorie-Praxis-Verhältnis nach dem Hegel'schen »Umso schlimmer für die Wirklichkeit« gestaltet wissen, muß ich mich dennoch fragen, warum vernetzte Kooperation so gut wie nie stattfand, und warum »Netzwerk«, selbst wenn dieser zentrale Begriff als Metapher verwendet wurde, umgehend auf einen bürgerlichen Idealverein zu regredieren pflegte.

15 Allerdings wird der genannte Umstand (daß die Linken einander nicht zu mögen pflegen, einander die Niederlage gönnen...) dadurch zu einem weiteren Paradox, daß eben genau er von der umgebenden gesamtgesellschaftlichen Norm nicht zur Kenntnis genommen wird. Erinnern wir uns an das Jahr 1977. Hunderttausende Intellektuelle werden von den Medien in den Verdacht gestellt, »Sympathisanten« des RAF-Terrorismus zu sein und Tag und Nacht aufgefordert, sich zu legitimieren, daß sie es nicht seien. Dabei hatte gerade diese Fraktion immer nur ein recht kleines Umfeld – vielleicht knapp eine vierstellige Zahl erreichend – und womit die »Sympathisanten« auch immer etwas im Sinn gehabt haben sollten (es gab da 49 weitere Möglichkeiten), der Terrorismus war es nicht. Auch noch der »Buback-Nachruf« war die Strategie der Medienverwertung und funktionierte auf die gleiche Weise: Aus der Unterstützung eines international pazifistischen Textes eine Aufforderung zur Gewalt zu machen, war ein Meisterstück – und gleichzeitig ein Hinweis, wie leicht eine Krise der Linken konstruiert werden kann.

16 Ähnlich verhält es sich mit der zeitgenössischen Konstruktion einer »Krise der Linken«. (Womit ich, siehe oben, nicht behaupten möchte, es gäbe keine Krise der Linken. Vielmehr, um die ebenfalls derzeit verpönte Übung der Dialektik zu vollziehen, tritt die »Krise der Linken« auseinander: In eine, die es vielleicht, mit zweijähriger Unterbrechung 1967 – 69, in Deutschland seit 1933 gegeben hat, und in eine, die nach gesamtgesellschaftlichem Bedarf konstruiert wird, so ab 1989 seit dem Ende des Realsozialismus). Wenn auch schon, und dies völlig zurecht aus nahezu diametralen Positionen, Michael Schneider und Jean Ziegler damit begonnen haben, aufzuweisen, wie wenig der Realsozialismus mit der Linken zu tun hat, wäre doch noch die ganze Geschichte des »realen« Wechselverhältnisses zwischen Realsozialismus und »Neuer Linker« niederzuschreiben. Der Pariser Mai 68, die Prügeleien bei den Weltjugendfestspielen in Sofia 1969, die Konflikte in den Ostermärschen, immer wieder Rudi Dutschke (wie denn überhaupt eine eigene Monographie über die Rolle von realsozialistischen EmigrantInnen in der »Neuen Linken« zu schreiben wäre), das Sozialistische Osteuropakomitee – all dies soll nach dem Willen einiger Medienkapitäne (auch unterstützt durch einige Linke wie Helmut Dubiel) ausgelöscht und durch eine abstrakte Aufforderung zur Trauer abgelöst werden. Soll denn auch diese »Trauer« nach dem Sponti-Prinzip »Wir lassen uns nicht nehmen, was wir ohnehin nicht brauchen« erfolgen?

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG...

100. AUSGABE

17 Vielleicht wäre es überhaupt notwendig, eine weitere Differenzierung stärker ins Bewußtsein treten zu lassen. So sehr (sonst begebe ich mich zu mir selbst in Widerspruch) auch die (mithin zumeist ehemaligen) Mitglieder der DKP, KPÖ, KPF, PCI etc. als Linke anzusehen sind (wie die 49 anderen linken Strömungen), so wenig hat das von ihnen präferierte ehemalige Moskauer Modell mit Sozialismus zu tun (gehabt). So engagiert und legitim die Tätigkeit einzelner DKP-Mitglieder in der AG SPAK auch war (und ist), so sehr wäre die AG SPAK gut beraten, auf die Krise der »Neuen Linken«, der »New Left« zu focussieren, sollte sie eventuell aus den Resultaten ihrer Tagung praktische Schlußfolgerung ziehen wollen.

18 Daß der Realsozialismus zwar sehr »real« war, aber mit Sozialismus wenig zu tun hatte, so daß er von der New Left alsbald als »repressive Leistungsgesellschaft«, »Monopolsozialismus«, »asiatische Despotie« etc. bezeichnet werden konnte, will ich als bekannt voraussetzen. Wenn es die Aufgabe einer nachkapitalistischen Gesellschaftsformation wäre, wie es denn der junge Marx formuliert hat, alte Verhältnisse umzuwerfen, in welchen der Mensch ein gedemütigtes, geknechtetes, entrechtetes Wesen ist, so kann mit Aufbietung aller denkbaren Dialektik ohne diese Vergewaltigung kaum ein Regime als »sozialistisch« angepriesen werden, welches noch einige Demütigungen, Rechtlosigkeiten und Knechtschaften hinzugefügt hat.

19 Auch wenn die erheischt-angeordnete Trauerarbeit zum Ende des Realsozialismus den Großteil der New Left nicht betrifft – einiges für die »Krise der Linken« läßt sich ja doch aus diesem gesamten Pulverisierungsprozeß lernen:

– Wenn denn die Geschichte der Menschheit älter werden sollte als die Geschichte des Kapitalismus (daß ausgerechnet dieser ewig bestehen könnte, ist unwahrscheinlich) und die nächste Gesellschaftsformation tatsächlich ein Sozialismus sein sollte (und nicht irgendein Weltmarktkonzerne-Neofeudalismus), dann wird der Prozeß dahin jedenfalls solange dauern wie der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus. Die Episode des Realsozialismus wäre in diesem Kontext so etwas ähnliches wie die zeitweiligen Erfolge der oberitalienischen Städte gegen die Feudalherren, oder auch der Wiedertäufer in der Stadt Münster; und die Akzelerationstheorie von Marx und Engels ein ideologisches Moment in einer ansonsten plausiblen Prognose.

– Wenn denn ohnehin ein langandauernder Prozeß eines Übergangs von Gesellschaftsformationen zu erwarten ist, bedarf es keiner besonderen zähnefletschenden Hebammen, um ihn in einer Weise abzukürzen, die das Gegenteil vom Angestrebten zu erreichen geeignet ist. Das Frappanteste am realsozialistischen Pulverisierungsprozeß im ganzen Osten besteht ja darin – mit dem vorerst eingetretenen blutigen Höhepunkt in Bosnien –, daß alle jahrhundertlang akkumulierte Gewalt- (und daraus resultierenden Haß-)Verhältnisse, vom Litauischen Großreich oder auch der Schlacht auf dem Amselfeld abwärts, auf einmal losbrechen, als ob sie nie verschwunden gewesen wären: Durch den Realsozialismus nur einige Jahrzehnte lang oberflächlich eingefroren und vorzeitig bis zu ihrer Verwesung wieder aufgetaut (wie in einem defekten Kühlschrank) was Gewalt weiterhin endlos und endlos zu reproduzieren scheint, damit die Geschichtsbücher, falls es diese bis dahin noch gibt, auch im Jahre 2700 noch genau schreiben können, wer wen haßt, und warum, und wer wen vernichten will, und warum. Selbstredend weiß ich, was eingewandt werden wird: Daß ohne Gewalt die Nationalsozialisten nicht besiegt hätten werden können, daß ohne sie weder die Vietnamesen die USAmerikaner noch die Sandinisten Somoza losgeworden wären. Dies weiß ich und es erfüllt mich mit Trauer und keineswegs mit Genugtuung oder gar mit Gefühlen der Befreiung: Wieder einige Jahrhunderte, die auf dem Wege zur »Erlösung« (Adorno) verlorengehen werden. Gewalt ist nicht die Geburtshelferin einer neuen Gesellschaft, sondern ihre Engelmacherin.

– Wenn denn die bis hierher gearteten Thesen zutreffen, ist auch »die Linke« oder »der Sozialismus« (im Gegensatz zum Kursbuch-Aufsatz eines Richard Wagner »Für eine Linke ohne Sozialismus« verspreche ich mir von einer Trennung dieser beiden Begriffe nicht so viel) nicht durch spektakuläre Sprünge gekennzeichnet, sondern durch eine Kontinuität solidarischer Praxis. Wenn allmählich Konsens darüber besteht, daß eine klassenlose Gesellschaft (wofern überhaupt vorstellbar, siehe unten) keineswegs durch einen einmaligen Akt herzustellen ist, gibt es auch keinen Grund mehr, Veränderungen der Gesellschaftsformationen sich anders als nach dem Muster der Französischen Revolution vorzustellen (welchen übrigens die osteuropäische Entwicklung vor 1989 so minutiös entspricht, daß sich die Frage stellt, ob es beim Realsozialismus sich um eine diffizile Art von Neofeudalismus gehandelt haben könnte). Eine Reihe von Klassen und Klassenströmungen lebt ihr Leben, gerät dadurch in eine Vielzahl von Widersprüchen (und Leidenszusammenhängen!) gegenüber dem jeweils herrschenden Gefüge, von welchem es indes eher abgetrennt und ohne viel frontale Konfrontationen, lebt. Bei Eintreten einer historischen Situation, die diesem Gefüge die Fortführung der Herrschaft unmöglich macht, treten diese Klassen und Klassenströmungen mit ihren Normen in den Vordergrund. (Ihr Aufstieg geschah, zunächst, nahezu gewaltlos. Die Gewaltverhältnisse traten dann alsbald auf (der Terreur 1792/93...), als die Klassenströmungen entdeckt hatten, daß sie doch weniger gemeinsame Interessen, Wünsche und Bedürfnisse hatten, als sie dies vorher im Angesicht des herrschenden Gefüges angenommen hatten.) Wer im übrigen hierin eine Variante der Theorien Antonio Gramscis zu erkennen meint: Dies trifft zu).

20 Es wird klar, da ich aufgefordert bin, mich zur »Krise der Linken«, und dies auch noch im Kontext einer gleichnamigen Tagung der AG SPAK (einer seit je politisch unabhängigen Organisation, welche niemand verpflichten konnte, sich der Linken zuzurechnen), zu äußern, vor welcher Frage – und insbesonders: vor der Beantwortung welcher Frage – ich mich drücke. Wüßte ich nämlich, wo es langgeht, wo die Prioritäten liegen, etc., wüßte es irgend jemand in Zentraleuropa, hätten wir uns diese Tagung sparen können. Dennoch will ich mich davor nicht drücken – will jedoch betonen, daß es sich um nicht viel mehr als um Mutmaßungen handeln kann.

»...Wir, die Generation der 60er Jahre, sind die Massen der 80er Jahre...« (Jerry Rubin). Foto: R. Malloch – Magnus

21 Ich weiß, daß ich mich ungefähr seit einem Jahrzehnt wiederhole, wenn ich wiederum darauf hinweise, daß die Differenzierungen der ehemaligen Hauptklassen in eine Milchstraße von Klassenströmungen (und der entsprechenden Teilkulturen und Subkulturen) für die zeitgenössischen gesellschaftlichen Entwicklungen konstitutiv sind. Wir wissen nicht genau, wann diese Differenzierungen präzise eingetreten sind; wir wissen nicht genau, um wieviele Klassenströmungen es sich tatsächlich handelt. Was wir wissen, ist, daß eine gesellschaftliche Veränderung in Zukunft (wie schon in der Vergangenheit) nicht denkbar sein wird, ohne daß eine Vielzahl unterschiedlicher Klassenströmungen involviert wäre.

22 Dies auch das Dilemma des vorliegenden Papiers, wie auch (aller Wahrscheinlichkeit nach) der vorgesehenen Tagung: die Tendenz, daß in ihnen sich die Wünsche und Hoffnungen einiger weniger Klassenströmungen – insbesonders der lohnabhängigen qualifizierten Kopfarbeit – zum Ausdruck bringen, und sei dies implizit zu Lasten anderer Klassenströmungen.

23 Wie es gehen könnte, wissen wir nicht. Was wir zwischenzeitlich wissen, ist, was alles schiefgelaufen ist. Der Realsozialismus neigte dazu, ob es paßte oder nicht, ein gemeinsames Interesse zu unterstellen (in welchem dann, gleichzeitig und einander widersprüchlich genug, bald jenes der parteivergesellschafteten Kopfarbeit, bald jenes der industriell-qualifizierten manuellen Facharbeit in Großbetrieben hervorragte). Die Sozialdemokratie liefert stets die fließenden Übergänge einer Sachwalterschaft für besitzende wie lohnabhängige Klassenströmungen (mit ihren oft schematisierenden und verregelnden Maßnahmen des Sozialstaats immerhin die allergrößte Verelendung verhindernd). Die sozialen Bewegungen, mag auch ihr Anspruch ein darüber hinausgehender gewesen sein, beschränkte in der Regel sich auf relativ wenige Klassenströmungen (StudentInnenbewegung, Frauenbewegung, Ökologiebewegung/Grüne). Alle netzartigen Versuche (Sozialistisches Büro, Netzwerk Selbsthilfe, Volksuniversität) funktionierten nur exemplarisch – und selten.

24 Ebenfalls ca. vor einem Jahrzehnt hat es sich herumgesprochen, daß die Linke der Zukunft sich von jenen zentralisierenden Konzepten verabschieden sollte, in welchen sie (im besten Falle, wie in jenen parlamentarischen Rastern von Sitzordnungen, welchen die Links-Rechts-Dichotomie ihre frühe Beliebtheit verdankt) wenig mehr sein könne, als die binäre Codierung einer Zweiteilung, die an sich schon über ihre affirmativen Züge nicht hinauskäme.

25 In eine vergleichbare Richtung hat 1991 in Kassel die Tagung »Mythen des Politischen: links-rechts« diskutiert: »links« und »rechts« stellen sich solcherarts als binäre Codierung dar, um einander wechselseitig zu bedingen. Allerdings ist noch nicht ausgestanden, dieses Tableau wechselseitiger Bedingung als »rechts« wahrzunehmen (der C.W. Mills'sche Begriff des »Establishments« weist in diese Richtung) – um das dann, wie auch immer, die oppositionellen Bewegungen situiert sind.

26 Mit Sicherheit ergibt sich aus einer Gesellschaft, die aus Dutzenden beherrschten Klassenströmungen konstituiert ist (und einigen, zunehmend anonymer gewordenen, herrschenden), ein Gebilde, das mit Adjektiven wie »rhizomatisch«, »dezentralistisch«, »molekular« kennzeichenbar ist. Dahinter wird nicht sobald ein Weg zurück führen – und möglicherweise überhaupt nie. Dennoch auffällig: In jenem Moment, wo Theorien wie die von Gilles Deleuze, Felix Guattari, Michel Foucault historisch authentisch werden könnten, sind sie schon wieder weithin aus den Diskursmoden verschwunden – ganz ohne, als ob auch noch der Umweg vermieden werden sollte, grundsätzliche gesellschaftliche Veränderungen jenseits der realsozialistischen Maschinerie zu thematisieren. Dabei ist es naheliegend, daß jede zentrale, jede molare, jede maschinelle Strategie – und von diesen werden genügend gespielt – nicht umhin kann, irgendwelche Klassenströmungen, Teilkulturen, Subkulturen zu unterdrükken, womit automatisch die Liste der Unterdrückten, Geknechteten, Entrechteten verlängert wäre.

27 Ausdruck der skizzierten Situation ist, daß unter den zeitgenössischen 50 linken Strömungen wohl kein Konsens darüber herzustellen sein wird, welche grundsätzlichen Normen (und entsprechenden »Forderungen«, wie dies wohl früher genannt worden wäre) unter dem Etikett »links« zu versammeln wäre. Ganz sicher bin ich mir, daß dieser Konsens noch nicht einmal innerhalb der AG SPAK gesichert sein wird. Dies war in Deutschland beim Golfkrieg zu sehen (nur einige Blütenlesen von der bellizistischen Seite: Wolfgang Pohst hat die atomare Bombardierung Bagdads empfohlen, Oliver Tolmein die Friedensbewegung unter Faschismus-Verdacht gestellt, Wolfgang Biermann immerhin noch, jenseits allen – wenn auch meist einflußlosen – Völkerrechts die Bombardierung der Zivilbevölkerung gefordert), ebenso in Österreich beim zeitgenössischen serbisch-bosnischen Krieg (dessen baldige internationale Ausweitung etwa vom Grün-Alternativen Peter Pilz sehr gewünscht wird, während der konservative Verteidigungsminister Fasslabend (im Gegensatz zum der gleichen Partei angehörenden Außenminister Mock) hierin eher bremst). Hinsichtlich der AG SPAK sei nur an den Konflikt beim 4. bundesdeutschen Gesundheitstag in Kassel zu erinnern.

28 Es hat hundert Jahre lang (ja: schon vor dem Realsozialismus) Mißverständnisse gegeben, und die rächen sich zunehmend. Als Formelkompromiß für die Linke wäre jahrzehntelang »Vergesellschaftung der Produktionsmittel« durchgegangen. Nur, daß jede/r etwas anderes darunter verstanden hat. Aus realsozialistischer Sicht war dies die Verstaatlichung mit extremer Hierarchisierung, zentraler Planung und Verwaltung – alle anderen Formen, insbesonders jene, bei denen die Bevölkerung wenigstens eine theoretische Chance hatte, mitzureden, galten ersterer ausdrücklich als minderwertig. Aus sozialdemokratischer Sicht war die Verstaatlichung durch Kommunalisierung und Gemeinwirtschaft garniert – die Enteignung der eigenen Wesenskräfte wurde allerdings nicht sehr viel weniger vorangetrieben. Die Sicht der »New Left« hieß »Vergesellschaftung ja – Verstaatlichung (von Ausnahmefällen abgesehen) nein«: Leider blieb sie, wenigstens im markroökonomischen Bereiche, abstrakt – wenn auch, wie ich schon wiederholt betont habe, mit Schneckenschritten, die gleichsam genossenschaftsförmige Alternative Ökonomie sich im Verlaufe der vergangenen Jahrzehnte allmählich ausgebaut hat (wenn auch in Permanenz durch das Oppenheimer-Syndrom – Anpassung oder Pleite – bedroht ist).

29 Ähnliches gilt für eine Reihe anderer Gegenstände. Erinnert sei an die ebenfalls jahrhundertealte Diskussion einer fortwirkenden Kaderpolitik, bis hin zur Entscheidung über Leben und Tod (etwa Rote Khmer) – zum anderen an die parallel laufende Beanspruchung (und gelegentlich auch interne Realisierung) von Moritz von Rittingshausen über Rosa Luxemburg bis hin zu Joseph Beuys. Unter dem Banner des Sozialismus sind, vom religiösen Fundamentalismus abgesehen, die repressivsten Restriktionen von Sexualität teils vorgeschlagen (selbst von Antonio Gramsci), teils durchgeführt worden – zum anderen sind die meisten wesentlichen Impulse zur sexuellen Befreiung von Linken ausgegangen. Aufklärung (bis hin zu ihrer Dialektik), Vernunft, Freidenkertum wurden bis zu einem Extrem vorangetrieben, das selbst schon religiöse Dimensionen angenommen hatte – zum anderen gab und gibt es kaum eine religiöse oder spirituelle Richtung, die nicht auch ihren linken, sozialistischen – oder was auch immer – Zweig ausgebildet hätte, welcher in einer Reihe von Kontexten entschiedener handelte als die »dialektisch-materialistischen« RealsozialistInnen und deren West-Anhang.

30 Es ist an der Zeit, zum vorläufigen Schluß zu kommen. Die Kräfte sind schwach und die Gefahr groß, mit Ansprüchen zu überfrachten. Daher will ich mich auf drei Momente möglichen zukünftigen Handelns konzentrieren:

31 So wenig der Realsozialismus, und dies auch in seinem Versuch, die Hegemonie unter der Linken außerhalb seines Herrschaftsbereichs zu erlangen, sich als konsensfähig erwiesen hat, so sehr sind doch durch seine bloße Existenz viele Diskussionen blockiert worden. Eine der Aufgaben wäre meines Erachtens etwa, schematisch gesagt, »von vorne zu beginnen«; etwa den Stand von und ab 1910 aufs Neue zu rezipieren, wie es schon 1950 der späte Karl Korsch empfohlen hatte. Dies betreffe beispielsweise August Bebel, die britischen Fabier, die Anarchisten und Anarchosyndikalisten (etwa die Industrial Workers of the World), die Projekte der Jugend- und Lebensreformbewegung, um nur einige zu nennen. Dies könnte weitergehen bis hin zu den Konzeptionen Ota Siks (bis vor 1989), zur Auswertung des Scheiterns der jugoslawischen Selbstverwaltung, der französischen Autogestion (des Program Commune der ersten Mitterrand-Regierung) und der tansanischen Vjamaa-Dörfer, sowie zum Utopievergleich bis in die Gegenwart hinein. Überhaupt wäre es hübsch, wenn endlich der theoretische Diskurs wieder ernstgenommen werden könnte, von welchem weg (auch in den Subkulturen) in den vergangenen 15 Jahren motiviert wurde – bis nunmehr glücklich große Teile der Diskussionszusammenhänge gründlich »verbraucht« sind.

32 Die zweite Aufgabe wäre, dem Kontext zwischen politischem Diskurs und den verschiedenen möglichen und realen Formen der Kreativierung wieder herzustellen. (Wiederum würde die Aufzählung dieser Formen, vom Hearing bis zum themenzentrierten Preisausschreiben vom Lesetheater bis zur Zukunftswerkstatt und gar ihrer auch nur ansatzweisen Vernetzung, wieder allein mehrere Seiten füllen können, weshalb ich es an dieser Stelle unterlasse).

33 Schließlich bezöge die dritte Aufgabe sich auf Programmatik und Praxis der Linken. (Und daraus auch noch die Detailaufgabe, was das für die AG SPAK heißen könnte). Hier muß ich ganz in Abstraktion bleiben, schon um nicht die Möglichkeit/Notwendigkeit einer Gemeinschaftsaufgabe abzuschneiden:

- Die Unterstützung jeder Entwicklung, die Ausgrenzung vermindert und nicht steigert.
- Die Unterstützung jeder Entwicklung, die die Schere zwischen Armen und Reichen soweit wie möglich schließt, und nicht öffnet; und dies, ohne beides gegeneinander auszuspielen, sowohl im nationalen wie im internationalen Maßstab.
- Die Erprobung einer Vielzahl genossenschaftsförmiger Vergesellschaftungsweisen sowie eines Netzes zwischen ihnen, bis es nicht nur Personen und Gruppen in relativ extremen Situationen, sondern einer jeder Person und Gruppe – in welchem Kontext sie sich auch immer befindet – möglich macht, in einer auf ihre Subjektivität zugeschnittenen genossenschaftsförmigen Vergesellschaftungsweise sich zu bewegen. Erst von da aus können Ansprüche auf gesamtgesellschaftliche Transformationsprozesse formuliert werden.
- Die Unterstützung aller reversiblen Entwicklungen, die Ablehnung aller irreversiblen Entwicklungen.

Damit wäre, fürs erste, genug zu tun. ●

BUCHBESPRECHUNG

Feuer in die Herzen

»Zu viele Linke überlassen es gelangweilt wenigen, sich mit Ökologie zu befassen«, so Jutta Ditfurth in ihrem neuen Buch, das sie als »Plädoyer für eine ökologische linke Opposition« versteht. Stimmt, dachte ich, und erinnerte mich an alte Diskussionen über wichtiges und unwichtiges, Haupt- und Nebenwidersprüche und die immer größeren Distanzen zu alten KampfgefährtInnen, die lieber Taxi fuhren und mich kritisierten, der ich so viel Zeit für ein Arbeits-Kollektiv »vergeude«.

Gen- & Reproduktionstechnologie, Renaissance der Atomtechnologie, Ökofaschismus und Esotherik und die neue Weltordnung sind ihre vier Oberthemen. Hier zeigt sie auch ganz deutlich, was sie sich vorstellt unter einer fundierten linken Analyse der heutigen Ökologiebewegung. Ökofaschismus und Esoterik hatte es mir als Kapitel gleich angetan, denn dort stellt sie Verbindungen her, analysiert die Versuche, das Ökologiethema z.B. innerhalb der Grünen von rechts zu besetzen bis es 81 zum Bruch mit Herbert Gruhl kam und schildert als Kennerin der Grünen, wie nahe sich viele dieser 81 unvereinbaren Positionen heute sind, wenn Antje Vollmer davon spricht, diese Risse wieder zu kitten.

Bahro, Langhans, und Capra tauchen auf, aber auch Steiner und die heutige Antroposophie bzw. Teile davon und, indem sie aufzeigt, wer sich auf wen beruft oder wo publiziert, wird sichtbar, daß einzelne Meinungen und Äußerungen anhand dieser Verbindungslinien plötzlich in anderem Licht erscheinen. Da taucht in einem Interview mit R.Langhans die »Rasse« wieder auf und viele andere Begrifflichkeiten aus der »New« Age Bewegung, die den Begriff »Ökofaschismus« durchaus nachvollziehbar machen und alles andere wie »New« sind.

Bemerkenswert an dieser Analyse und Zusammenstellung ist ansonsten, daß wieder mal bewiesen wird, daß Sachbücher nicht langweilig sein müssen und daß alles, was Jutta Ditfurth bearbeitet hat, der brandaktuelle Stand der Diskussion ist. Das Buch ist im September erschienen – das letzte Pressezitat stammt aus dem August.

Bleibt mir nur noch, zu überlegen, wo ich nun den IBM-Vorzeigemanager John Horman einordne, den ich hier letztes Jahr um diese Zeit anhand einer Publikation noch begeistert rezensiert habe..? ●

küma

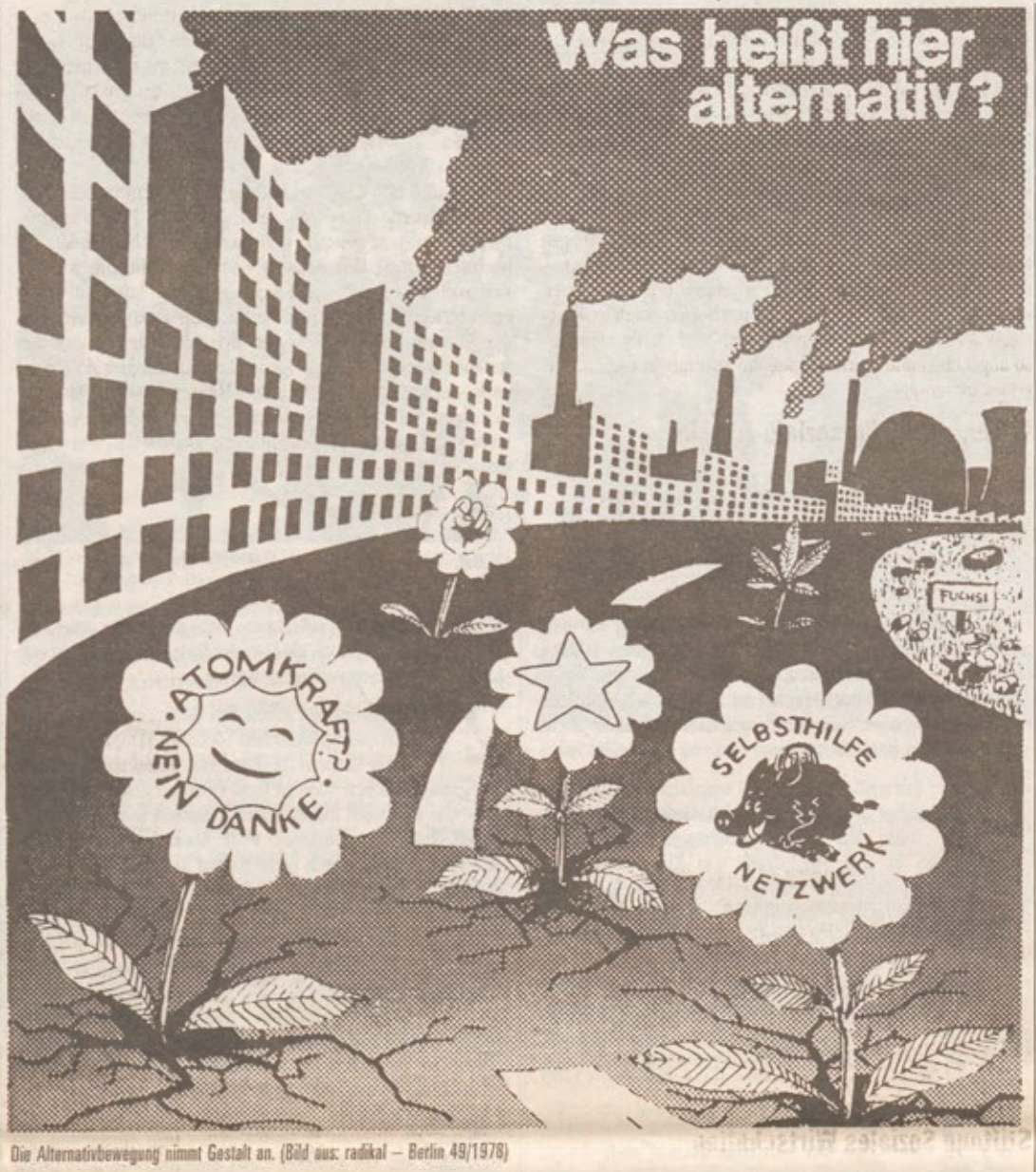
Jutta Ditfurth, Feuer in die Herzen, Carlsen Hamburg; 335 Seiten, 36,– DM

GESCHICHTE DER ALTERNATIVEN BEWEGUNGEN

100. AUSGABE

»Mosaik in Aktion«

Alternative Bewegungen sind Wellenbewegungen; sie entwickeln sich und werden an Drehpunkten der Geschichte oftmals wieder zerschlagen oder kriminalisiert – sie kommen und gehen, wie der u.a. sozialpolitisch engagierte Autor die letzten Jahrzehnte beschreibt. Doch allen ist gemeinsam, daß sie den Strukturprinzipien Alternativer Ökonomie unterliegen, also andere – eben alternative – Gebrauchswerte schaffen und die Menschen auf nicht-hierarchische Weise zusammen leben und arbeiten wollen – und folglich potenzielle CONTRASTE-LeserInnen sind.



Die Alternativbewegung nimmt Gestalt an. (Bild aus: radikal – Berlin 49/1978)

Rolf Schwendter, Redaktion Heidelberg ● Die Geschichte der alternativen Bewegungen stellt sich zunächst in den vergangenen beiden Jahrhunderten als eine ständige Wellenbewegung dar. Soziale Bewegungen, die sich bekanntlich aus verschiedenartigen Subkulturen, Teilkulturen, Drehpunktpersonen und Drehpunktinstitutionen zusammensetzen, sind in ständigen Umkombinationen begriffen: ein Mosaik in Aktion, ein Kaleidoskop. In langfristigen Phasen wirtschaftlichen Aufschwungs neigen sie dazu (wie die sie tragenden, vorhin erwähnten, strukturellen Fragmente), zurückzugehen, ihre Aktivitäten einzuschränken, sich aufzulösen – wie sie auch an den Drehpunkten der Geschichte (zwischen Aufschwung und Strukturkrise, zwischen Strukturkrise und Aufschwung) oft genug zerschlagen und kriminalisiert worden sind. Die Arbeiterinnenbewegung, um mit der in der Vergangenheit bedeutsamsten alternativen Bewegung zu beginnen, wurde weitgehend 1848, teilweise 1871 (Pariser Commune), 1921-1940 (Faschismus) zerschlagen, entstand zunächst jeweils neu (und verstärkt), – nach 1945 zerfiel sie (weitgehend auf Grund zwischenzeitlich erfolgter weitgehender Veränderungen der Maschinerie) allmählich, wenn auch mit unbestreitbaren starken regionalen, hegmonialen und nationalen Ungleichzeitigkeiten. Die Frauenbewegung, wie auch die Friedensbewegung, bestanden bereits vor 1914 – nicht zufällig ist von einer »neuen Frauenbewegung« (ca. ab 1963-1969), wie auch von einer »ersten, zweiten, dritten .... Friedensbewegung« die Rede. Wiewohl gerade bei alternativen Bewegungen die Neigung häufig ist, im Überschwange der je eigenen Aktivitäten die historischen Grundlagen (Kontinuitäten wie Brüche) zu vernachlässigen oder an minoritäre Strömungen zu delegieren (z.B. Archive, Geschichtswerkstätten), ist die Bedeutung bestehen gebliebener geschichtlicher Unterströmungen nicht zu unterschätzen. Bei der ökologistischen Bewegung beispielsweise ist meines Erachtens die Frage zu stellen, inwieweit ihre Quellen zu den US-amerikanischen Populisten von 1890, zur Jugend- wie zur Lebensreformbewegung, zu den Naturfreunden, zu Naturschutz- und Denkmalschutzbestrebungen um die vorige Jahrhundertwende zurückreichen.

Für CONTRASTE, um dies anläßlich ihres Jubiläums zu bedenken, sind alternative Bewegungen aus wenigstens zwei Gründen bedeutsam:

- Solange sie alternative Bewegungen sind (d.h. sich noch nicht an die bestehenden Gesamtgesellschaften angepaßt haben), praktizieren sie alternative Ökonomie;
- solange sie alternative Bewegungen (soziale Bewegungen mit progressiv-subkulturellen Momenten) sind, verwalten sie sich, unabhängig von ihrer besonderen Rechtsform, selbst.

Von HonoratiorInnenbewegungen ...

Im Übrigen bestehen jenseits der skizzierten Kontinuität große Differenzen innerhalb der Altersgenerationen, die die Wellenbewegungen jeweils gestalten – abhängig sowohl von den langfristigen zyklischen wirtschaftlichen Verläufen und dem von diesen jeweils produzierten »Zeitgeist«, als auch von Veränderungen, die sich innerhalb und zwischen den Klassenströmungen, wie auch in den Dialektiken zwischen den Generationen selbst, ergeben. Konkret weist sich dies an den politischen Verfahrensweisen, Technologien und inhaltlichen Schwerpunktsetzungen aus: Die traditionelle Friedensbewegung war weitgehend eine HonoratiorInnenbewegung, d.h. in ihr übertrafen häufig die Drehpunktpersonen die progressiven Subkulturen. Sie war zentriert um (durch den 1. Weltkrieg teils desavouierte, teils erst recht hervorgetriebene) Parolen, wie »Die Waffen nieder!« (Bertha von Suttner), und um Aufrufe und Kongresse. Demgegenüber erregten Gründungen, wie die der »War Resisters International«, zwar Aufsehen, blieben indes ohne Massenwirkungen.

Die »zweite Friedensbewegung« (ca. 1955-1970) legte inhaltlich ihren Schwerpunkt auf die seit 1945 ins Bewußtsein getretene globale atomare Bedrohung (Kampf dem Atomtod, Ostermärsche...). Ihre subkulturelle Ausprägung hatte sich erheblich verbreitert (von den Quäkern bis zum libertären »Committes of 100«); als Verfahren traten die Demonstration, der Tafelmarsch (ein Gänsemarsch lebendiger Litfaßsäulen) und das Sit-In in den Vordergrund.

Die »dritte Friedensbewegung« (ca. 1979-1986) hatte, nebst der Auseinandersetzung um den Rüstungswettlauf, auch neue Gegenstände zu bewältigen (Totalverweigerung, Friedenspädagogik), wobei der Zusammenhang noch breiter geworden war: An Verfahren sind die als BürgerInnenversammlung bezeichnete Großdemonstration, die Menschenkette etc. hinzugekommen (die umfangreichen SchülerInnenaktionen gegen den Golfkrieg haben angedeutet, daß eine »vierte Friedensbewegung« in einigen Jahren durchaus denkbar wäre).

... zu Netzwerken

In ähnlicher Weise hat die ökologische Bewegung im Laufe der Jahrzehnte innoviert – kurz gefaßt, wäre dies die Entwicklung von den Idealvereinen über freie Initiativen (etwa von den Provos 1965 ausgehend), anschließend den BürgerInneninitiativen, zur grünen Partei und nach deren ansatzweiser Versteinerung wieder zurück zu übergreifenden Vernetzungsstrukturen, wie die sich rasch ausbreitenden jugend- und umweltpolitischen Foren bzw. den SchülerInnenaktionen Umwelt (SAU).

Aus Platzmangel übergehe ich hier die Geschichte der Frauenbewegung – zumal es mir ohnehin sinnvoller erschiene, wenn diese von einer Frau geschrieben würde – doch scheint die Tendenz eine vergleichbare: Von honoratiorinnenorientierten Ein-Punkt-Bewegungen – z.B. Frauenwahlrecht – zu Netzwerken, die letztlich, wenn auch arbeitsteilig, die Totalität weiblichen Lebens umfassen. Eine Reihe von kleinen alternativen Bewegungen muß hier ebenso außen vor bleiben (z.B. Schwule, Behinderte/Krüppel, Psychiatrierte, »Sozialbewegung« – wie sie in Österreich tatsächlich hieß –, Solidarität mit der Dritten Welt), auch wenn ich persönlich, da im sozialpolitischen Bereich tätig, dies bedauere (bei aller Wichtigkeit der Ökologie entsteht ein bedauerliches Ungleichgewicht etwa dadurch, daß Greenpeace in Deutschland 700.000 Fördernde aufweist, während die Sozialpolitische Gesellschaft derzeit 200 hält).

Zwei Sonderfälle entstehen: zum einen durch Segmente professionsbezogener Bewegungen, die letztlich in ihrem Felde jeweils, und sei es auf Zeit, die Nachfolge der ArbeiterInnenbewegung angetreten hatten. Hierzu zählte etwa die zeitgeschichtlich bedeutende StudentInnenbewegung (zeitweilig gefolgt von einer SchülerInnen- und Lehrlingsbewegung) zwischen 1967 und ca. 1980, zu deren Verdiensten es zählte, die Idee und Praxis der Selbstverwaltung revitalisiert zu haben. Zum anderen gab und gibt es alternative Bewegungen die, mit einem gewissen Sinn für Ironie, als Meta-Bewegungen bezeichnet werden könnten. Beispielsweise mag dies für die Gesundheitsbewegung gelten: Nicht zufällig wiesen die bundesweiten Gesundheitstage Arbeitsbereiche für Ökologie, Frauen, Frieden, Schwule, Psychiatrisierte, 3. Welt und Behinderte auf – die gesamte Totalität alternativer sozialer Bewegungen war also hier versammelt (ergänzt durch die schmale professionsbezogene Bewegung alternativer Ärzte und Ärztinnen).

Strukturprinzipien Alternativer Ökonomie

Schon aus dem bisher Gesagten wird deutlich – und darum habe ich auch konsequent von »alternativen Bewegungen« geschrieben – daß die Rede von der »Alternativbewegung« wenig Sinn macht. Vielmehr unterliegen, wie erwähnt, alle alternativen Bewegungen den Strukturprinzipien alternativer Ökonomie, von der Erfordernis der Raumanmietung, der Portokasse etc., bis hin zur Einrichtung von Arbeitsplätzen und zu Produktionsmittelinvestitionen: Sie bemühen sich, andere Gebrauchswerte zu schaffen und auf nicht-hierarchische Weise sich zu vergesellschaften; beides geht zumeist schon aus den inhaltlichen Normen und Neigungen progressiver Sozialer Bewegungen hervor. Zum anderen sind sie, schon ihrer politisch-oppositioneller Positionen wegen genötigt, zumeist unter den Bedingungen hoher Selbstausbeutungsraten zu arbeiten, usw.

In der Tat ließen sich – und das werden die Leser und Leserinnen dieser Zeitschrift sicherlich wissen – die seit 1967 entstandenen alternativen Projekte unschwer bestimmten sozialen Bewegungen zurechnen. Beginnend mit der Ökonomie der StudentInnenbewegung (z.B. Buchläden, Druckereien, Verlage...) und ihren Bedürfnissen, auch mit anderen Sub- und Teilkulturen sich zu treffen (z.B. Zentren, Tagungshäuser), entfaltet sich der Mainstream alternativer Ökonomie Hand in Hand mit der Frauenbewegung (Frauenzentren, -buchläden, -cafés...) und insbesondere der Ökologiebewegung (z.B. Fahrradläden, ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Genossenschaften, Energieläden, ökotechnologische Professionsgenossenschaften). Hinzutreten, und dies im Zuge fortschreitender Verelendung vermehrt, Projekte mit sozialpolitischen Hintergründen (Gruppenpraxen, Arbeitsloseninitiativen, -selbsthilfen, -verband, Konkursbetriebe, Therapeutische Wohngemeinschaften, Weglaufhäuser, Soziale Selbsthilfen), wie auch solche, die ökologische und sozialpolitische Gesichtspunkte miteinander verbinden (z.B. ländliche Kommunen).

Aussagen zur Zukunft alternativer Bewegungen sind aus strukturellen Gründen schwer zu machen, da dies von der – grundsätzlich nicht prognostizierbaren – Subjektivität der Handelnden abhängig ist. Die sehr allmählich in die Gänge kommende Gegenbewegung zu den auftretenden rassistischen und rechtsextremen Tendenzen (mit der eindrucksvollen methodischen Innovation der Münchner Lichterdemonstration vom 6.12.92) läßt allerdings erwarten, daß es mit weiteren alternativen Bewegungen, wie mit neuen Wellen, noch lange nicht zu Ende sein wird. ●

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

100 Jahre Selbstverwaltung?

100. AUSGABE

Das kann doch nicht alles gewesen sein!

CONTRASTE »wird 100« und hat damit – Dieter sei's gedankt – ihren eigenen Existenzgrund überlebt, die Selbstverwaltungsbewegung, deren Kommunikations- und Manifestationsorgan sie hatte sein sollen. Denn diese »Bewegung« ist nach längerem Siechtum heute mindestens scheintot.

Von Karl Bergmann, Redaktion Heidelberg ● Dabei sah es zur Zeit der CONTRASTE-Gründung bei der Projektemesse 1986 ganz danach aus, als mache sich die Selbstverwaltung tatsächlich an den Aufbau einer ernstzunehmenden »Wirtschaft von unten«. Das öffentliche Interesse an der Selbstverwaltung hatte einen Höhepunkt erreicht. Schwerpunktthemen der Messe waren die erweiterte Vernetzung zu selbstverwalteten Wirtschaftsverbänden und die bevorstehende Gründung der Ökobank als Katalysator erweiterter Entwicklungsmöglichkeiten: Warum sollte es nicht möglich sein, aus den vielfältigen und dennoch zufälligen und vereinzelten Ansätzen in Nischen zielgerichtet einen Gegenentwurf für »alternatives«, nämlich ökologisches, selbstverwaltetes und sozial verantwortliches Wirtschaften zu machen?

In diesen gedachten Kontext hinein entstand CONTRASTE – nicht zufällig zunächst als »Wandelsblatt« mit auch optischer Anspielung auf das Flaggschiff der etablierten Wirtschaft.

Große Pläne ...

Angesichts des offensichtlich vorhandenen großen Informations- und Mitteilungsbedürfnisses innerhalb der Szene und in das Sympathisanten-Umfeld hinein und angesichts der nach wie vor sehr kontrovers und engagiert geführten Ökobank-Diskussion schien das Projekt solide begründet. Die Netzwerke könnten auf ihre eigenen Rundbriefe verzichten und stattdessen mit minimiertem Zeit- und Geldaufwand als regionale Redaktionen des gemeinsamen Informations-und Diskussionsorgans fungieren. So wäre einerseits sichergestellt, daß die von den verschiedenen Netzwerken ausgehenden Diskussionsimpulse bundesweit zur Kenntnis genommen würden, andererseits wären die Netzwerk-Mitglieder über ihren Mitgliedsbeitrag quasi automatisch CONTRASTE-AbonnentInnen, was bei der überall vorhandenen Bereitschaft zu ehrenamtlicher Tätigkeit die wirtschaftliche Tragfähigkeit von CONTRASTE von der Stunde Null an sichergestellt hätte.

Entsprechende Möglichkeiten bestanden bei der Ökobank, die ihre zigtausend Vereinsmitglieder und Kunden regelmäßig informieren mußte. Tat sie dies nicht wieder über ein eigenes Medium, sondern in der Form einer redaktionell eigenständig erstellten Beilage für CONTRASTE, so würde einerseits das Ökobank-Umfeld über den CONTRASTE-Hauptteil mit der Realität, den Erfolgen und Schwierigkeiten der existierenden Betriebe konfrontiert, andererseits würden die Ökobank-Kritiker und -Ignoranten beständig und aus erster Hand über die Entwicklung der Ökobank informiert. Dies alles wiederum mit wesentlich geringerem Kosten- und Zeitaufwand und wiederum mit dem Effekt der wirtschaftlichen Absicherung von CONTRASTE, die sich auf diese Weise relativ sorgenfrei zu einer Art Wirtschafts-TAZ hätte entwickeln können.

... aber ...

»Mein Verein, der ist zwar klein, aber mein«. Netzwerke sind Vereine und Vereine haben Vorstände und diese Vorstände stellen was dar in der Provinz. Das gilt es zu erhalten. Und jeder Versuch, dieses Provinzfürstentum im Interesse von etwas Größerem anzubaggern, wird mit äußerstem Mißtrauen beäugt und nach Möglichkeit abgewehrt. Und so wird der eigene Netzwerk-Rundbrief weitergeführt und weitergeführt, bis ... ja, bis es irgendwann keine Mitglieder mehr gibt, weil die Beschäftigung mit der Provinz einfach zu langweilig geworden ist. No future.

Und die Ökobank erkennt natürlich sofort, daß ein Einbetten in CONTRASTE auch eine öffentliche Kontrolle darstellen würde (denn schließlich würden die Kunden und Mitglieder auch mit Kritik an »ihrer« Bank konfrontiert) und beschließt, ein eigenes Blättchen herauszugeben, Ökorrespondenz, eine Jubelpostille, in der nur Erfolge und bescherte Betriebe, strahlende Gesichter und bei Abstimmungen hochgereckte Hände vorkommen – stop, gelogen, da sind ja auch noch die Artikel zur Ökobank-eigenen Fußballmannschaft. Glatt (bis) zum Einschlafen.

Die Zukunft von CONTRASTE ...

... ist die Zukunft dieser »Bewegung«, die kaum noch zuckt, wohl auch weil die, die für Bewegung gesorgt haben, das Interesse verloren haben. Nein, es sieht nicht gut aus für CONTRASTE.

Mir zum Beispiel macht die Selbstverwaltung schon lange keine schlaflosen Nächte mehr. Nüchtern muß ich feststellen, daß sie als betriebliches Organisationsprinzip den Komplex Krebsmühle an den Rand des Konkurses gebracht hat und ernüchtert, daß die vielen selbstverantwortlichen Selbstverwalter in dieser Situation den Laden eiligst den Letzten überließen, um nicht selbst von den Hunde gebissen zu werden. Das schon sichere Schicksal der Krebsmühle konnte nur deshalb abgewendet werden, weil wir den Mut fanden, unsere eigene Ideologie zu überwinden und zu berechenbarer Geschäftsführung überzugehen.

Im Endeffekt habe ich persönlich in den bald 18 Jahren Selbstverwaltung im Kontext ASH/Krebsmühle eine Menge Energie aufgewendet, um 200 bis 300 Leuten zu ermöglichen, einmal kollektive Betriebsführung zu spielen. Was die meisten mit diesen Erfahrungen auf ihrem weiteren Lebensweg angefangen haben, ist mir unbekannt. Bekannt ist mir hingegen, was das für mich bedeutet hat. Ich verfüge heute über einen reichen Erfahrungsschatz im Krisenmanagement, denn damit war ich die letzten Jahre intensiv beschäftigt, während nebenan die ganze Welt aus den Fugen geriet.

Man möge es mir nicht verdenken, wenn ich keinerlei Lust mehr verspüre, so weiterzumachen. Betriebsführung und betriebliche Entwicklung ist eine Sache. Sie erfordert Kompetenz und Überblick. Aber sie ist nicht die Sache an sich. Und daher kann ich es nicht als meine Lebensaufgabe betrachten, immer wieder neu dafür sorgen zu müssen, daß andere den Überblick gewinnen, um dann kompetent plenar die notwendigen Geschäftsführungsangelegenheiten behandeln zu können – was sowieso nur in wenigen Fällen gelingt. Dieses Verfahren erscheint mir heute nicht nur zu uneffektiv, sondern angesichts der real vorhandenen gesellschaftlichen Probleme ebenso abgehoben und weltfremd wie die Therapie in einer Selbsterfahrungsgruppe.

Wirtschaften für soziale Zwecke

Einmal vorausgesetzt, daß in den ehemals oder immer noch selbstverwalteten Betrieben die Frage nach dem Produkt (ökologisch sinnvoll, sozial verantwortlich) nach wie vor positiv beantwortet werden kann, daß der Umgang mit Ressourcen nach wie vor ein Thema ist, dem man sich verantwortlich stellt, daß die innerbetrieblichen Weichenstellungen nach wie vor nach Diskussion und soweit möglich konsensual erfolgen, ist die viel interessantere Frage doch die nach der Verwendung der Gewinne, so sie denn anfallen.

Es kann natürlich Zufall sein (oder Resultat einer erst noch notwendigen langwierigen Umstellung aus der Ideologie des »Kostendeckungsprinzips«, in dem ja »prinzipiell« keine Gewinne anfallen), daß über die Gewinnverwendung im Kontext der jahrelangen Selbstverwaltungsdebatten nie gesprochen wurde. Mir ist nur eine Diskussion aus Kreisen der anthroposophischen »Aktion Dritter Weg« bekannt, die dieses Thema unter dem Stichwort der Festsetzung von Lohnobergrenzen zumindest berührt hat. Und ich weiß noch genau, daß sich die Diskussion um Lohnobergrenzen (geführt im Zusammenhang der Ökobank-Gründung als potentielles Förderkriterium bei selbstverwalteten Betrieben) nicht durchführen ließ. Wo es um's Eingemachte geht, nämlich um die eigene Kohle, da ist der neue BMW (aber ja doch: geleast) doch näher als der verhungernde Afrikaner – oder nicht?

Alle, für die dies nicht gilt, könnten sich vom folgenden Szenario angesprochen fühlen.

Stiftung Soziales Wirtschaften

Eine der vielen Zukunftswerkstätten zum Thema »Wie weiter mit der Selbstverwaltung« kommt zu dem Ergebnis, daß eine Sackgasse bei allen möglichen taktischen und rhetorischen Schlenkern doch eine Sackgasse bleibt und daß deshalb, um da nämlich rauszukommen, auf der Grundlage erneuerter Gemeinsamkeit endlich wieder praktisches Handeln angesagt ist. Als tragfähige gemeinsame Basis kann unschwer und zweifelsfrei das soziale Engagement ausgemacht werden, das Linken ja sowieso in die Wiege gelegt ist. So ist man sich einig, daß sowohl weltweit als auch bezogen auf dieses unser Land sozial gesehen mehr als nur einiges im argen liegt. Bei allen Einschränkungen (»können doch nicht das Sozialamt ersetzen«, »Tropfen auf den heißen Stein«) wird der Wunsch erkennbar, auf diesem Feld gemeinsam aktiv zu werden, schon allein deswegen, weil damit die Zusammenarbeit mit den anderen, an der alle »irgendwie« hängen, fortgesetzt werden kann, ohne daß man ständig dieses Gefühl von Sinnlosigkeit und vertaner Zeit dabei hat.

Ohne sich nun zunächst darüber auseinanderzusetzen, wo mit welchen Mitteln am dringendsten geholfen werden könnte, wird zunächst überlegt, wie man ein solches Vorhaben organisatorisch langfristig absichern könnte. Irgendwer kommt auf die Idee, dazu eine Stiftung zu gründen. Nach einigem Hin und Her um das Problem der staatlichen Kontrolle via Stiftungsaufsicht kommt man zu der Erkenntnis, daß dies so wild nicht werden könne und zumindest nicht als prinzipieller Hinderungsgrund anzusehen sei.

Somit stellt sich die Frage, wo denn die Mittel für eine solche Stiftung herkommen sollten, und zwar einerseits die 100.000 DM an Gründungsmitteln und andererseits die laufenden Mittel für die Arbeit der Stiftung.

Kapitalneutralisation?

»Wäre das nicht überhaupt eine Methode, endlich mal sinnvoll mit dem Problem der immer gewollten und schwer zu organisierenden Kapitalneutralisation umzugehen?«

Die Frage leuchtet unmittelbar ein. Die diversen Gebäude und Grundstücke, in denen sich der in etlichen Jahren (trotz) Selbstverwaltung geschaffene Wert widerspiegelt, könnten gestiftet werden und wären damit unmittelbar vergesellschaftet. Das hier gebundene Kapital wäre neutralisiert und würde seinen bisherigen Zweck dennoch weiterhin erfüllen, als Sicherheit für notwendige Kredite zu dienen. Sicherheitsgeber (Bürge) wäre in diesem Fall die Stiftung, das Prozedere müßte in der Stiftungssatzung verankert werden. Würde die Stiftung entsprechend »gefüttert«, wäre sie vermutlich von der damit geschaffenen Potenz her ein wesentlich solventerer Bürge als es das einzelne Projekt mit seinem nicht neutralisierten Eigentum sein kann.

Die Überlegung, in der gleichen Weise könnten ja auch die Produktionsmittel der sich beteiligenden Betriebe übertragen werden, wird nach dem Einwand, daß diese ja in den betrieblichen Bilanzen benötigt werden, nicht weiter verfolgt.

Gewinnabführ-Verträge

Stattdessen beschäftigt man sich mit dem weit wichtigeren Punkt, den Erträgen der Stiftung für ihre laufende Arbeit. Hier kommen nun die Betriebe in's Spiel. Nachgedacht wird darüber, ob und wie sich Verträge gestalten lassen, die – einmal ratifiziert – die beteiligten Betriebe verpflichten, einen bestimmten Prozentsatz ihrer Gewinne an die Stiftung abzuführen. Denkmodell ist dabei einmal, die Stiftung via Schenkung mit dem vorgesehenen Prozentsatz einfach am Unternehmen zu beteiligen. Oder aber die Gestaltung von privatrechtlichen Verträgen, in denen sich die Gesellschafter zu regelmäßigen Transfers verpflichten.

Man wird sich darüber klar, daß bei den Anwesenden das steuertechnische Know-How fehlt, um diese Fragen hinreichend kompetent bearbeiten zu können und beschließt, zur nächsten Sitzung Gert Behrens einzuladen. Mit ihm würden sich auch andere wichtige Fragen bearbeiten lassen, die jetzt offen bleiben müssen. Etwa die nach der Zusammensetzung des Stiftungs-Beirates. Wir kann man sicherstellen, daß der stiftende Betrieb dann auch tatsächlich Einfluß darauf nehmene kann, was mit den gestifteten Mäusen passiert? Wie läßt sich der Verwaltungsaufwand minimieren, sodaß die Kohle nicht stiftungsintern verbraucht wird, sondern dahin gelangt, wofür sie bestimmt war? Usw.

Alles Quatsch?

Etwa so – und mindestens so unausgegoren – wie in dem Szenario dargestellt spuken uns hier in der Krebsmühle seit etwa zwei Jahren Gedanken um eine Stiftung durch den Kopf.

Nicht, weil wir jetzt partout eine Stiftung wollten, sondern weil wir darüber nachdenken, wie sich einmal möglichst viel von unseren ursprünglichen Ansätzen (und der Gründungsansatz hatte ja nicht nur mit Selbstverwaltung als betrieblicher Organisationsform zu tun) in einer tristen Zeit bewahren und in eine hoffentlich lebendigere und optimistischere Zukunft übertragen lassen könnten.

Das ist zum Beispiel das Eigentum am Gelände der Krebsmühle, an dessen Erwerb mit ihrer Arbeitsleistung viele mitgebastelt haben und das nach stets erklärter Zielsetzung niemals privates Eigentum werden soll. Der derzeitige Zustand (das Gelände ist Eigentum eines von uns geführten gemeinnützigen Vereins) erscheint uns höchstens als – sozusagen halbprivate – Zwischenlösung.

Aber auch die Betriebe fangen an, schwarze Zahlen zu produzieren. Und es war nie und ist auch heute nicht beabsichtigt, Gewinne in Form von stetig wachsenden Löhnen oder als Unternehmer-Gewinne zu privatisieren. Also suchen wir nach Lösungen, die uns einerseits erlauben, weiter produktiv zu wirtschaften (weil das unter anderem auch Spaß macht), andererseits dabei kein schlechtes Gewissen zu kriegen (und die Fernsehbilder von Jugoslawien oder Afrika lassen sich einfach nicht verdrängen). Sicherlich bleibt die Möglichkeit privater Spenden – dies jedoch scheint uns privatistisch und unpolitisch.

Zudem gehört zu den ursprünglichen Denkansätzen, die Wirtschaft und das Wirtschaften nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zum Zweck zu begreifen. Früher haben wir mit Betriebsgewinnen unser Theater ARENA, also Kultur subventioniert; heute würden wir gerne neue Ansätze finden, unser Wirtschaften mit kulturellen und/oder sozialen Ansätzen zu verbinden. Dabei ist uns nicht mehr daran gelegen, dieses »Andere« dann auch selber zu machen. Im Gegenteil erhoffen wir uns in der Verbindung mit kulturellen oder sozialen Projekten eine Erweiterung unseres Horizonts, Vernetzung und Gemeinsamkeit.

Die Stiftung – über deren organisatorische Augestaltung wir uns tatsächlich noch keine Gedanken gemacht haben – begreifen wir dabei als Vernetzungs-Rahmen. Inhalt der Zusammenarbeit ist die Verwaltung von Mitteln, die sich wie beschrieben aus betrieblichen Überschüssen bilden. Außerdem sind natürlich Spenden von Privatpersonen (denkbar wäre ein Umfeld wie etwa bei den Netzwerken) nicht ausgeschlossen wie überhaupt auch deren Teilnahme an der Arbeit einer solchen Stiftung.

Die möglichen Aufgaben einer solchen Stiftung sehen wir vielfältig. Das reicht von der Erweiterung der Basis (Unterstützung weiterer Unternehmen, die sich wie beschrieben beteiligen wollen) über die direkte Unterstützung bestehender Gruppen im sozialen/kulturellen Bereich bis hin zu selbständigem Engagement etwa in der »Entwicklungshilfe«. Schön wäre z.B. die Patenschaft für Projekte in der »Dritten Welt«, alldieweil das wieder was mit Wirtschaften zu tun hat, einem Gebiet also, wo wir uns auskennen und möglicherweise über Geldtransfers hinaus aktiv werden können.

»Da macht doch keiner mit«

Das ist möglich. Das mit dieser Idee keine Massenbewegung zu inszenieren ist, ist uns klar. Schließlich geht es um Kohle und Verzicht auf Kohle – vordergründig. Wir halten aber für möglich, daß es noch andere Betriebe aus dem selbstverwalteten Spektrum gibt, die – angesichts der politischen Öde – notgedrungen die letzten Jahre auf's Wirtschaften beschränkt waren, die die Zeit wie wir immerhin dazu genutzt haben, ihren Laden auf die Reihe zu kriegen und die es ebenfalls leid sind, in endlosen Debatten einer Bewegung nachzutrauern, die es – seien wir mal ehrlich – eigentlich immer nur im Wunschdenken gab. An echten gemeinsamen Inhalten hat es schon immer gemangelt. Uns sind nach allen Erfahrungen der Vergangenheit die zwei, drei Betriebe, die wirklich Ernst machen wollen und nicht nur daherschwätzen, lieber als die vielen, bei denen man sich dann doch nicht auf was Konkretes einigen kann.

Wer also Lust hat, ernsthaft über ein gemeinsames Vorgehen nachzudenken, möge sich in der Krebsmühle bei Regina, Bine oder Karl melden. Telefon 06171-76088, Telefax 06171-79921.

Vielleicht ist der Zug für ein modellhaft anderes Wirtschaften noch nicht abgefahren. Und vielleicht gewinnt in einem neu gedachten Umfeld auch CONTRASTE neuen Sinn?

RUNDBRIEF ALTERNATIVE ÖKONOMIE

Jetzt preiswert zum Probieren

Der viermal jährlich erscheindende »Rundbrief Alternative Ökonomie« begleitet die vom Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie veranstalteten Seminare. Er enthält sowohl Vorbereitungsmaterial zum jeweiligen Thema wie auch die Protokolle der Veranstaltungen. Außerdem finden sich hier Texte von TAK AÖ-Mitgliedern und zum Themenkreis gehörende (Zeitungs-)Artikel.

Da Publikationen nicht besser werden, wenn sie auf Dachböden verstauben, haben wir uns zu einer Verkaufsaktion entschlossen: Jeder Rundbrief ist gegen Versandkosten (pro Rundbrief 1,20) zu bestellen bei Andrea Gerth, Löwenstr. 8, 6800 Mannheim 51 (bitte Betrag in Briefmarken beifügen!).

Wer sich darüber hinaus für die aktuelle Diskussion im TAK AÖ interessiert, kann AbonentIn des Rundbriefes werden (28,– DM für vier Ausgaben, zu überweisen auf das Konto Nr. 135408-671 beim Postgiroamt Ludwigshafen, BLZ 545 100 67 – bitte Absenderanschrift nicht vergessen!).

Lieferbare Rundbriefe :

RB 45 – 5/88	10 Jahre TAK AÖ – eine spielerische Themenrevue (Protokolle) Nachträge zum 10-Jahres-Kongress in Arnoldshain (Prot.)
RB 48 – 3/89	Perspektiven öffentlicher Förderung selbstorganisierter Projekte und selbstverwalteter Betriebe (W. Beywl) Selbstverwaltete Betriebe – eine Herausforderung für die Soziologie (W. Jäger)
Tagungszeitung 1989	Theorie der Selbstverwaltung (Prot.). Genossenschaften und Selbstverwaltung in Europa (Prot.) Organisationsstrukturen sozialer Selbtverwaltungsprojekte (Prot.) ABM (Prot.) Tanz (Prot.)
RB 49 – 4/89	Kommunen (Vorbereitungsmaterial
RB 51 – 1/90	Zwischen Markt und Plan – Kooperativen in Osteuropa (Vorb.mat.) Kommunen (Prot.)
RB 52 – 2/90	Gewerbehöfe (Vorb.mat) Zwischen Markt und Plan ... (Prot.)
RB 53 – 3/90	Zukunft der Selbstverwaltung (Vorb.mat.) Branchenvernetzung ökologischer Betriebe (Vorb.mat.) Auf dem Weg zu einem Anderen Europa (Vorb.mat.) Gewerbehöfe (Prot.)
Tagungszeitung 1990	Zukunft der Selbstverwaltung (Prot.) Mindesteinkommen (Prot.) Branchenvernetzung ... (Prot.) Theorie der Selbstverwaltung (Prot.)
RB 54 – 4/90	Erfahrungen der Alternativen Ökonomie mit der AL/SPD-Koalition in Westberlin (Vorb.mat.)
RB 55 – 1/91	Genossenschaften in der ExDDR (Vorb.mat.) Zukunftsforschung in Gruppen – der responsive Ansatz (W. Beywl) Zwischen Effizienz und Demokratie (W. Jäger)
RB 56 – 2/91	Betriebliche Selbstverwaltung im Film oder Wie müßten Filme zur Selbstverwaltung aussehen? (Vorb.mat.) Genossenschaften ... (Prot.)
RB 58 – 4/91	Spanische/baskische Kooperativen (Vorb.mat.) Selbstverwaltung im mittelgroßen Betrieb – Fazit einer empirischen Untersuchung (Th. Hardwig)
RB 59 – 1/91	Professionsgenossenschaften und Intellektuellenkollektive – fortschrittsfähige Unternehmenformen in der Dienstleistungsgesellschaft? (Vorb.mat.) Spanische/baskische Kooperativen (Prot.)
RB 60 – 2/92	NLP und Zukunftswerkstatt (Vorb.mat.) Professionsgenossenschaften ... (Prot.)
RB 61 – 3/92	Forschen und Wirtschaften (Vorb.mat.) Nachwuchsakademie (Prot. zu MLP und Zukunftswerkstatt)
Tagungszeitung 1992	Wirtschaften (Prot.) Forschung und Beforschte (Prot.) (Nachwuchs-?)Akademie
RB 62 – 4/92	Altersversorgung (Vorb.mat.)

KOMMUNALES KINO FREIBURG FEIERT JUBILÄUM

Anschließende Diskussion gehörte immer dazu...

Bis zur öffentlichen Anerkennung war es ein langer Marsch. Heute, 20 Jahre nach seiner Gründung, kann das Freiburger Kommunale Kino auch ein wenig stolz auf die geleistete Aufbauarbeit zurückblicken.

Jürgen Frey, Redaktion Freiburg ● Es war einmal eine Zeit – zwei Jahrzehnte ist's her – da hatte man für ein paar schöne Stunden im Kino die Wahl vor allem zwischen Django und Schulmädchenreport, zwischen Schießorgie und Klemmsex. »Filmkunst« hingegen, in einer ganz normalen deutschen Lichtspielwoche: bestenfalls als Ausnahmeerscheinung in spärlich gesäten Programmkinos. Und wäre es damals nach dem Willen einiger Filmtheaterbesitzer gegangen, so hätte es für alle Zeiten in dieser Form weitergehen sollen. Gegen eine bundesweit um sich greifende »kommunale Filmarbeit« mit ganz anderen, auch gemeinnützigen Ansprüchen reichten fünf Frankfurter Kinoeigner 1972 sogar Klage ein – und mußten sich per Gerichtsentscheid belehren lassen, daß Film tatsächlich mehr sei, zumindest mehr sein könne als bloße Ware: ein Stück Kultur, vergleichbar der bildenden Kunst, dem Konzert, dem Schauspiel. Und somit förderungswürdig, auch durch Zuschüsse aus dem städtischen Säckel. Eine Einschätzung, die sich, nach langer Zögerlichkeit, schließlich auch im Freiburger Gemeinderat durchsetzen konnte...

Improvisierte Spielstätten

Nostalgische Rückblende, Gründungsmitglieder des Freiburger Alternativkinos erinnern sich: »Es nebelte, es triefelte, es war der 23. November des Jahres 1972, ein Montag wenn wir uns nicht irren, als sich im Nebenraum einer verräucherten Kneipe 27 finstere Gestalten weiblichen wie männlichen Geschlechts zum Zwecke der Gründung eines Kommunalen Kinos zusammenfanden.« Drei Monate später war es dann soweit. Die »Arbeitsgemeinschaft Kommunales Kino e.V.« führte mit Niklaus Schillings »Nachtschatten« ihren ersten Film vor. Improvisierte Spielstätte war ein kahler Raum in der Gewerbeschule II am Hauptbahnhof. Der Projektor mußte für jeden Filmabend neu aufgebaut werden, und ohne einen Lehrer als »Aufsichtsperson« lief gar nichts. Bilanz 1973: 40 Vorführungen, teilweise heftige Debatten um Kunst und Politik. »Im Anschluß an die Filme wird diskutiert.« Dieser Satz fehlte damals in kaum einer Ankündigung – egal, ob es um Eisensteins Revolutionsepen ging, um deutsche Horrorklassiker oder um den französischen »Autorenfilm«. Wie gesagt, man schrieb das Jahr 1973: »In der Diskussion wurde gefragt, ob dieser Film sozialpolitisch aussagekräftig sei«, hieß es da etwa in einer BZ-Besprechung zur Vorführung von Truffauts »Sie küßten und sie schlugen ihn«. Kein Wunder, daß die CDU-Fraktion des Gemeinderats schon bald die »Verbreitung sozialistischen Gedankenguts« per kommunaler Leinwand befürchtete...

Das alljährliche Videoforum von Medienwerkstatt und Kommunalem Kino sind schon eine Freiburger Institution

Filmgeschichte lebendig halten

Ein paar Wegmarken des Kommunalen Kinos auf dem langen Marsch zur öffentlichen Anerkennung: Das »Erste Freiburger Amateur-Film-Festival« wurde organisiert (1976), eine Reihe mit frühen Fassbinder-Filmen zusammengestellt (1977), das Kinderkino etablierte sich (1978), der Ökofilm fand ein erstes Forum (1980). Und zwischendurch wurde auch noch der mittlerweile fast schon zur Legende gewordene »Straßenbahnfilm« abgedreht... 1981 dann endlich die eigene Spielstätte im Alten Wiehrebahnhof, der große Sprung ins Vollprogramm. Bereits 1982 kamen zu insgesamt 700 Vorstellungen mehr als 30.000 Zuschauer – Tendenz steigend, bis heute.

Die Filmgeschichte erfahrbar machen, Zusammenhänge aufzeigen, einzelne Länder und Regisseure in Reihen vorstellen – das war Programm von Anfang an. Über die Jahre hinzugekommen sind Festivals, die auch überregional Aufmerksamkeit erregen: das Forum des ethnologischen Films etwa (alle zwei Jahre, in enger Kooperation mit dem Freiburger Völkerkundemuseum) oder das alljährliche Videoforum (das die Freiburger Medienwerkstatt mitveranstaltet). Berührungsängste gegenüber den »neuen Medien« hat man schon lange abgebaut – kritische Bestandsaufnahmen und Auseinandersetzungen lautet hier die Zielvorgabe, egal ob es um Magnetbänder oder Computer-Animationen geht.

Zwangsläufige Wandlungen

Rundum nur Jubel und Schulterklopfen also auf der Festwoche zum 20-jährigen? Nicht ganz. Die Geschichte des Kommunalen Kinos bleibt auch weiterhin ein »permanenter Kampf ums eigene Profil«, da mag sich Willi Karow, Gründungsmitglied und langjähriger Geschäftsführer, nichts vormachen: »Ein Kommunales Kino muß zwangsläufig auf Wandlungen reagieren – es hat immer eine ergänzende Funktion zum kommerziellen Filmprogramm der Zeit, der Region. Das allgemeine Filmprogramm ist heute im Schnitt deutlich besser als zu unseren Gründerjahren, inzwischen laufen im gewerblichen Kino auch Filme, die früher ausschließlich bei uns vorgekommen wären. Da haben die Kommunalen Kinos eine Rolle als Wegbereiter gespielt, und das führt uns jetzt ganz zwangsläufig in Verlegenheit.«

Und was Karow als eine Hauptaufgabe des Kommunalen Kinos sieht – nämlich Filmgeschichte präsent zu halten – sei bestenfalls ansatzweise machbar: »So etwas wie ein filmhistorisches Wunschprogramm zeigen zu wollen, das haben wir uns längst abgeschminkt. Erstens stehen Kopien generell nicht zur Verfügung – das betrifft 90 Prozent aller Wünsche. Und vom Rest, der grundsätzlich da wäre, sind wiederum 80 Prozent im Endeffekt für uns gesperrt – die gewerblichen Kinos haben die Hand drauf. Selbst wenn wir mit dem Argument zum Verleih gehen, daß wir sämtliche Filme eines Regisseurs spielen wollen, kommen wir oft nicht ran, weil wir nunmal keine Wirtschaftsmacht darstellen.«

Trends nicht hinterherrennen

Und angesichts des wohl auch in Freiburg entstehenden Zeitalters der »Multiplexe«, der neuen »Erlebniskinos« mit integrierten Freizeitvergnügen von der »Kommunikationskneipe« bis zum Billardsaal – da können die Kommunalen Kinos vorerst auch nur spekulieren. »Vielleicht muß man Mischformen finden in der Zukunft, Videodarbietungen und Film, Lesung und Film, Musik und Film. Möglich ist alles – aber bloß nicht einfach den großen Trends hinterherrennen!« ●

Anzeige

ökowerk

Unser Konzept für Ihre Altersversorgung

★ Wir kümmern uns um Ihre Rente!
★ Wir versichern Sie gegen Berufsunfähigkeit!
★ Wir informieren Sie regelmäßig über wichtige Änderungen im betrieblichen Bereich!

Öko-Versorgungswerk
Fichtenstr. 42 • 4000 D'dorf 1 • 0211 – 9737151

e.V. Interessengemeinschaft ökologisch orientierter Betriebe und Selbständiger

UMWELT

Neujahrswunsch eines Umweltvereins:

Mehr Umweltschutz im Büro

Immer noch wird in vielen Büros der Umweltschutz vernachlässigt. Zum Neuen Jahr appelliert die GeMUT e.V. in Marburg an alle Firmen, Verbände und Privatleute, den Schutz der Umwelt zum wichtigsten Kriterium ihrer Büroorganisation zu machen. So brauchen z.B. Farbbänder und Kartuschen von Schreibmaschinen und Computer-Druckern nicht weggeworfen werden, sie lassen sich neu füllen bzw. wiederaufarbeiten.

Seit 1988 färbt die GeMUT e.V. gebrauchte Farbbänder aus Schreibmaschinen und Computerdruckern mit neuer Farbe wieder ein. Ist ein Farbband soweit verbraucht, daß es sich wellt oder ist es gar beschädigt, wird es durch ein Neues ersetzt. Die Kassette kann weiter Verwendung finden. Im vergangenen Jahr kam zu diesem Farbband-Recycling ein zweites Angebot hinzu: Kartuschen aus Tintenstrahldruckern und Tonerkassetten aus Laserdruckern füllt der Marburger Umweltverein wieder auf. Alle diese Aktivitäten ersparen der Umwelt große Mengen an Plastikmüll und Schadstoffen, die bei der Herstellung und Vernichtung der Kunststoffkassetten anfallen. Zudem wird der Rohstoff Öl, der hierfür verwendet wird, eingespart.

Im Zeichen wachsender Müllberge, verpesteter Luft und knapper Energiequellen erwartet der kleine Marburger Umweltverein, daß auch große Industrieunternehmen diese einfache Möglichkeit des Umweltschutzes endlich aufgreifen und verwirklichen.

Jede/r einzelne BürgerIn sollte sich für 1993 – so der Neujahrswunsch der GeMUT e.V. in 3550 Marburg, Uferstr. 4 (Tel. (06421/66379) – vornehmen, mit Farbbändern und Kartuschen nicht einfach den Müllberg zu vergrößern sondern diese zum Recyceln an die GeMUT zu senden.

KURZMELDUNGEN AUS DEM GENOSSENSCHAFTSSEKTOR

Seminarhinweis

Selbstverwaltung in Nicaragua und in der BRD

Die Selbstverwaltung in Mittelamerika hat neuen Aufschwung genommen. Dies gilt trotz oder gerade wegen des Abbaus staatlicher Eigentums- und Sozialstrukturen in Nicaragua bzw. neuer Spielräume für alternative Organisationsformen in El Salvador und Guatemala. In Nicaragua sind sie nicht zuletzt eine Antwort auf die sich verschärfende soziale Lage durch die neoliberale Regierung (vgl. dazu auch CONTRASTE Nr. 98). Um darüber genauer informieren zu können, organisiert der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie in Zusammenarbeit mit dem Nicaragua-Büro Wuppertal vom 12. bis 14. Februar 1993 ein Seminar zu dem Thema. Seminarort ist die Gustav-Heinemann-Akademie in Freudenberg. Anmeldung und Information läuft über Burghard Flieger, Erwinstr. 29, 7800 Freiburg.

Selbstorganisierte Siedlungsinitiative, Freiburg

Rückzahlung von Darlehen in ECDS-Genossenschaftsanteilen

Die Selbstorganisierte Unabhängige Siedlungsinitiative (SUSI) in Freiburg will über Spenden und Darlehen bis Ende Februar 1993 rund 600.000 DM zusammenbekommen. Dieses Geld benötigt sie als Eigenkapitalstock für den Kauf der vom Freiburger Gemeinderat zugestandenen vier Mannschaftsgebäude der ehemaligen Vauban-Kaserne. Eine gemeinnützige GmbH wird als adäquate Form für den Kauf und die Verwaltung des Gebäudes angesehen. Mit einer eher ungewöhnlichen Idee wird bei der Sammlung von Geldern vorgegangen. Unter dem Motto »Hilfe hier und dort« bietet die Siedlungsinitiative eine eigenwillige Form des Darlehens an: Die eingezahlten Beträge werden von SUSI verzinst, zurückgezahlt wird aber in Genossenschaftsanteilen an eine Entwicklungsgenossenschaft, der ECDS (Ecumenic Development Cooperative Society). Auf diese Weise sollen Selbsthilfeprojekte in der sogenannten Dritten Welt unterstützt werden, der Schuldendienst also selbst wieder einer gemeinnützigen Sache zugute kommen. Genaueres über die Siedlungsinitiative und die Geldeinbringmöglichkeiten erfährt mensch bei SUSI, c/o AStA, Bertholdstr. 26, 7800 Freiburg.

Ökodorfprojekt, Wendland/Sachsen-Anhalt

Siedlungsgenossenschaft bald in Gründung?

Das Ökodorfprojekt »Selbstversorgung als Selbstbestimmung« ist nach eigener Einschätzung der Umsetzung seiner Projektidee einen entscheidenen Schritt näher gekommen. Es besteht die Möglichkeit, ein 700.000 qm großes Grundstück mit Bauland im ehemaligen Grenzstreifen zwischen Sachsen-Anhalt und Wendland zu erwerben. Dafür wird breitangelegt um Unterstützung geworben. Die entstehende Siedlungsgenossenschaft soll etwa 40 Menschen umfassen, die sich verpflichten, satzungsgemäß Geschäftsanteile mit einer Gesamtsumme von 22.000 DM pro Person aufzubringen. In diesem Betrag sind alle kalkulierten Kosten des Siedlungsaufbaus bis auf den individuell genutzten Wohnraum und einen zusätzlichen Bedarf an Fremdmitteln in Höhe von etwa 30% enthalten. Die ersten Genossenschaftsmitglieder sollen zumindest den Bedarf an Eigenkapital für zwei Jahre decken. Genauere Informationen können angefordert werden über den »Freundeskreis Ökodorf e.V.«, Postfach 103007, 6900 Heidelberg.

Buchveröffentlichung

Genossenschaftslexikon als Standardwerk

Wie viele Seiten das Genossenschaftswesen hat, wird durch die Herausgabe eine 750-seitigen Buches durch Eduard Mändle und Walter Swoboda deutlich. Das Genossenschaftslexikon mit seinen neunhundert Stichworten und zweihundert AutorInnen gibt einen guten Einblick in die komplexen Strukturen der Kooperativen. Durch seine Qualität hat es gute Chancen, zum Standardwerk der nächsten Jahre zu werden. Interessant ist, daß auch zwei Autoren und eine Autorin aus dem Bereich neuer Genossenschaften zu »ihrem« Thema geschrieben haben. Ein Schönheitsfehler bleibt allerdings hervorzuheben. Nur bei dem kleineren Teil der dargestellten Begriffe sind weiterführende Literaturhinweise aufgeführt. Genossenschafts-Lexikon, hrsg. von Eduard Mändle und Walter Swoboda, DG-Verlag, Wiesbaden 1992, DM 129,-- (zzgl. MwSt.).

Einkaufs- und Absatzgenossenschaften, Taperoa

Hilfe zur Selbsthilfe von Kleinbauern in Brasilien

Wie können für brasilianische Bauern, die aufgrund ihrer Armut von der Hand in den Mund leben (müssen), die Vorteile gemeinsamen Handelns zur unmittelbaren Erfahrung werden? Der äußere Weg dazu ist der Aufbau einer Einkaufs- und Absatzgenossenschaft. Die Verkaufsprodukte sind Gewürznelken, Guarana-Nüsse, Kakao, Pfeffer, Dende-Palmkernöl, Maniok und selbstgebundene Kehrbesen. Nur müssen diese lange Strecken auf den eigenen Rücken oder im günstigen Fall mit Pferd oder Esel zum Markt gebracht werden. Arbeitsmittel für die Genossenschaft ist deshalb ein LKW und drei Lagerhäuschen. Damit diese sinnvoll eingesetzt werden können, muß im Gruppenzusammenhang gedacht und gehandelt werden: Organisation und Abstimmung wird erforderlich. Genauere Informationen über dieses Projekt einschließlich Spende- und Unterstützungsmöglichkeiten können angefragt werden bei der Gemeinnützigen Treuhandstelle e.V., Oskar Hoffmann Str. 25, 4630 Bochum 1, Stichwort: Basisgenossenschaft Taperoa/Brasilien.

TRION Geldberatungsgenossenschaft, Hamburg

Teil eines Netzes »alternativer« Finanzorganisationen

Die TRION Geldberatungsgenossenschaft, gegründet 1989, hat zur Zeit 95 Mitglieder und gezeichnete Geschäftsanteile in Höhe von rund 80.000 DM. Seit dem Bestehen wurden etwa 90 Kredit- und Darlehensvermittlungen an 40 Projekte mit einem Gesamtvolumen von 17 Mio. DM durchgeführt. Schwerpunkte der Vermittlungen lagen bei Direktkrediten und Hypothekendarlehen an gemeinschaftlich organisierte Wohnprojekte in Hamburg. Zudem kann TRION auf etwa 100 Anlagevermittlungen bei drei sozial und ökologisch orientierte Partnerbanken im Umfang von rund 2 Mio. DM verweisen. Im Bereich der treuhänderischen Geldverwaltung liegt mittlerweile ein Verwaltungsbestand von 400.000 DM vor. Nicht zu vergessen der Umfang der Beratung von rund 200 Projekten und Einzelpersonen. Mit dieser Arbeit sieht sich TRION als Teil eines weltweit existierenden Netzes »alternativer« Finanzorganisationen.

Gebiets-Winzergenossenschaft Franken eG

Erste ökologische Weinanbauergenossenschaft

Immerhin 138 Winzer haben sich in der Gebiets-Winzergenossenschaft Franken zusammengeschlossen. Ihr Ziel ist es, Wein aus kontrolliert ökologischem Weinbau zu erzeugen und zu vertreiben. Die gesamte Kellerwirtschaft entspricht den Richtlinien des Bundesverbandes ökologischer Weinbau (BÖW). Der Frankenwein steht für einen Weingenuß mit »gutem Gewissen«. Die trockenen Rot- und Weißweine tragen ab dem Jahre 1991 das ECOVIN-Siegel des Bundesverbandes. Anfragen sind zu richten an die Gebiets-Winzergenossenschaft Franken eG, Postfach 505, 8710 Kitzingen.

GENOSSENSCHAFTEN IN EUROPA

Verband der Produktivgenossenschaften reorganisiert sich

Auf der Jahrestagung der CECOP, des Verbandes der europäischen Produktivgenossenschaften, wurde die Entwicklung einer verbindlicheren Struktur vorerst abgeschlossen. Ob sich dies auch in einer verbesserten Zusammenarbeit der zwei deutschen Verbände – NETZ und VdP – niederschlägt, bleibt abzuwarten.

Hans Frech, Redaktion Genossenschaften ● Die Entwicklung des europäischen Binnenmarktes verstärkt die Notwendigkeit der Interessenvertretung von Genossenschaften auf europäischer Ebene. Zu diesem Zweck haben sich seit mehreren Jahren nationale genossenschaftliche Verbände der Konsumgenossenschaften, der landwirtschaftlichen Genossenschaften, der genossenschaftlichen Banken oder auch im Bereich des Tourismus in Brüssel zu europäischen Verbänden zusammengeschlossen. Auf der Ebene der ArbeiterInnen- und Produktivgenossenschaften besteht in Brüssel seit 1985 die CECOP (comité européen des cooperatives de production et de travail associé = europäische Vereinigung der ArbeiterInnen- und Produktivgenossenschaften). Ihre nationalen Mitgliedsverbände vertreten die Interessen von über 45.000 in der EG bestehenden Betrieben, die nach genossenschaftlichen Prinzipien arbeiten.

Auf der diesjährigen Jahrestagung der CECOP wurde der bisherige informelle Zusammenschluß – mit moralischen Verpflichtungen der Mitgliedsverbände – neu organisiert als eingetragene Gesellschaft. Dadurch entstand nun eine verbindlichere rechtliche, finanzielle und persönliche Struktur. Aus den EG-Mitgliedsstaaten sind elf nationale Verbände als Vollmitglieder, sechs Organisationen der Unterstützung der Belange von Produktivgenossenschaften aus Wissenschaft und Beratung als assozierte Mitglieder und vier Verbände vor allem aus den mittel- und osteuropäischen Ländern (Tschechei, Slowakei, Rumänien) mit dem Status von Anwärtern auf die Vollmitgliedschaft der neuen CECOP beigetreten.

Bundesdeutsche Doppelvertretung

Das NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation (Sitz in Dortmund) und der Verband deutscher Produktivgenossenschaften VdP (Sitz in Dessau) vertreten als Vollmitglieder die deutschen Mitgliedsbetriebe. In dieser Doppelvertretung spiegeln sich die bestehenden Unterschiede zwischen ostdeutschen Produktivgenossenschaften und westdeutschen, genossenschaftlich organisierten Betrieben verschiedener Rechtsform wieder. Die gemeinsame Abstimmung der deutschen Interessen in der CECOP durch beide Vereinigungen ist insofern Voraussetzung, um auf europäischer Ebene mit einer Stimme zu sprechen.

Die Erweiterung des genossenschaftlichen Sektors auf europäischer Ebene wird auch in der Zusammensetzung des neuen CECOP-Vorstandes deutlich. So ist der VdP und die slowakische Union der Produktivgenossenschaften neu im Vorstand vertreten. Für die Fortführung der bisherigen Konzeption steht der alte und neue Präsident Marco di Martino von der italienischen Federlavoro, dem mitgliederstärksten Verband mit rund 15.000 Mitgliedsbetrieben.

Mehr politische Interessenvertretung

Nachdem die CECOP das neue Statut verabschiedet hat und die bisherigen finanziellen Probleme bereinigt sind, kann sie sich verstärkt der politischen Arbeit widmen. Diese wird vor allem aus der Einbeziehung der Vertretung der osteuropäischen Genossenschaften und in der Einflußnahme auf die Neustrukturierung der Fonds der EG-Kommission bestehen. So sollten die Mittel aus dem europäischen Sozialfonds (ESF) zur Beseitigung von Arbeitslosigkeit nicht nur für besonders benachteiligte Personengruppen in Regionen mit der höchsten Arbeitslosigkeit vergeben werden, sondern auch zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit beitragen.

Gefordert wird eine Fortführung und Ergänzung der ESF-Programme für die Unterstützung von Belegschaftsübernahmen zum Erhalt von Arbeitsplätzen. Ebenfalls sollen die Prinzipien der Sozialökonomie – zu denen Produktivgenossenschaften auf europäischer Ebene zählen – in die Maßnahmen des neu vorgesehenen Strukturfonds aufgenommen werden. Daß Überlegungen zur Verbreitung der genossenschaftlichen Arbeitsweise bei SpitzenpolitikerInnen durchaus Gehör und Verständnis finden, verdeutlichte die Rede des Labour-Vorsitzenden Smith bei einem Empfang der CECOP-Delegierten im House of Parlaments. Er unterstützte dabei die Forderung, daß Gewinne in Produktivgenossenschaften, die im Betrieb verbleiben, nicht versteuert werden sollten – eine alte Forderung nicht nur der deutschen ArbeiterInnen- und Produktivgenossenschaften. ●

GENOSSENSCHAFTEN IN RUMÄNIEN

Gesetzliche Grundlagen werden erst entwickelt

Auf der Genossenschaftstagung des VDP in Brehna informierte der Vizepräsident der Rumänischen Handwerksgenossenschaftsorganisation (UCECOM) über die aktuelle Entwicklungen in seinem Lande. Er bat um Unterstützung für die Bemühungen der UCECOM, die erforderlichen Grundlagen für Genossenschaften in Rumänien gesetzlich zu verankern.

Theodor Dragan, Redaktion Genossenschaften ● Das Handwerksgenossenschaftswesen aus Rumänien hat seine Anfänge im Jahre 1879, in dem die erste Organisation dieser Art in Bukarest gegründet wurde. Nach und nach, in dem Maße wie sich die Handwerksgenossenschaften sowohl zahlenmäßig als auch ihr wirtschaftliches Potential entwickelten, schlossen sie sich auf territorialer und nationaler Ebene zusammen. Im Jahr 1885 wurde das Genossenschaftswesen Rumäniens eines der gründenden Mitglieder des Internationalen Genossenschaftsbundes.

Überleben durch Leistungsfähigkeit

Die Vereinigung der einzelnen Kleinhandwerker in Handwerksgenossenschaften erfolgte von Anfang an auf Grund der freiwilligen Zustimmung der Handwerker durch Vereinigung des eigenen Kapitals in Bargeld und in natura. Ziel war es, angesichts der Konkurrenz der Großbetriebe, einen entsprechenden Sozialschutz zu gewährleisten. Das bei der Gründung mitgebrachte Kapital bildete den Vermögenskern der Handwerksgenossenschaften. Dieser entwickelte sich weiter als Privatbesitz, der der Gemeinschaft der sich verbindenden GenossenschaftlerInnen gehört.

Das Handwerksgenossenschaftswesen aus Rumänien hat während der 45 Jahre Sozialismus überlebt, in dem es die Leistungsfähigkeit seiner Strukturen bewies. Ein bedeutendes Tätigkeitsvolumen sowie der Sozialschutz konnten so gesichert werden. Gegenwärtig gibt es über 800 genossenschaftliche Organisationen mit den verschiedensten Tätigkeitsbereichen, in denen ungefähr 300.000 GenossenschaftlerInnen arbeiten. Sie leisten 5% der industriellen Produktion des Landes und fast 40% der für die Bevölkerung erforderlichen Dienste im Rahmen der gesamten Wirtschaftstätigkeit.

Verordnungen als neue Grundlage

Anfang des Jahres 1990 wurde die Gesetzes-Verordnung Nr. 66 angenommen. Sie sichert den zur Förderung der Inititative der HandwerksgenossenschaftlerInnen notwendigen Rahmen auf Grundlage der Prinzipien der Marktwirtschaft. Nach demokratischen Beratungen der GewerkschaftlerInnen wurden durch den Rat des Zentralverbandes UCECOM wichtige Beschlüsse zur Modernisierung der organisatorischen Strukturen der HandwerkerInnengenossenschaften angenommen. Unter anderem enthalten sie die Nominierung des Nettovermögens auf jede/n GenossenschaftlerIn und gewähren materielle Rechte, abhängig von der Größe des eigenen Kapitals. Durch die genannten Normativakte gibt es nun gesetzliche Richtkriterien.

Infolgedessen können handwerksgenossenschaftliche Organisationen unter einer der folgenden Formen gebildet werden:

- Handwerksgenossenschaft (C.M.);
- handwerksgenossenschaftliche Gesellschaft (SOCOM);
- genossenschaftliche Handels-Aktiengesellschaft (SCCA).

Die Wahl einer dieser Formen erfolgt demokratisch auf Grundlage von freiwilliger Zustimmung und auf Grundlage der durch die Genossenschaftsmitglieder in der Generalversammlung angenommenen Beschlüsse.

Regionale und nationale Zusammenschlüsse

Zwecks Durchführung von Vorhaben, die ein gemeinsames Interesse darstellen sowie zur Sicherung von spezialisierten Diensten und Erzeugnissen, können sich genossenschaftliche Organisationen freiwillig auf territorialer, professioneller und nationaler Ebene zusammenschließen. Bildung und Tätigkeit der Vereinigungen beruhen auf den eigenen, durch die Generalversammlungen genehmigten Statuten. Gegenwärtig gibt es 42 territoriale Vereinigungen bzw. je eine in jedem Landkreis und zwei in Bukarest.

Auf nationaler Ebene hat sich der Zentralverband der Handwerksgenossenschaften (UCECOM) gebildet. Er ist Organ der Interessenvertretung gegenüber den gesetzgebenden, den vollziehenden, den gerichtlichen und den verwaltenden Behörden sowie Organ der Vertretung auf internationaler Ebene in den Beziehungen zu ähnlichen genossenschaftlichen Organisationen. In Rumänien sind die einzigen organisatorischen Strukturen für die Unterstützung der Produktion und Dienstaktivitäten der Handwerksgenossenschaften die genannten territorialen und nationalen Verbände.

Internationale Solidarität erwünscht

Priorität hat in der gegenwärtigen Situation die Ausarbeitung eines neuen Gesetzentwurfs des Handwerksgenossenschaftswesens. Die wichtigsten Zwecke dieses Gesetzes sollen sein:

- Eine Widerspiegelung der Grundsätze der internationalen Genossenschaftsbewegung in Übereinstimmung mit den nationalen Traditionen und den Realitäten der gegenwärtigen rumänischen Gesellschaft;
- Gewährleistung eines gesetzlichen Schutzes für die Tätigkeit der Handwerksgenossenschaften und für die Integrität ihres Vermögens;
- Verpflichtung des Staates in der Unterstützung dieser Bewegung durch Steuerermäßigung und andere Erleichterungen;
- gesetzliche Regelung der Strukturen und Zuständigkeiten im Rahmen des genossenschaftlichen Systems.

Für die Ausarbeitung dieses Gesetzentwurfes gab es Impulse durch das internationale Seminar für Fragen der genossenschaftlichen Gesetzgebung in Bukarest im Februar 1992. Auch die Teilnahme einer Delegation des UCECOM an dem im Mai in Straßburg durch das Europaparlament über Genossenschaften, Mutualsysteme und Vereinigungen veranstalteten Seminar wird von rumänischer Seite als von großem Nutzen eingestuft. In diesem Sinne werden vom rumänischen Genossenschaftsverband unterstützende Interventionen der internationalen Handwerks- und Genossenschaftsorganisationen erhofft, die sich an Regierung und Parlament wenden, um die rumänische Genossenschaftsbewegung zu stärken. ●

Die Steine wachsen

Erosion, Wassermangel und abnehmende Bodenfruchtbarkeit gehören zu den drängendsten ökologischen Problemen der sogenannten Dritten Welt.
Wir finanzieren mit unserem Umweltfonds die Arbeit lokaler Gruppen gegen die zunehmende Verwüstung der Natur.
Unterstützen Sie diese Initiativen mit Ihrer Spende.

ASW,
Aktionsgemeinschaft
Solidarische Welt e.V.
Hedemannstraße 14, 1000 Berlin 61
Konto 555 BfG Berlin (100 101 11)

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

FAHRRAD

Das Chaos organisieren.
Grundlagen für den Verwaltungskram im Fahrradladen
Der Verbund der selbstverwalteten Fahrradbetriebe (VSF) organisiert ein Seminar, um denen Handwerkszeug zu vermitteln, die regelmäßig mit der Verwaltungsorganisation und der Buchhaltung »ihren« Kampf ausfechten. U.a. wird ein Überblick gegeben über Unterschiede in der Rechtsform, Sozialversicherungspflicht und -freiheit. Grundlagen der Arbeits- und Verwaltungsorganisation, steuerliche Erfordernisse der Betriebsabrechnung. Gearbeitet wird an konkreten Praxisbeispielen, indem Zahlen und ökonomische Grundlagen aus den Betrieben der TeilnehmerInnen zur Verdeutlichung dienen.
Termin: 22. bis 24.2.1993
Kosten: für Mitglieder des VSF 240,– DM, für Nichtmitglieder 440,– DM zzgl. MWSt.
Ort: Kommune Niederkaufungen, Kassel
Anmeldung & Information:
VSF e.V.
Paul-Lincke-Ufer 44a, W-1000 Berlin 36
☎ (0 30) 612 18 70

AG SPAK

Wochenendseminar des Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAKAÖ) der AG SPAK vom 12. bis 14.2.93 bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Freudenberg (in der Nähe von Bonn) zum Thema:
SELBSTVERWALTUNG IN NICARAGUA UND IN DER BRD: ALTE ILLUSION ODER NEUE HOFFNUNG?
Themen:
- Die aktuelle Wirtschaftssituation in Nicaragua.
- Die Entwicklung der unterschiedlichen Eigentumsformen während der sandinistischen Regierung.
- Die wirtschaftliche Bedeutung des APT-Sektors in Nicaragua, seine Struktur und Organisation.
- Kooperativen und Selbstverwaltung in El Salvador.
- Mögliche Formen der Unterstützung, Kooperation und Kommunikation.

Teilnehmen können maximal 25 Personen. Für Kinderbetreuung wird gesorgt, wenn bei der Anmeldung Zahl und Alter der mitkommenden Kinder angegeben ist. Der Kostenbeitrag beträgt 30,–DM pro Person. Die Anmeldung läuft (möglichst schriftlich) über: NETZ Baden-Württemberg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, W-7800 Freiburg, Tel.: 0761/709023. Sie sollte bis spätesten 30. Januar 1993 erfolgen. Nähere Informationen auch über:
Informationsbüro Nicaragua
Postfach 10 13 20
W-5600 Wuppertal 1

Präsentationstechnik und Arbeitsgruppenmoderation für Tagungen
Vom 19. bis 23. Mai 1993 findet das Vorbereitungsseminar des TAK AÖ (Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie) der AG SPAK zur Vernetzungstagung im Sommer statt (vermutlich im Bonner Raum). Neben 1 1/2 Tagen organisatorischer Arbeit wird zwei Tage in die Präsentations- und Moderationstechniken eingeführt. An letzterem teilnehmen kann allerdings nur, wer schon seit längerem zu TAK AÖ-Seminaren kommt oder sich bereit erklärt, auf der Vernetzungstagung eine Veranstaltung zu moderieren. Anfragen und Information: Thomas Hardwig, Leinestr. 29, W-3400 Göttingen.

Was ist kollektives Management?
Das Herbstseminar an einem Wochenende im Oktober 1993 dreht sich um die Entwicklung von theoretischem und praktischem »Handwerkszeug« für die Organisation selbstverwalteter Betriebe. Bisherige Ansätze, Überschneidungen mit anderen Managementtheorien und »Stilen« sowie bisherige Schwachstellen und Entwicklungsmöglichkeiten werden ausführlich dargestellt und diskutiert. Ziel ist es, die inhaltlichen Bausteine einer Akademie für kollektives Management voranzutreiben. Information und Angebote zur Mitarbeit: Burghard Flieger, Erwinstr. 29, W-7800 Freiburg.

NETZ

Hilfe – ich bin für meine MitarbeiterInnen verantwortlich. MitarbeiterInnen führen im Betrieb
Auch in selbstverwalteten Betrieben und Projekten ist zunehmend ein Team mit den Geschäftsführungsaufgaben betraut. In diesem Zusammenhang müssen oder sollen sie auch Verantwortung für andere Mitarbeitende übernehmen. Zwischen Anleitungsnotwendigkeiten und demokratischen Ansprüchen gilt es ein angemessenes (Führungs-)Verhalten. Es wird Gelegenheit sein zu diskutieren, ob diese Lebensform geeignet ist, auf (Fehl)Entwicklungen unserer Gesellschaft Einfluß zu nehmen.
Teilnahmebeitrag: 50,– DM
Termine: 5. bis 7.2.1993
und 2. bis 4.4.1993

»When I'm 64 ...«
Altersvorsorge – selbstverwaltet?
Das Seminar entspringt den Auseinandersetzungen und Erfahrungen der Kommune Niederkaufungen bei dem Aufbau einer eigenen Altersversorgung. Schwerpunkte des Seminars werden sein:
- Altersversorgung durch Schatzbildung oder Solidargemeinschaft?
- Staatliche Altersversorgung, private Lebensversicherung oder betriebliche Altersvorsorge?
- Möglichkeiten der betrieblichen Altersvorsorge (Direktzusage, Pensionsrückstellungen, Unterstützungskasse, Pensionskasse) und ihre rechtlichen, steuerlichen und betriebswirtschaftlichen Konsequenzen.

Anhand der Situation der TeilnehmerInnen werden die Vor- und Nachteile der verschiedenen Möglichkeiten erläutert und diskutiert werden.
Teilnahmebeitrag: 150,– DM
Termin: 2. bis 4.4.1993
Anmeldung & Information:
Verein für Ökologie,
Gesundheit u. Bildung e.V.
Kirchweg 1
W-3504 Kaufungen
☎ (0 56 05) 30 15

WENDLAND

Anders leben – anders wirtschaften?
Sind wir mit dem real existierenden Kapitalismus am Ende der Geschichte angelangt? Ist der schöne Traum von der Gesellschaft der Freien und Gleichen endgültig ausgeträumt? Wenn nicht, mit welchen Theorien, Utopien und Gesellschaftsentwürfen können wir den Träumen von einem herrschafts- und gewaltfreien Leben heute auf die Sprünge helfen?
Das Wochen-Seminar wendet sich politischen Traditionen zu, die in schärfster politischer Konkurrenz zum autoritären Staatssozialismus stehen: Marx, Engels und andere qualifizierten sie als »utopisch«, »unwissenschaftlich«, »rückwärtsgewandt ect. ab. Es wären die Theorien und Praxisformen von Frühsozialisten und Anarchisten.
Im Mittelpunkt des Seminars werden die Überlegungen und Aussagen von Fourier, Proudhon, Kropotki, Tolstoi und vor allem Gustav Landauer und Martin Buber stehen und ihre Vorstellungen von »anders leben – anders arbeiten«. Erarbeitet werden soll, ob und wenn ja, welche Bedeutung diese Ideen in der heutigen Industriegesellschaft spielen könnten.
Termin: 25. bis 29.1.1993
Anmeldung & Information:
KURVE Wustrow
Kirchstr. 14
W-3135 Wustrow
☎ (0 58 43) 5 07

FRAUEN

FRAU UND ARBEIT

Umgang mit Leitung und Macht:
Berufsbegleitende Fortbildung zum Erwerb von Leitungskompetenz. Angesprochen sind Frauen aus Projekten und aus sozialen Einrichtungen wie Kindertagesstätten, ambulante Pflegedienste, etc.
In 6 Wochenblöcken verteilt auf anderthalb Jahre wird das nötige Fachwissen aus den Bereichen Planung, Personalführung, Arbeitsrecht und Finanzen vermittelt. Die Frauen werden bestärkt, ihre Leitungsrolle bewußt und entschieden einzunehmen und einen eigenen Führungsstil zu entwickeln. Zwischen den Blöcken treffen die Teilnehmerinnen sich im zweiwöchigen Rhytmus, um in einer Supervisionsgruppe ihre Erfahrungen aus der Praxis aufzuarbeiten. Die Fortbildung beginnt im Februar '93.
Außerdem:
Novellierung des AFG – Sozialabbau geht weiter
Auswirkungen auf berufliche Weiterbildungsmöglichkeiten für Frauen
Termin: 14.1.1993, 20-22 Uhr
Arbeitsrecht für Kleinunternehmerinnen und Freiberuflerinnen
Termin: 18.1.93, 19-22 Uhr
Starthilfe für Existenzgründerinnen
Termin: 20.-23.1.93, jeweils von 10-18 Uhr
Ich bin gut – und teuer?
Was hat das Preise fordern – sei es für unsere Arbeitskraft oder für unsere Dienstleistungen und Waren als Selbständige – mit unserer Selbstbewertung zu tun? Wie können wir zu einem angemessenen Umgang mit Geld kommen?
Termin: 22.1.93, 16-20 Uhr
und 23.1.93, 10-16 Uhr
»Dieser ganze Versicherungskram ist mir ja so lästig!«
Versicherungsfragen für Selbständige Frauen
Termin: 25.1.93, 19-22 Uhr
Frauen im beruflichen Auf- und Umbruch
Termin: 25.-29.1.93, jeweils 10-15 Uhr
Frauen in Dienstleistungsberufen
Termin: 26.1.93, 20-22 Uhr
Verhandlungstraining
Termin: 29.-31.1.93
Information & Anmeldung:
Frau und Arbeit
Grindelallee 43
W-2000 Hamburg 13
☎ (0 30) 44 49 60
und 44 80 95 82

SALVADOR
Solidarität bleibt unsere Waffe
UNTERSTÜTZT DIE FMLN
KONTOSTAND 10.11.1992
47.040,91 DM
Spendenkonto: BfG Heidelberg
Kto-Nr. 1088 787 700 (BLZ 67210111)
Informationsstelle El Salvador e.V.
Heerstraße 205, 5300 Bonn 1
Tel.: (0228) 69 45 62; Fax: 631226

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

DORTMUND

Jahreskurs: Frauen im Management
Februar 93 bis Februar 94 in Dortmund
Die berufsbegleitende Fortbildung umfaßt 10 Wochenenden und beinhaltet Managementstrategien für zielgerichtetes professionelles Handeln von Frauen im Beruf: Führen und Leiten, Rhetorik, Selbstmarketing, Corporate Identity, Selbstmanagement.
Anmeldung & Information:
Kommunikatives Bildungswerk
☎ (02 31) 14 31 23

ANARCHIE

Anders leben – Anders arbeiten
Anarchie-Einführungsseminare
Die vorgezeichneten Bahnen befriedigen vor allem junge Leute immer weniger. Ökologische Krise, Ausbeutung der meisten Menschen auf der Erde, Hierarchien in der Gesellschaft, Konsumorientierung sind prägend für unsere Industriegesellschaft. Auf diesem Seminar wollen wir lebbare Alternativen vorstellen. Kommunen, selbstverwaltete Betriebe und Kinderläden sind Ansätze für eine neue herrschaftslose Gesellschaft wie sie in libertären Theorien beschrieben wird. Kostenpunkt jeweils 30-45 DM nach Selbsteinschätzung.
Termine & Orte:
5.-7.2.93 Tagungshaus Meuchefitz/Wendland
12.-14.3.93 Domäne Lutter
19.-23.5.93 Station Umwelterziehung Iffens
11.-13.6.93 Domäne Lutter
Genaue Infos & Anmeldung:
Bildungsgruppe für Ökologie und Selbstbestimmung
Tino Fleischer
Lange Str. 34a
W-2870 Delmenhorst
☎ (0 42 21) 1 65 24

REGIONALENTWICKLUNG

WENDLAND

Für eine Regionalentwicklung von unten
Längst hat die offizielle Regionalpolitik begonnen, die endogenen Potentiale der Regionen, also all das, was in einer Region an Qualitäten und Fähigkeiten steckt, aufzuspüren und die daraus entstehenden Entwicklungsimpulse zu nutzen. Dies hat jedoch eher zu einer Förderung der regionalen Eliten geführt, als daß es die Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten der Menschen in der Region vergrößert hätte.
Das Seminar soll u.a. am Beispiel des Landkreises Lüchow-Dannenberg Zugänge zur Entwicklung der Region von unten für betroffene BürgerInnen und für Initiativen und Projekte aufzeigen. Gleichzeitig soll es als Ideenbörse für Projekte und Gruppen dienen, die im Sinne eigenständiger Regionalentwicklung arbeiten.
Termin: 22. bis 24.1.1993
Anmeldung & Information:
KURVE Wustrow
Kirchstr. 14
W-3135 Wustrow
☎ (0 58 43) 5 07

EL SALVADOR

»Befriedung oder Befreiung«?
Die Spannung, die diese Alternative aufreißt, beherrscht spätestens seit dem Friedensschluß die Diskussion um El Salvador. Im Januar 1992 dominierte noch der Optimismus. Inzwischen ist bei vielen Solidaritätsbewegten Ernüchterung und Skepsis eingekehrt. Die Debatten kreisen um Fragen wie: Was hat der Friedensvertrag eigentlich gebracht? Welche Perspektiven hat das Befreiungsprojekt? Welche politische und wirtschaftliche Alternative kann das Befreiungsprojekt anbieten und durchsetzen? Wie bestimmen Befreiungsbewegung und soziale Kräfte (z.B. Frauenbewegung oder Kirche) ihre eigenen Rollen und das Verhältnis untereinander neu? Entscheidende und grundlegende Fragen, die selten ausführlich diskutiert werden, da die zähen Auseinandersetzungen und Entmilitarisierung, Straffreiheit und Land viel Zeit und Kraft in Anspruch nehmen.

BILDUNG
netz
SEMINARE HERBST/WINTER 1992/93
Weiterbildungsprogramm für Betriebe und Projekte anfordern bei:
netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation
Börnestraße 10
4000 Düsseldorf 1
Tel. 0211/164 95 83
Fax 0211/35 15 91

KOOPERATION & VERNETZUNG

Vom 13. bis 20. August 1993 organisiert der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie in der Evangelischen Akademie Bad Segeberg eine größere Tagung. Der Arbeitstitel lautet »Kooperation und Vernetzungen alternativer Einrichtungen und Betriebe«. Ziel ist eine umfassende Bestandsaufnahme von Vernetzungszusammenhängen und die Diskussion von Problemen und Perspektiven kooperativen Handelns im alternativen Sektor. Bei Interesse an inhaltlicher oder organisatorischer Mitarbeit bitte wenden an: Rolf Schwendter, Gesamthochschule Kassel, FB Sozialwesen, Arnold-Bode-Str. 10, W-3500 Kassel.

Natürlich kann eine Tagung darauf keine abschließenden Antworten liefern. Aber sie kann doch dazu verhelfen, eine realistische Einschätzung der Entwicklungen in El Salvador zu gewinnen – und damit auch klarer machen, wohin wir als Solidaritätsbewegung zukünftig steuern. Daß das nicht allen so klar ist, zeigt zumindest der Schrumpfungsprozeß, den die Solibewegung gerade durchmacht.
Vielleicht birgt die Krise, die manche bisherigen »Klarheiten« beseitigt und neue Fragen aufwirft, auch die Chance in sich, daß die verschiedenen »Zweige« der Solibewegung (noch) offener miteinander diskutieren, besser zusammenarbeiten und so ihre Schlagkraft insgesamt stärken. Eine gemeinsame Kampagne zum Beispiel im Blick auf die Wahlen 1994 könnte dafür eine Herausforderung sein.
Ort: KOMM, Nürnberg
Programm & Anmeldung:
Informationsstelle
El Salvador e.V.
Heerstr. 205
W-5300 Bonn 1
☎ (02 28) 69 45 62
Fax 63 12 26

SONSTIGES

Gestaltung der Unternehmenskommunikation
Flüssige und effiziente Kommunikation ist das Lebenselexier eines Unternehmens – und gleichzeitig sehr anfällig für Verletzungen und Störungen.
Die zwischenmenschliche Kommunikation wird immer stärker durch elektronische Medien unterstützt und vermehrt – aber nicht unbedingt verbessert.
In diesem Seminar wird die Frage behandelt, wie die Kommunikationsstrukturen und -prozesse durch technische und organisatorische Maßnahmen verbessert werden können.
Die TeilnehmerInnen lernen, wie bestehende technische und organisatorische Defizite sichtbar und diskutierbar gemacht werden, und wie es gelingen kann, eine verbesserte Unternehmenskommunikation unter Berücksichtigung der Interessen aller Beteiligter auszuhandeln.
Durch die Darstellung ausgewählter Methoden und Werkzeuge erwerben die TeilnehmerInnen die Fähigkeit, Veränderungsprozesse im eigenen Unternehmen besser einzuschätzen bzw. selbst zu initiieren.
Termin: 1. bis 3.2.93
Ort: Raum Köln
Teilnahmegebühr: 350,– DM zzgl. MWSt.
Anmeldung & Information:
ibek GmbH
Postfach 34 05
W-7500 Karlsruhe 1
☎ (07 21) 37 40 22
Fax (07 21) 37 83 49

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,— DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:
Adresse:
Gruppe/Betrieb/Beruf:
Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)
— **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.
Kontoinhaber:
Geldinstitut:
Konto-Nr.: BLZ:
Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.
Datum: Unterschrift:

— **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**
— **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1. Davon habe ich Kenntnis genommen.
Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einsenden.

JOBSUCHE

Tischlerin, 26 J. (Ausbildungsende 2/93) mit Liebe zum Beruf, sucht Arbeit in Möbeltischlerei (gerne Norddeutschland).
Chiffre: 99/1

DRUCKER
repro-, montage-,
dtp-, kollektiv-erfahren
sucht was „neues"
040/43 39 24

39 jähriger Bankbetriebswirt/Bilanzbuchhalter möchte sich in selbstverwalt. Betrieb in Norddeutschland engagieren. Viels. Berufserf. u. Organisationstalent vorhanden.
Günther Schlarmann
Kallenhardter Straße
W-4788 Warstein

Ich bin landwirtschaftlich-technische Assistentin und ich habe eine Ausbildung als Schwesternhelferin, lebe seit 12 Jahren in Deutschland, habe die deutsche Staatsbürgerschaft und spreche Deutsch/Englisch. Ich möchte mit Menschen zusammen arbeiten, die wie ich den Mut haben, miteinander neue Wege zu finden.
Chiffre: Mut haben.

Stud., 7 Sem. Technischer Umweltschutz; suche zum SS93 Praktikumsstelle im Bereich Energie, Abfall, Wasser u.ä. in einem Ingenieurkollektiv o. alternativen Projekt.
Frank ☎ (0 55 35) 17 75

Mann, 29, Dipl.-Math. (Statistik) sucht Tätigkeit auf (völlig) neuem Gebiet (Sozial-ökol.). Int./Fähigk. vielseit. Wichtig ist sinnvoller Arbeitsinhalt. Bisher tätig in Bioverf.techn.-Forsch., umfangr. Computer/Programmierkenntn. am DOS-PC; En., NL, Ru.: kein FS. Raum Berlin/Brandenburg bevorzugt.
Matthias Bauer
Stubbenkammerstr. 12
O-1058 Berlin
☎ (030) 449 59 60

Tischler, 26 jahre, seit einem Jahr Meister, selbständiges, kreatives Arbeiten gewohnt, an Teamarbeit interessiert, vielfältige Berufserfahrung (z.B. Arbeitsaufenthalt in Frankreich, Arbeit mit Suchtkranken) sucht Job im südlichen Ruhrgebiet.
Henrik Timmer
Heckstr. 29
W-4300 Essen 16

PROJEKTE

3 junge Erwachsene mit Kindern u. Hunden suchen Kontaktadressen von Projekten in Andalusien. Richtung: Betreuung von gesellschaftsgeschädigten Kindern, Selbstversorger.
J. Traub, Hauptstr. 41
W-7057 Winnenden 9

Kommune – eine Perspektive für Frauen/Lesben – wir denken ja!
Wir (42 Erwachsene, 12 Kinder), ein gemischtes Projekt in der Nähe von Kassel, suchen Frauen/Lesben (gerne auch Gruppen oder Kollektive), die mit uns gemeinsam leben und arbeiten wollen. Unsere Grundprinzipien sind: Gemeinsame Ökonomie – Konsensprinzip als gemeinsame Entscheidungsform – linkspolitische Arbeit – Abbau kleinfamiliärer Strukturen – Abbau geschlechtsspezifischer Machtstrukturen.
Einige Arbeitsbereiche (kollektive Strukturen) wollen sich vergrößern; neue sind erwünscht. Folgende Arbeitsbereiche bestehen schon und bieten ökologisch/ökonomisch vertretbare Dienstleistungen an: – Näh- und Lederwerkstatt – Bau/Schlosserei/Planung – Schreinerei – Ernährung – Kinder – Tagungshaus – Landwirtschaft – Vieh – Verwaltung.
Infos gegen 5 DM in Briefmarken:
Kommune Niederkaufungen
-Frauen-
Kirchweg 1
W-3504 Kaufungen

Gärtner, 28 J., sucht Hof, Gärtnerei, Kommune mit Garten, Projekt, Gärtnerhof oder ähnliches mit ökologischen, sozialen, menschlichen und politischen Ansprüchen.
Michael Pickel · Biergarten 4
W-8552 Höchstadt
☎ (0 91 93) 44 37

Gemeinsam lebt's sich besser!
2 M und 1 F – alle über 30 – wollen wieder eine Kommune/Lebensgemeinschaft finden. Wir wollen herrschaftsfrei leben, auf dem Lande, gemeinsame Ökonomie, keine Kleinfamilien, Experimente, ohne Dogmen, keine Esoterik, nicht so viele Kinder, politisches Engagement u.v.m.. Schreibt uns! Alfred, Anke, Lür, Verdener Str. 34, W-2819 Morsum
☎ (0 42 04) 51 21

Upacchi – Ökodorf in d. Toskana, sucht noch Menschen, die mitmachen wollen. Einige wenige Wohneinheiten sind noch frei! Wir suchen vor allem noch landwirtschaftlich / handwerklich Interessierte bzw. Tätige. M. Mansard-Vetten Beckendorfstr. 11 W-4800 Bielefeld 15
☎ (0 52 06) 83 96

Abonniert Cotidiano MUJER

Seit 7 Jahren bringt das feministische Kollektiv COTIDIANO MUJER eine unabhängige Frauenzeitung heraus. Frech und provokativ berichtet sie über feministische Theorie, Frauenleben in Uruguay und anderswo. Sie drucken Gedichte, Comics, politische Kommentare und Interviews. Als Teil der Frauenbewegung in Uruguay tritt COTIDIANO MUJER aktiv gegen alle Formen der Unterdrückung und für die kulturelle Selbstbestimmung der Frau ein.
Pünktlich zum Umweltgipfel in Rio erschien die spanische Übersetzung von Ingrid Strobls Buch FRUTO EXTRANO.

Neugierig?

COTIDIANO MUJER erscheint alle zwei Monate in spanischer Sprache und bietet einen Einblick in die aktuelle Diskussion der Frauenbewegung in Lateinamerika.

Fruto Extrano, Ingrid Strobl DM 20,-
Jahresabo Cotidiano Mujer DM 60,-
Überweisung auf Konto:
Kappler, Sparkasse Duisburg
BLZ 350 50000, Kto. 311003396
Stichwort: „Cotidiano"

Kostenlose Leseprobe anfordern bei:
COTIDIANO MUJER c/o Kappler
Fischerstraße 94, W-4100 Duisburg 1

FÜR DEN SIEG IM PAPIERKRIEG!

Was Lefft
ERLANGER STADTZEITUNG

Alle zwei Monate neu!

Probeexemplar gegen 1,- DM Rückporto

Was Lefft e.V., Postfach 3543, 8520 Erlangen

Druck auf Umweltpapier. Stabile Handwerker-Buchbindung. Planungskalendarium auf zwei gegenüberliegenden Seiten. Jahresplan. 52 Biorezepte. Mondphasen, Sonnenauf- und Untergangszeiten. Im redaktionellen Teil ökologische Beiträge, Gedichte, Illustrationen. Themen u.a.: Bundschuh, APO, Martin L. King, Indianeraufstand in Florida, P. Yogananda, Majakowski, Friedensbewegung, U. Sinclair.
200 Seiten, 8,80 DM
Bestellungen:
Packpapier-Verlag
Postfach 1641
W-4500 Osnabrück

Nicht täglich - aber gründlich

blätter des iz3w

Themenschwerpunkte der letzten Hefte:
Nr. 182: Nahost-Friedensverhandlungen
Nr. 183: Nationalismus II
Nr. 184: Mittelamerika
Nr. 185: Verstädterung
Nr. 186: Israel in den 90er Jahren

8 mal im Jahr für DM 48,-
Einzelheft DM 6,-

Bezug:
Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, 7800 Freiburg

❑ Bitte schickt mir Eure Materialliste
Ich bestelle die **blätter des iz3w** (acht Ausgaben/Jahr)
❑ Im Abonnement
❑ als unverb. Probeabo von drei Ausgaben für DM/ sfr. 10,-
❑ in bar
❑ per Scheck

Name
Straße/Hausnummer
Postleitzahl/Wohnort
Datum/Unterschrift
Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann.
Datum/Unterschrift

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 DM (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 30 DM (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

SCHNIPSEL

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel
blätterwald
Weilstr. 2
6292 Weilmünster
☎ (06472) 70 31-34
Fax: (06472) 27 98

Leitfaden zur Extensivierung der (Grün-) Landwirtschaft

Eine Veröffentlichung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft(AbL)

Herausgegeben von der Umweltstiftung WWF Deutschland

Der "Leitfaden zur Extensivierung der (Grün-) Landwirtschaft" benennt notwendige Extensivierungsschritte, bewertet derzeit praktizierte und gibt Handlungsempfehlungen. Er gliedert sich in die drei Hauptabschnitte Grünlandextensivierung, Gülleproblematik und Vermarktung. Grundlage ist das von der EG-Kommission, vom Umweltsenator Bremen und vom WWF durchgeführte Projekt "Weiterbildung der Landwirte zur Extensivierung der Landwirtschaft zum Schutz der Umwelt am Beispiel der Borgfelder Wümmewiesen". Die Borgfelder Wümmewiesen sind ein ca. 700 ha großes nordöstlich von Bremen gelegenes Naturschutzgebiet in der Wümme-Hamme-Flußniederung, das zu den letzten periodisch überfluteten Feuchtgebieten bei uns gehört. Der Leitfaden ist aber nicht nur für den Naturschutz und die Landwirtschaft auf Feuchtgrünland von Interesse, da er hervorragend die Zusammenhänge der verschiedenen Handlungsebenen von der Kommunal- bis zur EG-Politik und vom Verbraucherverhalten bis zum ehrenamtlichen Naturschutz darstellt.
Das Buch kostet DM 25,- und ist über den Buchhandel (ISBN 3-927238-11-2) erhältlich oder direkt beim AbL-Verlag Nordrheda 3 · 4840 Rheda-Wiedenbrück · Fax 0 52 42/4 78 38

IMPRESSUM

CONTRASTE
Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎ (06221) 16 24 67
CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
1000 **Berlin** 36, Helmut Bonn, Sebastianstr. 87, ☎ (030) 615 15 64; 2802 **Ottersberg, Redaktion Bremen**, Götz Paschen, Lange Str. 13b; 3400 **Göttingen**, Thomas Hardwig, Leinestr. 29, ☎ (0551) 770 40 26; 6900 **Heidelberg** 1, Postfach 10 45 20, ☎(06221) 18 34 02; 7053 **Stetten**, Redaktion Südwest, Andreas Küstermann, Mercedesstr. 5, ☎ (07151) 4 55 25 o. 4 15 76, Fax: 47536; 8500 **Nürnberg**, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; O-4500 **Dessau**, Peter Schneider, Kurt-Weill-Str. 31, ☎ (0340) 37 93 (auch Fax): O-8060 **Dresden**, Rothenburger Str. 43, ☎ (0351) 57 09 14; **Niederlande, 1019AT Amsterdam**, Waldemar Schindowski, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31 ☎ (003120) 668 58 66
Fachredaktionen :
Autonome Frauenseite: 1000 Berlin 44, REA, Ricarda Buch, Hermannstr. 229, ☎ (030) 621 88 62 · Fax: (030) 621 86 40; **Alternative Energie/Technik: 1000 Berlin 36**, Wuseltronik, Christian Sauer, Paul-Lincke-Ufer 41, ☎ (030) 618 50 71 · Fax (030) 618 50 75; **Grafische Betriebe: 1000 Berlin 36**, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; **Kultur: 7400 Tübingen**, Eckhard Holler, Herrenbergstr.15, ☎ (07071) 4 33 41; **Genossenschaften, Ökobank: 7800 Freiburg**, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; **Sozialpolitik: 8000 München 2**, AG SPAK, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77; **Kommunen: 6445 Alheim-Oberellenbach**, Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9, ☎ (05664) 70 28; **Naturkost: 4500 Osnabrück**, Herrmann Cropp, Postfach 1641, ☎ (05402) 73 73; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 1000 Berlin 19**, Elisabeth Voß, Friedbergstr. 1, ☎ (030) 323 75 10
V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3/92
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1;
Satz: Ganzseitenumbruch auf TEXTLINE-PDP 5.0
Ausgabe: Monotype-Lasercomp
Druck: Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 1

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

Vom Caféhausanarchismus zum Punk

LIBERTÄR '93, der anarchistische Wandkalender vom AnArchiv, bringt wieder Stoff für 12 lange Monate: Wandschmuck, Gebrauchsgegenstand, historisches Dokument, kritische Information, Agitationsmittel und politische Unterhaltung in einem. Das Thema des 93'er Kalenders lautet **»Viva l'Anarchia«** und zeigt seltene und ausdrucksstarke **Bilder anarchistischer Lebenskultur aus zwei Jahrhunderten** mit Fotos und Texten zu Kommunen, Arbeiterkultur, Bohème, Theater, Öko-Anarchismus, Erziehung, Hippies, Revolution, Punk-Scene, Hausbesetzung etc. sowie einem einleitenden Essay **»Gibt es ein Leben vor der Revolution?«**.

Der Kalender ist gegen Vorkasse von 25.– DM (Geld, Scheck, Briefmarken im Couvert) erhältlich. WiederverkäuferInnen erhalten 30% Rabatt und bekommen die Kalender auf Kommission! Alte Kalender (1991: »Frauen der Anarchie«, 1992: »Selbstverwaltung in der spanischen Revolution 1936–39«) sind noch für je 10.– DM erhältlich. Mit den Erlösen finanzieren wir das AnArchiv, ein anarchistisches Dokumentationszentrum, das seit 1971 besteht.

DAS ANARCHIV
Hauptstraße 118 · 6730 Neustadt/Wstr.
Telefon: 06321 / 35371 · Telefax: 06321 / 7902

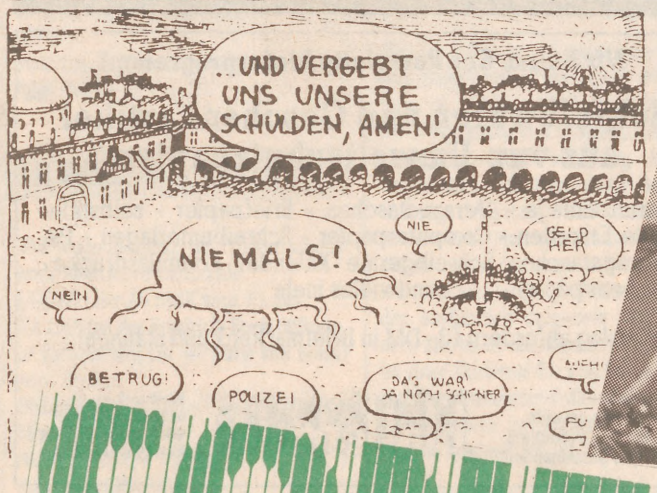
Das Gegengift zum jammernden Zeitgeist.
Das richtige Geschenk für den richtigen Start ins neue Jahr!

Werbeatelier »Die Letter«, 1992 (Mitglied Projekt A / WESPE, Neustadt)

Wandelsblatt

ZEITUNG FÜR SELBSTVER

NUMERO SPECIAL



Wandelsblatt

ZEITUNG FÜR DEN LÄNGEREN ATEM

Liebe Wandernatten

Da stutzt der Laie, und der Fachmann wundert sich. Wenn aber Goliath dem David auf den Kopf hauen will, muß dieser sich etwas einfallen lassen. Allen einstweiligen Verfügungen zum Trotz wird das WANDE§SBLATT weiterhin zuverlässig erscheinen, möglicherweise erstmal weiterhin in Titelvariationen.

Wo plumpe (Wirtschafts-) Macht uns plattzuschlagen droht, halten wir unsere Traditionen entgegen: „Legal, illegal, ...egal!" aber vor allem auch „Phantasie an die M8!"

Alles über den gegenwärtigen Stand des Konflikts mit dem „Handelsblatt" erfährt ihr auf Seite 13. Mit wer schließlich den längeren Atem hat. E der Wanderratte ist in diesem Fall noch la

Noch ein Gedicht: Letzte Aufforderung an die Abonn. Eure Abos direkt aufs Konto, gell? Die Vertriebsfrauen machen s Abrechnungskram, Versand und Fa und... zum großen Freizeit und haben N noch eine Extra schicken. A

Der Tanz um die goldene Banane

Pfötchen geben oder Krallen zeigen?

WIRD DER VORWÄRTS SELBSTVERWALTET?

Zunächst sollte das SPD-Blatt mit der 109-jährigen Tradition eingestellt werden. Dagegen wehren sich die Mitarbeiter und sind dazu bereit, das Ding in Form einer Genossenschaft in Eigenregie weiterzuführen.

Zweifelsfrei ein Thema für CONTRASTE!

Redakteure Waldemar Schindowski (Red. Amsterdam, rec links) beim Transport des Laser-Druckers zum „Arbeitsp

Positionen zum Wandel der Gesellschaft

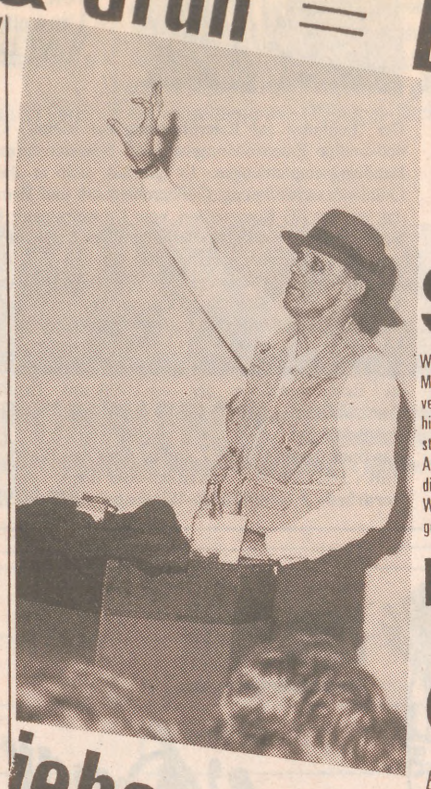
LINKS UND GRÜN – BEISST SICH DAS?

Links & Grün = Lün

Editorial

„CONTRASTE entwikkelt sich immer mehr zum Prachtkind der Alternativbewegung", so stand es kürzlich in der taz. So ein Lob von der „großen Schwester" schmeichelt uns natürlich. Aber in unserem ungebremsten Aufwärtstrend gab es den ersten Dämpfer. Die Bremer Redaktion hat ihre Arbeit eingestellt. Über die Gründe werden wir später noch berichten. Auch konnte das projektinterne Durcheinander, insbesondere in rechtlicher und finanzieller Hinsicht noch nicht ganz beigelegt werden.

Es gibt zwar keine dramatische Krise, aber es ist uns klar, daß wir unsere Basis von Aktivisten erweitern müssen, d.h. wir brauchen noch mehr Vor - Ort - Redakteure. Außerd wollen wir uns noch and Bereic öffne ließ gehören nat



»Wir machen alles in erster Linie für uns«

Schöne

Wege aus dem Ghetto:
Mittlerweile hat die Pusteblume ihren Samen verstreut, dieser hat Pflänzchen hervorgebracht, die hier und da Blüten treiben. Teils sind sie auf steinigen Boden gefallen, teils auf fruchtbaren Acker. In jedem Fall aber ist es eine terra incognita, die da besiedelt wird, und während das Gewächs Wurzeln schlägt, müssen sie sich aneinander gewöhnen, die Pflanze und der Boden.

neue Ökobank

Ein gelungener „historischer" Kompromiß?

...doch gemeinsam sind wir stark

ALLER ANFANG IST SCHWER...

Ist Liebe politisch?

Was gibt das für 'nen Sinn?

Zeitung am Strand

Die Zeit in Tarifa verrann wie der feine Sand des Strandes zwischen den Fingern. Nur wenige Tage verblieben noch, um die Zeitung zu produzieren. Ein Plenum jagte das andere, hektisch suchten die Arbeitsgruppen nach freien Terminen. Stress wie bei einer Zeitung mach... war. Rechner... geteilt und

A Faire
Bulletin multiassociatif
61, rue Victor Hugo – 93500 PANTIN
Tél.: 49 15 04 04
N° 9 Trimestriel 3. trimestre '91 25 00 F

CONTRASTE
RESEAU EUROPÉEN DE L'ECONOMIE ALTERNATIVE ET SOLIDAIR
99 9. JAHRGANG Dezember '92 5 00 DM